

# RheinlandPfalz

Statistisches Landesamt



## Statistische Monatshefte

1982

Januar  
Februar  
März  
April  
Mai  
Juni  
Juli  
August  
September  
Oktober  
**November**  
Dezember

## INHALT

---

<b>Volkszählung in den Gemeinden</b>	259 Die Volkszählung am 27. April 1983 bringt den kommunalen Verwaltungen eine Fülle von Aufgaben, die im Verlauf eines Jahres zu erledigen sind.
<b>Ergebnisse der Volkszählung für Gemeindeteile</b>	261 Bei der Volkszählung 1983 können für alle Gemeinden kleinräumlich gegliederte Daten ermittelt werden.
<b>Statistik der Weinmosternten</b>	265 Es werden das Verfahren der Ernteermittlung vorgestellt und die Zuverlässigkeit der Ergebnisse erläutert.
<b>Prognose der Wanderungen</b>	267 Ein neu konzipiertes Wanderungsmodell kann in vergleichsweise kurzer Zeit Prognoseergebnisse bereitstellen.
<b>Wohngeld</b>	271 Im Statistischen Landesamt erfolgt die Berechnung, Bescheidschreibung und Zahlabrechnung des Wohngeldes sowie dessen statistische Auswertung.
<b>Wirtschaftskraft in Rheinland-Pfalz und den EG-Ländern 1970 - 1980</b>	276 Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen ist zwischen 1970 und 1980 in Rheinland-Pfalz im Vergleich zu den EG-Ländern überdurchschnittlich gestiegen.
<b>Jahresverdienste in Industrie und Handel 1981</b>	283 Die vierteljährliche Verdiensterhebung weist Stundenlöhne und Monatsgehälter nach. Die Jahresverdiensterhebung enthält auch die einmaligen Zahlungen.
<b>Infrastrukturdaten im Landesinformationssystem</b>	285 Ergebnisse von Infrastrukturerhebungen ergänzen das Datenangebot des Landesinformationssystems Rheinland-Pfalz.
<b>Anhang</b>	81* Zahlenpiegel von Rheinland-Pfalz 87* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

#### Aufgaben der Gemeinden bei der Volkszählung 1983

Die örtliche Durchführung der Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung am 27. April 1983 ist Sache der Gemeinden. Von dem Engagement und der Sorgfalt, mit der die Gemeindeverwaltungen ihre Aufgaben - maßgeblich auch im eigenen Interesse - angehen und erledigen, hängt das Gelingen der Zählung entscheidend ab. Je nach Gemeindegröße werden sich die Arbeiten für die Volkszählung über einen unterschiedlich langen Zeitraum hinziehen, durchschnittlich über ein ganzes Jahr. Sie begannen mit der Benennung eines gemeindlichen Zählungsleiters im Juli dieses Jahres und sind im September und Oktober mit dem Versand von Gebäudebogen an solche Eigentümer, die nicht in der Gemeinde wohnen, bereits in die Phase der praktischen Durchführung getreten. Für November und Dezember dieses Jahres ist vom Statistischen Landesamt eine Gesprächsrunde mit den Zählungsleitern und Vertretern der Meldebehörden zur Vorbereitung des späteren Abgleichs mit den Einwohnerregistern vorgesehen, im Januar und Februar 1983 eine letzte Erörterung von Detailfragen. Die gemeindlichen Vorbereitungsarbeiten können von den Kommunalen Gebietsrechenzentren für die ihnen angeschlossenen Gemeinden maßgeblich unterstützt und erleichtert werden. ku

Mehr über dieses Thema auf Seite 259

#### Ergebnisse der Volkszählung für Stadtteile, Ortsteile und Wohnplätze

Bei der Volkszählung 1983 sind erstmals Ergebnisse in tiefer regionaler Gliederung für alle Gemeinden möglich. Die Aufbereitung nach Häuserblöcken und Blockseiten erfolgt jedoch voraussichtlich nur von den größeren Städten.

Außerdem ist sichergestellt, daß Daten der Volkszählung für alle ehemals selbständigen Gemeinden zur Verfügung stehen. Auch die Bevölkerungszahlen von Wohnplätzen werden in Rheinland-Pfalz ermittelt. os

Mehr über dieses Thema auf Seite 261

#### Infrastrukturdaten im Landesinformationssystem

Das Landesinformationssystem Rheinland-Pfalz ist ein EDV-gestütztes Datenerfassungs- und -abrufsystem für vielfältige Planungen, Entscheidungen und Kontrollzwecke. Es enthält derzeit 30 000 Daten für jede Gemeinde des Landes.

Das Statistische Landesamt führt in zweijährlichen Abständen Erhebungen über die infrastrukturrelevanten Daten in kleinräumlicher Gliederung durch. Die Ergebnisse werden in einer Infrastrukturdatei gespeichert, aus der sie, wie die übrigen gespeicherten Ergebnisse, schnell und arbeitssparend abgerufen werden können. In

Mehr über dieses Thema auf Seite 285

#### In Schulkindergarten werden 820 Kinder betreut

Die sinkende Zahl der Geburten wirkt sich auch in den rheinland-pfälzischen Schulkindergarten aus. Im laufenden Schuljahr werden die 77 Schulkindergruppen, die an Grundschulen angeschlossen sind, von 769 Kindern besucht. Das sind 45 oder 5,5% weniger als vor einem Jahr. Für diese Kinder wurden 75 Gruppen eingerichtet. Die durchschnittliche Gruppengröße liegt damit bei 10,3.

In den Schulkindergarten werden in der Regel schulpflichtige Kinder, die aber noch nicht schulreif sind, betreut. Diese Einrichtungen gibt es auch im Sonder-schulbereich. Dort werden 51 Kinder in sieben Gruppen unterrichtet. ke

#### Wieder weniger Sonderschüler

Die Zahl der Schüler an Sonderschulen geht weiter zurück: Im Schuljahr 1982/83 werden an den 156 rheinland-pfälzischen Schulen für Behinderte 16 031 Schüler unterrichtet (Vorjahr 16 814). Trotz der rückläufigen Schülerzahl wurde die Zahl der Klassen an Sonderschulen nur leicht von 1 510 auf 1 498 reduziert, so daß sich die durchschnittliche Klassenstärke an diesen Schulen auf 10,7 (Vorjahr 11,1) verbesserte.

Der Rückgang der Schülerzahlen ist fast ausschließlich auf die Schulen für Lernbehinderte und für Geistigbehinderte beschränkt. An den Schulen für Lernbehinderte wurden im laufenden Schuljahr noch 10 187 Schüler unterrichtet (Vorjahr 11 547). An den Schulen für Geistigbehinderte nahm die Schülerzahl von 2 866 im Vorjahr auf 2 791 im Schuljahr 1982/83 ab. An den Schulen für Körperbehinderte blieb die Zahl der Schüler mit 1 021 nahezu konstant, ebenso an den Schulen für Verhaltensbehinderte (348 Schüler), für Blinde und Sehbehinderte (204), für Gehörlose und Hörbehinderte (567) und an den Schulen für Sprachbehinderte (313). ke

#### Noch 266 650 Schüler an Grund- und Hauptschulen

Die Zahl der Schüler an den 1 186 Grund- und Hauptschulen in Rheinland-Pfalz geht weiter zurück.

Im Schuljahr 1982/83 werden noch 266 646 Schüler (Vorjahr 287 797) an diesen Schulen unterrichtet. Vom Rückgang der Schülerzahlen ist die Primarstufe (Klassenstufen 1 bis 4) ebenso stark betroffen wie die Sekundarstufe I (Klassenstufen 5 bis 10). In den Klassenstufen 1 bis 4 wurden für das laufende Schuljahr 140 650 Schüler und damit 11 300 (— 7,4%) weniger gezählt als im Vorjahr. Die Sekundarstufe I wird von 9 850 (— 7,3%) Schülern weniger besucht als im Vorjahr, insgesamt sind hier noch 126 000 Schüler.

Relativ weniger als die Schülerzahl nahm die Zahl der Klassen ab, die im Schuljahr 1982/83 bei 11 496 liegt (Vorjahr 11 772). Die durchschnittliche Klassenstärke hat sich damit an den Grund- und Hauptschulen von 24,4 im Vorjahr auf 23,2 verbessert. ke

## **kurz + aktuell**

### **Kleinere Klassen an Realschulen**

Die Zahl der Schüler an Realschulen ging im Schuljahr 1982/83 um über 2 200 gegenüber dem Vorjahr zurück. Zur Zeit werden an den 106 rheinland-pfälzischen Realschulen 65 758 Schüler unterrichtet (Vorjahr 67 969). Trotz der rückläufigen Schülerzahl verringerte sich die Zahl der Klassen an den Realschulen nur um 5 auf 2 147. Dadurch verbesserte sich die Relation Schüler je Klasse zum Schuljahr 1982/83 auf 30,6 (Vorjahr 31,6). ke

### **Schülerberg an Gymnasien überwunden**

An den 138 rheinland-pfälzischen Gymnasien werden im Schuljahr 1982/83 rund 121 700 Schüler unterrichtet. Gegenüber dem Vorjahr ist dies ein Rückgang um 3 800 (— 3%). Damit ist auch an den Gymnasien der „Schülerberg“ überwunden, der im Schuljahr 1980/81 mit über 126 800 Schülern erreicht worden war.

Die Schülerzahlen gingen an den Gymnasien in allen Klassenstufen des Sekundarbereichs I (Klassenstufen 5 bis 10) zurück, insgesamt um 3 791 auf 83 864. Gleichzeitig verringerte sich die Zahl der Klassen in dieser Schulstufe leicht von 2 778 im Vorjahr auf 2 740. Damit setzte sich auch an den Gymnasien der Trend zu einer geringeren durchschnittlichen Klassenstärke fort. Sie liegt im laufenden Schuljahr bei 30,6 Schülern je Klasse (Vorjahr 31,6).

In der Sekundarstufe II der Gymnasien stiegen 1982/83 die Schülerzahlen gegenüber dem Vorjahr nur noch in den Jahrgangsstufen 12 und 13, während in der Jahrgangsstufe 11 die Zahl der Schüler zurückging. Damit werden im laufenden Schuljahr in der gymnasialen Oberstufe mit 37 829 Schülern fast ebenso viele Schüler unterrichtet wie im Vorjahr (37 869). ke

### **Jeder fünfte Schulabgänger erreicht Abitur**

Immer mehr Schüler verlassen die Schulen mit einem Abschluß: Von den 58 200 Schulabgängern in Rheinland-Pfalz, die zum Ende des Schuljahres 1981/82 die allgemeinbildenden Schulen (ohne Sonderschulen) verließen, hatte nur jeder 17. keinen Abschluß erreicht (im Vorjahr jeder 15.). Jeder fünfte Schulabgänger hatte das Abitur abgelegt und jeder vierte verließ die Schule mit einem qualifizierten Sekundarabschluß I. Knapp die Hälfte der Schüler ging mit einem Hauptschulabschluß von der Schule ab.

Die Gesamtzahl der Schulabgänger an allgemeinbildenden Schulen (ohne Sonderschulen) ging gegenüber dem Vorjahr nur wenig zurück, und zwar von 59 400 auf 58 200. Die Grund- und Hauptschulen hatten mit 31 900 Entlaßschülern (Vorjahr 33 900) einen stärkeren Rückgang zu verzeichnen, während die Zahl der Abgänger aus Gymnasien von 13 800 auf 14 500 noch anstieg. ke

### **Über 3 100 Schüler an Integrierten Gesamtschulen**

In Rheinland-Pfalz bestehen zur Zeit drei Integrierte Gesamtschulen, die als Schulversuch eingerichtet sind. An diesen Schulen werden im laufenden Schuljahr 3 137 Schüler unterrichtet (Vorjahr 3 012). Der Anstieg der Schülerzahl an diesen Schulen ist auf den weiteren Ausbau der Integrierten Gesamtschule Ludwigshafen zurückzuführen. Im Schuljahr 1982/83 werden dort 576 Schüler in den Klassenstufen 5 bis 7 unterrichtet (Vorjahr 384 Schüler in Klassenstufe 5 und 6). An den beiden anderen Integrierten Gesamtschulen des Landes gingen die Schülerzahlen geringfügig zurück, und zwar in Kaiserslautern (Klassenstufen 5 bis 13) von 1 562 im Vorjahr auf 1 530 und in Kastellaun (Klassenstufen 5 bis 10) von 1 066 auf 1 031.

Für die 2 800 Schüler der Sekundarstufe I der Integrierten Gesamtschulen wurden im laufenden Schuljahr 92 Klassen eingerichtet. Damit liegt die durchschnittliche Klassengröße in dieser Schulart 1982/83 bei 30,5 (Vorjahr 30,4). ke

### **Wieder mehr Kollegiaten**

Immer mehr Erwachsene machen von der in Rheinland-Pfalz gebotenen Möglichkeit zum nachträglichen Erwerb der Hochschulreife Gebrauch. An den drei Kollegs des Landes, an denen das Abitur nachgeholt werden kann, werden im ersten Halbjahr des Schuljahres 1982/83 insgesamt 811 Kollegiaten unterrichtet. Das sind 63 mehr als im Vorjahr. Damals besuchten 748 Erwachsene die drei Kollegs, weitere 100 wurden seinerzeit in Vorkursen auf die Ausbildung am Kolleg vorbereitet. Außerdem besuchen an den Kollegs noch 24 Aussiedler einen Sonderlehrgang.

Im vorangegangenen Schuljahr 1981/82 hatten knapp 200 Absolventen die drei Kollegs mit bestandener Reifeprüfung verlassen. ke

### **Jetzt auch demographische Prognose der Wanderungen**

Im Rahmen der regionalen Bevölkerungsprognose wurde ein leicht zu handhabendes Wanderungsmodell konzipiert, das in vergleichsweise kurzer Zeit Prognoseergebnisse bereitstellen kann.

Wanderungsbewegungen werden darin auf der Grundlage der Alters- und Geschlechtsstruktur der Bevölkerung prognostiziert. Weitere Einflußgrößen, wie das Angebot an Arbeitsplätzen oder das Erwerbspotential, bleiben außer Betracht. Als kleinste regionale Einheit wird der Kreis zugrunde gelegt. Wanderungen innerhalb der Kreisgrenzen werden also nicht berücksichtigt.

Das Modell unterscheidet Wanderungen über die Landesgrenzen, die mittels Trendextrapolation vorausgeschätzt werden, und Wanderungen innerhalb des Landes, die auf der Basis durchschnittlicher Fortzugsquoten prognostiziert werden. ic

Mehr über dieses Thema auf Seite 267

### **Fast 71 000 Wohngeldbezieher**

In Rheinland-Pfalz ist die Berechnung, Bescheidbeschreibung und Zahlbarmachung des Wohngeldes zentral dem Statistischen Landesamt in Bad Ems übertragen. An dem Automationsverfahren nehmen alle 44 Wohngeldstellen der Landkreise sowie der kreisfreien und großen kreisangehörigen Städte teil. Im Jahre 1981 erfolgte eine maschinelle Bearbeitung von fast 140 000 Wohngeldanträgen.

Entsprechend der Forderung nach möglichst integrierter Datenverarbeitung wird im Rahmen des maschinellen Wohngeldverfahrens ein zweifacher Datenträgeraustausch praktiziert, nämlich

- (1) Zahlbarmachung der Wohngeldbeträge durch Übertragung eines Magnetbandes, das die auszahlungsrelevanten Daten des einzelnen Wohngeldfalles enthält, an die Landesbank Rheinland-Pfalz,
- (2) Erstellung eines Datenbandes mit den für die Wohngeldstatistik benötigten Angaben.

Ende 1981 bezogen in Rheinland-Pfalz 70 849 Haushalte Wohngeld. Die überwiegende Zahl dieser Haushalte (89%) erhielt Mietzuschuß, 11% Lastenzuschuß. Der durchschnittliche monatliche Anspruch lag bei 107 DM und damit um 24 DM höher als im Jahr zuvor. Rentner und Pensionäre stellen die stärkste soziale Gruppe der Wohngeldbezieher (61%). Der Anteil der Arbeiter erhöhte sich auf 12,5%. Zugemessen hat - bedingt durch die allgemeine Wirtschaftslage - auch die Zahl der arbeitslosen Empfänger von Wohngeld; ihre Quote stieg von 3,6 auf 4,6%. fo/hw

Mehr über dieses Thema auf Seite 271

### **31,2 Mill. DM für Wohngeld in drei Monaten gezahlt**

Ende September 1982 erhielten 63 863 rheinland-pfälzische Haushalte Wohngeld. Das sind 0,6% mehr als im September 1981. 57 528 erhielten Mietzuschüsse und 6 335 Lastenzuschüsse.

Die von Juli bis September ausgezahlten Wohngeldbeträge beliefen sich auf 31,2 Mill. DM. Der durchschnittliche Wohngeldanspruch verminderte sich gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres geringfügig von 104 auf 100 DM. ne

### **Wohnungsbau weiterhin rückläufig**

Im September 1982 wurden von den rheinland-pfälzischen Bauaufsichtsbehörden 1 654 Wohnungen zum Bau freigegeben. Das sind 10% weniger als im September des Vorjahrs. Drei von vier Neubauwohnungen sind in Ein- und Zweifamilienhäusern geplant, der Rest in Mehrfamilienhäusern.

In den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres wurden 16 923 Wohnungen genehmigt, das sind 8,7% weniger als im Vorjahreszeitraum. hw

---

## **kurz + aktuell**

---

### **Rheinland-Pfalz gehört zu den leistungsstärksten Regionen der EG**

Unter den 52 Regionen der Europäischen Gemeinschaften, die in ihrer Abgrenzung etwa den Ländern der Bundesrepublik Deutschland entsprechen, haben Hamburg, Brüssel, Bremen, Ile de France, Groß-Kopenhagen und Berlin (West), gemessen an der Bruttowertschöpfung je Einwohner, mit 8 900 Ecu und mehr die höchste Leistungsfähigkeit. Dies entspricht einem Betrag von über 22 700 DM.

Rheinland-Pfalz rangiert mit 6 900 Ecu oder 17 600 DM bei Eliminierung der Großstadt-Regionen an zehnter Position. Es gehört damit zu den leistungsstärksten Regionen in den EG. Übertragen wird der rheinland-pfälzische Pro-Kopf-Wert außerhalb der Bundesrepublik nur von den Regionen Nord und West (Niederlande), Westlich des Großen Belt und Östlich des Großen Belt (Dänemark) und von Luxemburg. *Iu*  
Mehr über dieses Thema auf Seite 276

### **Einzelhandelsumsatz stieg um knapp 2%**

Der Umsatz des rheinland-pfälzischen Einzelhandels nahm im Jahre 1981 um nahezu 2% zu. Real, das heißt bei Ausschluß der Preissteigerungen, errechnet sich ein Rückgang um 4%. Der Beschäftigtenstand ging um knapp 1% zurück.

Der Kraft- und Schmierstoffhandel erzielte mit + 22% den höchsten Umsatzzuwachs, gefolgt vom Einzelhandel mit pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen (+ 7%). Die stärkste Umsatzeinbuße wurde für den Einzelhandel mit elektrotechnischen Erzeugnissen (— 3%) festgestellt, in der Nahrungsmittelbranche waren es fast 2% weniger.

Im Gastgewerbe ging im Jahre 1981 der Umsatz gegenüber 1980 um knapp 1% zurück; die Zahl der Ganztagsbeschäftigten nahm um fast 6% ab. *hb*

### **Heizöl so teuer wie noch nie Verbraucherpreise im Oktober**

Nach einer Steigerung um 7,5% von September auf Oktober erreichte der Verbraucherpreis für Heizöl mit 84,87 DM pro 100 Liter einen neuen Höchststand. Die Preise für Normal- und Superbenzin erhöhten sich in Rheinland-Pfalz bis zu 2,5%, Dieselkraftstoff sogar um 3,7%.

Während Normalbenzin im Vergleich zu Oktober 1981 noch bis zu 1,9% billiger war, mußte der Dieselfahrer 2% mehr bezahlen. Das Heizöl lag im Oktober um 12,8% über dem entsprechenden Vorjahrespreis.

Unter den Nahrungsmitteln waren Brathähnchen (— 1,3%) und Eier (— 3,8%) billiger als vor einem Jahr. Durch den großen Apfelertrag in diesem Jahr wurden inländische Tafeläpfel um 22% preisgünstiger als im Vorjahr angeboten. Unter den kommunalen Gebühren verteuerte sich die Müllabfuhr binnen Jahresfrist mit + 26% besonders stark. *br*

35. Jahrgang

Heft 11

November 1982

# Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

## Aufgaben der Gemeinden bei der Volkszählung 1983

Nach den gesetzlichen Vorschriften ist die örtliche Durchführung der Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung am 27. April 1983 (Volkszählungsgesetz 1983 vom 25. März 1982, BGBl. I S. 369) Sache der Gemeinden. Eine Landesverordnung, die den Verbandsgemeinden, verbandsfreien Gemeinden, großen kreisangehörigen Städten und kreisfreien Städten diese Aufgabe als Auftragsangelegenheit überträgt, ergeht hierzu. Für die Gemeinden in Rheinland-Pfalz entstehen neben der Volkszählung zusätzliche Belastungen durch die Landtags- und die zu erwartende Bundestagswahl. Das Statistische Landesamt bemüht sich, die Arbeit der kommunalen Zählungsdienststellen zu erleichtern. Ein Teil der den Gemeinden entstehenden Kosten wird vom Land erstattet.

Eine Großzählung steht und fällt mit der Erhebungsorganisation. Von der Arbeit, die - durchaus auch im eigenen Interesse - in den Gemeinden geleistet wird, hängt das Gelingen der Zählung entscheidend ab. Voraussetzung für eine engagierte und sorgfältige Arbeit in den Gemeindeverwaltungen ist ein enger Kontakt zum Statistischen Landesamt, das durch vorbereitende, unterstützende und flankierende Maßnahmen für eine methodisch einheitliche und organisatorisch koordinierte Durchführung der Zählung zu sorgen hat. Seit Mitte dieses Jahres steht das Statistische Landesamt in unmittelbarer Verbindung mit den kreisfreien und großen kreisangehörigen Städten sowie mit den verbandsfreien und den Verbandsgemeinden.

Von den Gemeindeverwaltungen ist eine Fülle von Detailarbeit zu leisten, die sich - je nach Gemeindegröße - über einen unterschiedlich langen Zeitraum hinzieht, durchschnittlich über ein ganzes Jahr. Sie vollzieht sich in folgenden drei Arbeitsabschnitten:

- (1) organisatorische Vorbereitung der Erhebung etwa ab August 1982,
- (2) unmittelbare Durchführung der Zählung um den 27. April 1983 herum und
- (3) Prüfung auf lückenlose Erfassung und Vollständigkeit der Erhebungspapiere bis ungefähr Juli (kleinere Gemeinden) bzw. Oktober 1983 (Großstädte).

Die letzte Phase wird - anders als bei früheren Volkszählungen - besonders erschwert, weil das neue Melderecht (Melderechtsrahmengesetz vom 16. August 1980, BGBl. I S. 1429; dazu das in Vorbereitung befindliche Landesmeldegesetz) eine vollständige Abstimmung der vorhandenen Einwohnerdateien mit den Angaben in den Volkszählungsbogen vorschreibt.

### Vorbereitende Aufgaben

Als ersten Schritt zum Aufbau der Erhebungsorganisation mußte die Gemeinde einen Zählungsleiter aus dem Kreis ihrer Verwaltungsangehörigen bestimmen, der vom Statistischen Landesamt im Juli 1982 in seine Aufgaben eingeführt wurde. Weitere Arbeitsbesprechungen sind für November und Dezember 1982 sowie für Januar und Februar 1983 vorgesehen. Außerdem hatten die Gemeindeverwaltungen eine Zählungsdienststelle einzurichten, um später die Erhebungspapiere lagern und den Verkehr mit den Zählern abwickeln zu können. In größeren Städten werden noch Außendienststellen in einzelnen Stadtteilen oder Vororten, zumindest für den Zeitraum der unmittelbaren Durchführung der Zählung, vorgesehen werden müssen.

Die vorbereitenden Aufgaben der Zählungsdienststelle beginnen mit der Durchführung einer Gebäudevorerhebung im letzten Quartal 1982. Dazu muß die Gemeinde aus ihren Unterlagen (Grundstücks- oder Grundsteuerdatei, Gebäudedatei, Müllabfuhr-, Wasser- gelddatei u. ä.) die Anschriften derjenigen Gebäudeeigentümer oder -verwalter ermitteln, die nicht in der Erhebungsgemeinde oder innerhalb der Erhebungsgemeinde nicht in dem Gebäude wohnen, das zu erfassen ist. Das ist notwendig, weil der Zähler am 27. April 1983 diesen Gebäudeeigentümer nicht antrifft und damit auch die Angaben zum Gebäude (Gebäudeart, Eigentumsverhältnis, Baujahr, öffentliche Förderung) nicht einholen kann. Diese Gebäudeeigentümer erhalten per Post einen Bogen zur Vorerhebung der Gebäude, den sie innerhalb einer bestimmten Frist ausgefüllt zurücksenden müssen. Der frühe Termin für diese Vorerhebung ist erforderlich, weil zum einen den großen Wohnungsgesellschaften ausreichend Zeit zum Ausfüllen tausender Bogen gegeben werden muß, zum anderen die Gemeinden die Bogen rechtzeitig zurückhaben müssen, um sie den übrigen Erhebungspapieren zuordnen zu können.

Die weitaus meisten rheinland-pfälzischen Gemeinden begrenzen die Gebäudevorerhebung auf den genannten Personenkreis. Nur einige Städte erfassen bei der Vorerhebung bereits alle Gebäude mit dem Ziel, eine Gebäudedatei aufzubauen oder eine aus der 1968er Zählung vorhandene zu aktualisieren. Dabei werden auf freiwilliger Basis einige zusätzliche Angaben erfragt, die für städtebauliche Entscheidungen benötigt werden. Im übrigen werden im Rahmen der Volkszählung 1983 nur solche Gebäude erfaßt, die Wohnzwecken dienen.

Die wichtigsten vorbereitenden Aufgaben der Gemeinde sind die Einteilung der Gemeindegebiete in Zählbezirke sowie die Gewinnung und Schulung von Zählern.

Bei der Einteilung des Gemeindegebiets in Zählbezirke ist vor allem darauf zu achten, daß handliche Zählbezirke mit etwa 30 bis 40 Haushalten gebildet werden, um den Zähler nicht zu überlasten. Dabei ist eine Reihe von Vorgaben zu beachten, die zusätzliche Vorbereitungsarbeiten erfordern (Aktualisierung des Straßen- und Wohnplatzverzeichnisses; Verschlüsselung der Straßen- und Wohnplaztnamen; Berücksichtigung der kleinräumlichen Gliederung nach Gemeindeteilen, ehemals selbständigen Gemeinden, in größeren Städten auch nach Blöcken und Blockseiten; Bildung von Sonderzählbezirken für Anstalten, Wohnheime, größere Betriebe, Anlagen der Bundesbahn, Wohnsiedlungen ausländischer Streitkräfte). Bei der Einteilung des Gemeindegebiets in Zählbezirke und der Beschriftung der Zählerlisten leisten die Kommunalen Gebietsrechenzentren den ihnen angeschlossenen Gemeinden Hilfe.

Für jeden Zählbezirk muß die Zählungsdienststelle eine Zählerliste anlegen, auf deren erster Seite die regionalen Angaben (Gemeinde-, Gemeindeteil-, Block-/Blockseiten-, Straßenschlüssel) sowie im Klartext die vom Zähler aufzusuchenden Gebäude (Straße und Haus-Nummern) eingetragen werden. Jeder Zählerliste sind eine genügende Anzahl von Erhebungsbogen (Wohnungs- und Haushaltsbogen, Arbeitsstättenbogen, evtl. vorweg ausgefüllte Gebäudebogen) beizufügen sowie die vom Zähler benötigten Organisationspapiere (Verteilungs- oder EDV-Einwohnerliste, Zähleranleitung, Schlagwortverzeichnis, Merkblätter in den häufigsten Fremdsprachen, Zählerausweis, eine Kopie der vom Zähler zu unterschreibenden Verpflichtungserklärung zur Geheimhaltung). Alle Unterlagen erhält der Zähler in einer Arbeitsmappe, der sogenannten Zählermappe, die von der Zählungsdienststelle ebenfalls vorher beschriftet wird. Selbstverständlich können einem Zähler auch mehrere Zählbezirke anvertraut werden. Über die Ausgabe und den Rücklauf der Erhebungsunterlagen führt die Zählungsdienststelle Kontrollisten.

Die Werbung und Bestellung einer ausreichenden Anzahl von Zählern wird für viele Gemeindeverwaltungen das größte Problem bei der Zählungsvorbereitung aufwerfen. Nach § 6 des Volkszählungsgesetzes ist zwar jeder Deutsche vom 18. bis zum 65. Lebensjahr zur Übernahme der ehrenamtlichen Zähleraktivität verpflichtet, darüber hinaus verpflichtet § 7 des Volkszählungsgesetzes Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstige Körperschaften des öffentlichen Rechts dazu, ihre Bediensteten auf Anforderung der Erhebungsstellen für die Zähleraktivität zur Verfügung zu stellen. Dennoch wird es erfahrungsgemäß nicht leicht sein, in Rheinland-Pfalz insgesamt rund 45 000 Zähler zu gewinnen. Eine in Vorbereitung befindliche Verwaltungsvorschrift, die insbesondere die Verpflichtung aus § 7 des Volkszählungsgesetzes präzisiert, soll den Gemeindeverwaltungen diese Aufgabe erleichtern. Auch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit in den verschiedenen Medien und auf verschiedenen

Ebenen - überregional und regional - wird hierzu beitragen.

Eine weitere wichtige Aufgabe der Gemeinden vor dem Zählungsstichtag ist die Schulung der Zähler. Anhand der Zähleranleitung und eines vom Statistischen Landesamt zur Verfügung gestellten Mustervortrags weisen die gemeindlichen Zählungsleiter ihre Zähler in ihre Aufgaben ein. Hierbei werden die Zähler auch darauf vorbereitet, wie sie sich in besonderen Situationen, beispielsweise bei Auskunftsverweigerung, zu verhalten haben.

### Aufgaben während der Zählung

Stichtag der Volkszählung ist der 27. April 1983. Vom 18. April bis zum 7. Mai, also ungefähr drei Wochen, dauert das eigentliche Zählgeschäft. In dieser Zeit teilen die Zähler die Erhebungsunterlagen an Haushalter, Haushalte, Einzelpersonen und Arbeitsstätten aus und sammeln sie nach dem Stichtag wieder ein.

Während dieser drei Wochen soll die Zählungsdienststelle der Gemeinde durchgehend, das heißt auch samstags und sonntags und möglichst auch abends, wenn die Zähler unterwegs sind, besetzt sein, um in Zweifelsfällen Zählern und Befragten Auskünfte geben oder zusätzlich benötigte Fragebögen aushändigen zu können.

Darüber hinaus ist es Aufgabe der gemeindlichen Zählungsdienststelle, den Zählern in besonderen Situationen zu helfen. So, wenn der Zähler trotz mehrmaliger Besuche einen Haushalt oder Arbeitsstätteninhaber nicht antrifft, wenn Wochenendhäuser im jahreszeitlich frühen April von ihren Eigentümern noch nicht bewohnt sind, wenn es Schwierigkeiten bei der Erfassung von deutschem Dienstpersonal in Privathaushalten ausländischer Streitkräfte gibt oder wenn ein Gebäudeeigentümer, ein Haushalt oder ein Geschäftsinhaber die Auskunft verweigert. Es ist Aufgabe der Zählungsdienststelle, in derartigen Fällen selbst einzutreten, gegebenenfalls die wichtigsten Angaben - beispielsweise Geburtsdatum, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Haupt- oder Nebenwohnung, Erwerbstätigkeit einer Person - aus eigenen Verwaltungsunterlagen bereitzustellen und nötigenfalls (bei Auskunftsverweigerung) ein Bußgeldverfahren in die Wege zu leiten.

### Abschließende Aufgaben

Bis zum 13. Mai sollen die Zähler die von ihnen vorgeprüften und geordneten Erhebungspapiere bei der Zählungsdienststelle abliefern. Erste Aufgabe der Zählungsdienststelle ist es, anhand ihrer Kontrollisten die Vollzähligkeit des Rücklaufs zu überwachen und zugleich - noch in Anwesenheit des Zählers - die ordnungsgemäße Ausfüllung der Fragebogen und die systematisch richtige Anlage der Zählerliste zu prüfen. Säumige Zähler müssen gemahnt, fehlende Unterlagen durch den Zähler oder einen Ersatzzähler nacherhoben werden.

Die Zählerliste ist das zentrale Ordnungspapier. In ihr ist vom Zähler jeder Fragebogen mit seiner nur einmal vorkommenden Kenn-Nummer einzutragen. Zusammen mit den regionalen und kleinräumlichen Schlüssel-Nummern werden die Ziffern später im

Statistischen Landesamt auf Magnetband gespeichert. Der Zählerliste kommen damit zwei entscheidende Funktionen zu: Zum einen gibt sie der gemeindlichen Zählungsdienststelle die Möglichkeit, die lückenlose Erfassung ihres Gemeindegebiets zu überprüfen, zum anderen erlauben die auf Datenband übernommenen Angaben später jederzeit die maschinelle Zusammenführung von Personen, Haushalten, Wohnungen, Gebäuden und Arbeitsstätten in jeder gewünschten regionalen und kleinräumlichen Gliederung. Von der Sorgfalt, mit der die Zählungsdienststelle die Zählerlisten überprüft sowie erforderlichenfalls korrigiert oder ergänzt, wird die Qualität der Zählungsergebnisse entscheidend bestimmt. Die Fragebogen müssen in der Ordnungsfolge, in der sie in der Zählerliste eingetragen sind, sortiert sein.

Schon bei früheren Volkszählungen war es den Gemeindeverwaltungen vom Gesetzgeber gestattet, bestimmte Angaben in den Fragebogen (Name, Anschrift, Geburtstag, Geschlecht) mit ihren Einwohnerregistern zu vergleichen und die Register so auf einen aktuellen Stand zu bringen. Diese Möglichkeit wurde nur von wenigen Verwaltungen wahrgenommen, was zum Teil die oft großen Abweichungen zwischen amtlichen Bevölkerungszahlen und den Einwohnerzahlen der Einwohnerregister erklärt. Auch das Volkszählungsgesetz 1983 stellt einen Registerabgleich in das Ermessen der Gemeindeverwaltungen. Anders jedoch als früher wird das Landesmeldegesetz die Gemeinden verpflichten, den Registerabgleich vorzunehmen.

Dies geschieht anhand von Einwohnerlisten, die von den Kommunalen Gebietsrechenzentren zum Zählungssichttag für jede Gemeinde ausgedruckt werden. Für die Registerbereinigung sind von den Zählungsdienststellen in Zusammenarbeit mit den Meldebehörden zwei Aspekte von Bedeutung: Zum einen geht es um die einfache Bereinigung der Register um die sogenannten Karteileichen bzw. ihre Ergänzung um solche Personen, die noch nicht gemeldet sind, aber bei der Volkszählung erfaßt wurden. Zum anderen ist es notwendig, bei den Personen, die in mehreren Gemeinden eine Wohnung oder Unterkunft haben, den Status Haupt- bzw. Nebenwohnung nach den Richtlinien des neuen Melderechts zu prüfen und festzulegen. Dies kann in einzelnen Gemeinden (Universitäts- und Garnisonsstädte, Fremdenverkehrsgemeinden, Industrie- und Verwaltungszentren) zu erheblichem Arbeitsaufwand führen. Das Statistische Landesamt wird dies bei der Festlegung der Frist für die Ableferung der Volkszählungsunterlagen berücksichtigen.

Eine weitere Aufgabe der Zählungsdienststellen besteht in der Anlage einer Gemeindeliste, in der jede einzelne Zählerliste mit ihrer Kenn-Nummer sowie der Zahl der dazugehörigen Fragebogen aufgeführt ist. In der hierin vorgegebenen Ordnungsfolge müssen die Erhebungsunterlagen verpackt und dem Statistischen Landesamt zur weiteren Bearbeitung zugeleitet werden.

Diplom-Volkswirt F. Kuch

## Kleinräumliche Gliederung der Volkszählung 1983

Die Ministerkonferenz für Raumordnung hat darauf hingewiesen, daß die kommunale Gebietsreform in fast allen Teilen des Bundesgebietes zu einem so großflächigen Gebietsraster geführt habe, daß eine nur der neuen Gemeindegliederung entsprechende Statistik wegen des eingetretenen Informationsverlustes nicht mehr den Anforderungen der Raumordnung und Landesplanung genügt. Das gleiche gilt für Städte, Gemeinden und andere mit regionalen Planungsaufgaben betraute Stellen. Ihnen ist sehr daran gelegen, daß Angaben auch für fest abgegrenzte Stadt- und Gemeindeteile, soweit diese für die Regionalplanung von Interesse sind, durch die amtliche Statistik ermittelt werden.

Das Statistische Landesamt hat in Zusammenarbeit mit den Gemeinden ein Gliederungssystem für Gemeindeteile entwickelt.

### Prinzipien eines kleinräumlichen Gliederungssystems

Unter kleinräumlicher Gliederung versteht man die Aufteilung des Gemeindegebiets in Teilgebiete, im Extremfall bis hin zum einzelnen Grundstück. Von einem Gliederungssystem kann dann gesprochen werden, wenn für alle Gemeinden eine Ordnungsstruktur gefunden wird, die es erlaubt, jede Fläche einer übergeordneten Gliederungseinheit eindeutig zuzuordnen. Auf welche Abgrenzung von den Gemeinden zurück-

gegriffen wird, spielt eine untergeordnete Rolle. Es muß lediglich darauf geachtet werden, daß keine gewachsenen Siedlungseinheiten durchschnitten werden, damit die Vergleichbarkeit mit den Angaben ehemals selbständiger Gemeinden gesichert ist. Daher wurde ein Gliederungssystem gewählt, durch das unter Zugrundelegung eines Gemeindeteilschlüssels auch Ergebnisse für ehemals selbständige Gemeinden ermittelt werden können. Zur Verfügung standen drei Gliederungsstufen, nach denen auch die Gebiete der Großstädte sinnvoll untergliedert werden konnten. Innerhalb dieses Gemeindeteilschlüssels war eine hierarchische Ordnungsstruktur zu bilden, die sich als logische Folge an den bundeseinheitlichen achtstelligen Gemeindeschlüssel anfügen läßt. Grundlage für die kleinräumliche Gliederung des Gemeindegebiets sind die Straßen mit ihren Anliegern. Auf diese Weise sind die den einzelnen Gliederungsstufen zugeordneten Gemeindeteile eindeutig gegeneinander abgrenzbar. Dies ist Voraussetzung, um die einmal getroffene Einteilung langfristig beibehalten zu können. Nur so kann erreicht werden, daß Zählungsergebnisse späterer Jahre mit den heutigen vergleichbar sind.

### Ordnungssystem für Gemeindeteile

Bei dem kleinräumlichen Ordnungssystem für Gemeindeteile (Stadtteile, Bezirke, ehemals selbständige Gemeinden) war zu beachten, daß im Rah-

men des automatisierten Einwohnermeldesystems bereits zwei verschiedene Schlüsselsysteme für eine Identifizierung von Gemeindeteilen vorhanden sind, nämlich das Gliederungssystem des Städteverbandes und das Gliederungssystem des Gemeinde- und Städtebundes. Hiervon ausgehend wurde eine gemeinsame Ordnungsstruktur, mit der regionalstatistische Angaben in städtetestatistische Auswertungen eingepaßt und miteinander verglichen werden können, entwickelt.

Obgleich den Gemeinden die Anwendung des kleinräumlichen Ordnungssystems lediglich empfohlen werden konnte, werden sich alle Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohner beteiligen. Von den Gemeinden mit 3 000 bis 10 000 Einwohnern sind alle ehemals selbständigen Gemeinden, die seit 1947 ihre Selbständigkeit infolge Eingemeindung, Auflösung oder Zusammenschluß verloren haben, in einer Gemeindeteilgliederung berücksichtigt worden. Darüber hinaus wurden in 46% der Fälle die Ortsteile weiter untergliedert. Von den restlichen Gemeinden dieser Größenklasse haben sich bisher 70% mit einer kleinräumlichen Gliederung angeschlossen. Auch 17 Gemeinden unter 3 000 Einwohnern haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.

#### Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern

Das von dem Block als kleinster Abgrenzungseinheit ausgehende Ordnungssystem hatte den eigentlichen Gemeindeteil in hierarchischer Reihenfolge über Zwischenstufen zu erreichen. Dieser Gesichtspunkt ist auch beim Aufbau von automatisierten Liegenschaftskatastern und Grundstücksdatenbanken zu beachten, damit eine Verbindung zwischen den abgegrenzten Flächeneinheiten hergestellt werden kann.

Das vom rheinland-pfälzischen Städteverband für das Einwohnermeldewesen entwickelte Gliederungsschema entspricht diesen Forderungen. 18 der 20 angeschlossenen kreisfreien und großen kreisangehörigen Städte besitzen das dreistellige, hierarchisch aufgebaute kleinräumliche Gliederungsschema. Lediglich von zwei großen kreisangehörigen Städten sind nur ein- bzw. zweistufige Gliederungsübersichten erstellt worden.

Die Gemeinden ab 10 000 Einwohner, die dem Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz angehören, konnten die zweite Ziffer ihres fünfstelligen Straßenschlüssels, die den Gemeindeteil kennzeichnet, in das für die amtliche Statistik benötigte Ordnungssystem übernehmen, wobei die übrigen Stellen auszunullen waren. Abweichend von dieser grundsätzlichen Regelung war es den Gemeinden jedoch freigestellt, einen erweiterten dreistelligen Schlüssel für ihre kleinräumliche Gliederung anzuwenden. Allerdings sollte dieses System nur dann vollständig genutzt werden, wenn dazu ein Bedarf bestand, zum Beispiel bei einer im Rahmen der Maßnahmen nach dem Städtebauförderungsgesetz benötigten differenzierteren Abgrenzung der Gemeindeteile.

#### Gemeinden mit 3 000 bis 10 000 Einwohnern

Bei diesen Gemeinden dürfte eine Stelle des insgesamt dreistelligen Gemeindeteilschlüssels für eine sinnvolle Untergliederung des Gemeindegebietes ausreichen, zumal die dem System des Gemeinde- und

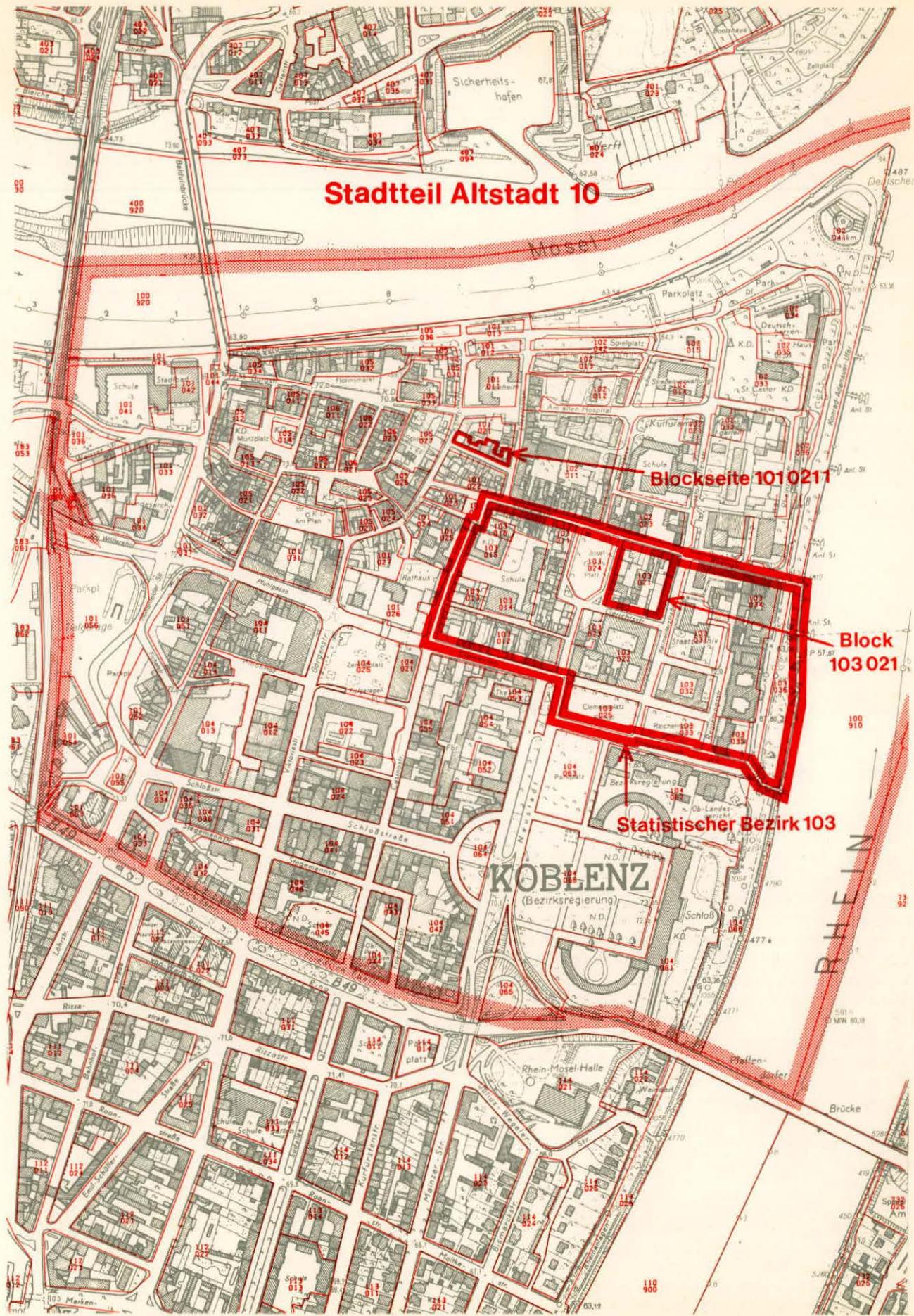
Städtebundes angeschlossenen Gemeinden nur eine einstellige Kennziffer für eine derartige Gliederung zur Verfügung hatten. Berücksichtigt man dabei, daß auch die Null zur Verschlüsselung zur Verfügung steht, dann bedeutet dies, daß bis zu zehn Gebietseinheiten nachgewiesen werden können.

Unter diesen Voraussetzungen war davon auszugehen, daß Gemeinden, die Eingemeindungen erfahren haben oder die durch Zusammenschluß mehrerer ehemals selbständiger Gemeinden gebildet worden sind, diese ursprünglich politisch selbständigen Gemeinden (Altgemeinden) in ihrem kleinräumlichen Gliederungsschema für das automatisierte Einwohnermeldesystem berücksichtigt haben. Da entsprechende Angaben und Kennziffern auch auf einem Datenband des Statistischen Landesamtes gespeichert sind, bot sich hier die Möglichkeit, Kennziffern für die ersten beiden Stellen des dreistelligen Gemeindeteilschlüssels anhand dieser Unterlage festzulegen.

Ehemals selbständige Gemeinden mit ihren Wohnplätzen waren bereits im Rahmen der Aufbereitung der Volkszählung 1970 zusammengestellt und mit der entsprechenden Wohnbevölkerungszahl in Band 226 der Reihe Statistik von Rheinland-Pfalz veröffentlicht worden, und zwar nach dem Gebietsstand vom 7. November 1970, als die territoriale Verwaltungsreform praktisch abgeschlossen war. Die auf Datenband vorhandenen Gemeindeteilbezeichnungen werden in Zusammenarbeit mit dem Landesvermessungsamt Rheinland-Pfalz in gewissen Zeitabständen regelmäßig aktualisiert. Der heute vorliegende Gebietsstand ist der 1. Februar 1982. Interessenten können diese Übersicht als Maschinentabelle im Landesinformationssystem (LIS) des Statistischen Landesamtes abrufen lassen.

Das Verzeichnis enthält vierstellige Kennziffern. Eingemeindungen können anhand der ersten beiden Stellen identifiziert werden. Diese Gemeindeteile sind mit ihren Bezeichnungen innerhalb einer Gemeinde in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt und, mit 0100 beginnend, fortlaufend nummeriert. Mit der dritten und vierten Stelle der Kennziffer werden die jeweils dazugehörenden Wohnplätze gekennzeichnet. Sie sind immer unmittelbar nach der ehemals selbständigen Gemeinde aufgeführt und innerhalb dieser Gliederung ebenfalls alphabetisch sortiert und fortlaufend nummeriert. Bei Gemeinden ohne ehemals selbständige Gemeindeteile werden vorhandene Wohnplätze innerhalb der Gesamtgemeinde durchnumeriert.

Von diesen Datensätzen waren demnach lediglich die ersten beiden Ziffern der insgesamt vierstelligen Kennnummer mit den ehemals selbständigen Gemeindeteilbezeichnungen in die jeder Gemeinde zugeleiteten Formblätter für den dreistelligen Gemeindeteilschlüssel zu übertragen. Den Gemeinden ohne Eingemeindungen wurden die Kennziffer „00“ vorgegeben. Nach Rücklauf der Formblätter war festzustellen, daß die vom Statistischen Landesamt zugrunde gelegten kleinräumliche Gliederung mit ihren Kennziffern von den Gemeinden in der Regel akzeptiert worden war. Lediglich in Ausnahmefällen hatten die Gemeinden die Kennziffern in einer anderen Reihenfolge ver-



geben. Diese Abweichungen wurden im Einvernehmen mit den betreffenden Gemeinden entsprechend dem System des Statistischen Landesamtes geändert.

#### Ordnungssystem für Blöcke und Blockseiten

Neben dem dreistelligen Gemeindeteilschlüssel sind in den Bandsätzen der Volkszählung 1983 vier Stellen für eine Blockgliederung freigehalten worden. Nach den Arbeitshilfen des Deutschen Städtetages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes können die Blöcke mit drei Stellen und die Blockseiten mit der vierten Stelle gekennzeichnet werden. Bundeseinheitlich wird damit Städten und Gemeinden die Möglichkeit einer optimalen kleinräumlichen Ergebnisbereitstellung geboten.

Die Blockgliederung ist ein flächendeckendes Lokalisierungs- und Zuordnungssystem für planerische und Verwaltungszwecke. Zu Blöcken bzw. Blockseiten zusammengefaßt werden meist mehrere Grundstücke. Dabei ist die Blockseite ein Teil des Blocks, der dieselbe Straßenbezeichnung trägt. Beide Gliederungseinheiten sind der Gestalt dieser Grundstücke angepaßt und spiegeln daher die strukturelle Zusammensetzung einer Gemeinde nach den verschiedenen Nutzungselementen wider. Während mit Blockseiten kleinste Abschnitte eines Blocks bezeichnet werden, bildet der Block die Grundlage für übergeordnete flächenbezogene Gebietsgliederungen (Gemeindeteile). Blockseiten und Blöcke müssen deshalb so abgegrenzt sein, daß sich übergeordnete Gebiete jeweils aus ganzen Blöcken bzw. Blockseiten zusammensetzen. Die Ausgangsbasis für eine derartige Einteilung sind die Straßen mit ihren Anliegern.

#### Ordnungssystem für Straßen und Hausnummern

Im Rahmen der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 wurden erstmals und danach auch bei der letzten Volkszählung 1970 Bandsatzstellen für die Kennzeichnung von Straßen- und Hausnummern freigehalten. Auch bei der 1983er Großzählung sollen diese Angaben eingeholt werden. Der Unterschied gegenüber den vorangegangenen Erhebungen besteht darin, daß man, den Anforderungen der Großstädte entsprechend, den Straßenschlüssel von vier auf fünf Stellen erweitert hat und für die eigentliche Hausnummer, ohne die eventuell vorhandenen Zusatzbezeichnungen, vier statt bis dahin drei Stellen vorsieht. Trotz dieser zahlenmäßig erweiterten Bandsatzstellen kann der in Rheinland-Pfalz bei den Gemeinden vorliegende vierstellige Straßenschlüssel weiter verwendet werden. Fehlende Stellen sind dabei, wie bei den Hausnummern, durch vorangestellte Nullen aufzufüllen.

Unabhängig von der im Rahmen der Automation des Einwohnerwesens erfolgten landesinternen Regelung für vollständige Straßenverzeichnisse und Hausnummern wird vom Statistischen Landesamt auch ein einheitlicher Signierschlüssel für die in bestimmten Gemeinden des Landes vorkommenden Hausnummernzusätze (Buchstaben, 1/10 u. ä.) angestrebt. Nach dem Aufbereitungskonzept für 1983 müssen die betroffenen Gemeinden solche Zusätze in einem besonderen Feld, unmittelbar neben der jeweiligen Hausnummer, in die Zählerliste eintragen. Der Städteverband Rheinland-Pfalz hat sich bereit erklärt, einen einheitlichen Schlüs-

sel für diese Zusatzmerkmale aufzustellen, der dann sämtlichen Gemeinden zur Codierung zur Verfügung steht. Damit wären schon die Gemeinden in der Lage, die Zusätze maschinengerecht in die Zählerliste einzutragen.

Durch die Kennzeichnung jedes Individualdatensatzes mit Straßen- und Hausnummer ist es möglich, Daten für vorgegebene Gebäude oder bestimmte Straßenabschnitte bereitzustellen. Eine solche aufwendige und datenschutzrechtlich problematische Aufbereitung sehen allerdings weder das bundeseinheitliche noch ein landesinternes Maschinenprogramm vor, zumal den Städten und Gemeinden kleinräumliche Gliederungsdaten, gemäß der von ihnen vorgenommenen Einteilung, zur Verfügung gestellt werden.

#### Handhabung des Ordnungssystems bei der Volkszählung 1983

Für die Aufbereitung von Ergebnissen in kleinräumlicher Gliederung werden im Rahmen der Volkszählung 1983 erstmals entsprechende Bandsatzstellen zur Verfügung stehen. Mit dieser bundeseinheitlichen Regelung ist sichergestellt, daß derartige Daten für jede interessierte Gemeinde auf maschinellem Wege zusammengestellt werden können.

Die zur kleinräumlichen Ergebnisdarstellung vorgesehene Grundlage bildet das sogenannte Gemeindeblatt mit bestimmten Eckdaten für jede einzelne Gemeinde. Diese Tabelle enthält neben demographischen Merkmalen der Einwohner auch Angaben über die Wirtschaftsstruktur, den überwiegenden Lebensunterhalt und den schulischen Ausbildungsstand der Bevölkerung sowie Daten zur Haushaltsgröße und Staatsangehörigkeit. Darüber hinaus ist vorgesehen, den Gemeinden in kleinräumlicher Gliederung auch entsprechende Angaben aus dem wohnungsstatistischen Teil und der Arbeitsstättenzählung zur Verfügung zu stellen.

Grundlage für die kleinräumliche regionale Aufbereitung ist die von den Gemeinden bzw. den Zählern anzulegende Zählerliste, in die die eigentlichen Erhebungspapiere (Wohnungs-, Haushalts- und Arbeitsstättentypen) für jeweils eine Straße, einen Wohnplatz oder auch nur für einen bestimmten Straßenabschnitt, entsprechend der von den Gemeinden je Zählerliste vorgenommenen Abgrenzung, einzutragen sind.

Um die Aufbereitung mittels ADV auch für kleinste regionale Gebietseinheiten durchführen zu können, müssen auf jeder Zählerliste neben den Klartextangaben (Name der Gemeinde, Gemeindeteil/Stadtbezirk und Straßenbezeichnung) auch entsprechende Schlüsselnummern vorhanden sein:

Gemeindekennziffer (sechsstellig),  
Gemeindeteil/Stadtbezirk (dreistellig),  
Block/Blockseite (vierstellig),  
Straßenschlüssel (fünfstellig).

#### Besonderer Nachweis der Wohnplätze

Neben den von den Städten und Gemeinden gewünschten Daten in kleinräumlicher Gliederung wer-

den Angaben über die Bevölkerung in den Wohnplätzen ermittelt. Wohnplätze sind einzelstehende Gebäude oder Gebäudegruppen, die in der Regel vom übrigen bebauten Gemeindegebiet räumlich getrennt liegen. Dabei handelt es sich um Teilgebiete einer Gemeinde ohne rechtliche Selbständigkeit, die auf Grund ihrer Lage, Bedeutung oder aus historischen Gründen einen eigenen Namen führen. Das für die Namensverleihung notwendige Verfahren ist in § 4 der rheinland-pfälzischen Gemeindeordnung festgelegt.

Um sicherzustellen, daß für jeden Wohnplatz entsprechende Bevölkerungsdaten aus den Ergebnissen der Volkszählung 1983 gewonnen werden können, wird das Statistische Landesamt, rechtzeitig vor dem

Zählungsstichtag, den Gemeinden eine Übersicht mit den Wohnplatzbezeichnungen zuleiten.

Damit die Aufbereitung von Zählungsergebnissen für jeden Wohnplatz in der vorgesehenen Form durchgeführt werden kann, müssen die örtlichen Zählungsdienststellen bei der Einteilung des Gemeindegebietes in Zählbezirke berücksichtigen, daß Wohnplätze immer als selbständige, in sich geschlossene Erhebungseinheiten zu erfassen sind. Sie dürfen nicht zusammen mit anderen Wohngebieten in dem dafür vorgesehenen Ordnungspapier, der Zählerliste, aufgeführt sein. Die Identifizierung der Wohnplätze wird mit Hilfe der auf den betreffenden Listen eingetragenen Bezeichnungen vorgenommen.

E. Ostwald

## Statistik der Weinmosternten

Die Weinmoststatistik ist seit vielen Jahrzehnten Bestandteil der amtlichen Statistik. Zusammen mit den Erhebungen der Weinerzeugung, der Weinbestände, der Rebflächen und der Betriebsstruktur hat sie im Statistischen Landesamt des größten deutschen Weinbaulandes mit etwa zwei Dritteln der Anbaufläche und drei Viertel der Weinmosternte des Bundesgebietes einen hohen Stellenwert.

Grundlage der Weinmoststatistik bildet eine Berichterstattung über Wachstumsstand der Reben und über die Weinmosternte. Sie wird seit einigen Jahren ergänzt durch eine Erntemessung auf Stichprobennbasis, die sogenannte Ergänzende Ernteermittlung. Beide Statistiken sind verankert im § 14 des Gesetzes über Bodennutzungs- und Ernteerhebung vom 21. August 1978 (BGBl. I S. 1509). Ähnliche Ermittlungen werden auch für Feldfrüchte und Grünland sowie Obst und Gemüse angestellt.

### Berichterstattung

In allen Gemeinden und Ortsteilen mit nennenswertem Weinanbau sind Berichterstatter für die Weinmosterntestatistik tätig. Es handelt sich um Sachverständige, die entweder selbst Wein anbauen oder als Fachkräfte bei den Beratungsstellen beschäftigt sind. Regelmäßig erfolgt eine eingehende Erläuterung und Diskussion der Berichts- und Beurteilungsmethoden, die den Mitarbeitern in einem Merkbuch jährlich neu zur Verfügung gestellt werden. Großes Gewicht wird auf die Zuverlässigkeit und Objektivität der Angaben gelegt sowie auf ihre Bedeutung für agrar- und marktpolitische Entscheidungen der Regierungen und zur Vertretung der berufsständischen Interessen. Die Bedeutung der Weinmoststatistik wird von den Winzern allgemein erkannt, so daß Schwierigkeiten bei der Werbung neuer Berichterstatter in der Regel nicht entstehen. Vielfach wird die ehrenamtliche Tätigkeit über 20 bis 30 Jahre von denselben Personen ausgeübt, die damit große Erfahrungen für die Beurteilungen und Schätzungen gewinnen. Oft geht das Ehrenamt vom Vater auf den Sohn über.

Die Berichterstattung über den Wachstumstand der Reben und die Weinmosternte erfolgt während der Vegetationsperiode von Mai bis November monatlich und erstreckt sich auf die wachstumsrelevanten Merkmale der jeweiligen Monate. Den Kern der Berichterstattung bildet die Beurteilung des Rebenstandes (von Mai bis August) und die Schätzung der vorläufigen (September/Oktober) und endgültigen (November) Hektarerträge. Diese Tatbestände werden im Mai ergänzt durch die Beurteilung der Schäden durch Winter- bzw. Frühjahrsfröste, der Holzreife und des Austriebs der Reben. Da die Entwicklung der Reben und Trauben wie bei kaum einer anderen Kulturpflanze von der Witterung abhängt, wird monatlich auch eine detaillierte Beurteilung der Wetterverhältnisse vorgenommen. Eine entscheidende Phase des Rebenwachstums im Hinblick auf den späteren Ertrag ist die Blüte, die normalerweise im Juni beginnt und Anfang Juli durch die Berichterstatter bezüglich ihres Beginns, ihrer Dauer und ihres Verlaufs sowie des Gescheinansatzes beurteilt wird. Ende Juli folgt die Bewertung der Verrieselungsschäden während der Blüte und die des Traubenansatzes. Spätestens nach der Aufbereitung dieser Angaben läßt sich sagen, ob unter der Voraussetzung eines normalen Witterungsverlaufs eine mittlere, hohe oder geringe Weinmosternte erwartet werden kann.

Solange keine Trauben der betreffenden Rebsorte gelesen worden sind, ist die Schätzung der voraussichtlichen Hektarerträge noch schwierig. Der Mengenertrag wird nämlich sehr stark durch die Brüdigkeit der Trauben und damit durch die Mostausbeute beeinflußt, die sich zudem noch durch Witterungseinflüsse in den letzten Tagen vor der Lese ganz erheblich verändern kann. Zum Zeitpunkt der endgültigen Erteschätzung im November ist die Lese jedoch von geringen Ausnahmen abgesehen überall beendet.

Die Berichterstatter beschaffen sich hierzu möglichst viele Informationen über konkrete Mengenerträge aus ihrer Gemeinde oder dem Ortsteil und berechnen daraus bei unterschiedlichen Ertragsverhältnissen unter Berücksichtigung der Anbauflächen einen gewogenen

Mittelwert. Da die Qualität des Weinmostes für die Vermarktung eine ganz wesentliche Rolle spielt, werden die Mengenerträge durch Angaben über Mostgewichte, Säuregehalte und Anteile für Tafelwein, Qualitätswein und Prädikatswein ergänzt. Die Berichterstattung über die endgültige Weinmosternte findet ihre Abrundung durch weitere Informationen über Beginn und Ende der Lese, über Mostverkäufe und Mostpreise.

Die Angaben der monatlichen Ernteberichterstattung werden unmittelbar nach Eingang im Statistischen Landesamt in wenigen Tagen aufbereitet. Ergebnisse für das Land, die Anbaugebiete und Bereiche werden umgehend der Landesregierung, der Landwirtschaftskammer und dem Statistischen Bundesamt für die Erstellung eines Bundesergebnisses zugeleitet.

Die Berichterstatter erhalten die Ergebnisse monatlich in einem Nachrichtenblatt, in dem auch die jeweils anstehenden methodischen Probleme erörtert werden. Dadurch besteht zwischen den Berichterstattern und dem Statistischen Landesamt ein ständiger Kontakt. Die wichtigsten Ergebnisse erscheinen regelmäßig in den Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes.

Insbesondere alle Erntedaten und, soweit methodisch möglich, auch die übrigen Informationen werden unter Berücksichtigung der jeweiligen Ertragsrebflächen zu Bereichs-, Anbaugebets- und Landesergebnissen hochgerechnet. Die Ertragsrebflächen ergeben sich aus der jährlichen Erhebung der Rebflächen. Früher waren die Resultate nur nach weißen und roten Rebsorten unterschieden worden. Seit einigen Jahren erfolgt entsprechend der veränderten Anbaustruktur und den gewachsenen Anforderungen eine Aufbereitung der Ernteergebnisse nach 17 Rebsorten. Die gewogene Hochrechnung und die Unterscheidung nach den wichtigsten Rebsorten bewirken eine weitere Verbesserung der Ergebnisse.

### Ergänzende Ernteermittlungen

In der Regel fallen die Ernteschätzungen etwas zu gering aus, und zwar werden vorläufige Ergebnisse und hohe Ernten stärker unterschätzt als endgültige und niedrige Ernten. Letztere können gelegentlich auch überschätzt werden. Um diesen systematischen Fehler eliminieren zu können, wurden nach den Erfahrungen des Jahres 1960, als bis dahin nicht für möglich gehaltene Erntemengen anfielen, zunächst versuchsweise und später regelmäßig auf zufällig ausgewählten Rebparzellen Erntemessungen vorgenommen.

Ergänzende Ernteermittlungen gehören seit gut zehn Jahren zum Programm der Agrarstatistik. Sie wurden von der Besonderen Ernteermittlung für Getreide und Kartoffeln abgeleitet und dienen zur Ergänzung und Verbesserung der Ernteberichterstattung. In Rheinland-Pfalz werden zur Zeit Ergänzende Ernteermittlungen für Weinmost, Runkelrüben, Äpfel und Sauerkirschen vorgenommen.

Bei Weinmost erfolgen die Ermittlungen auf insgesamt 1 000 Probefeldern. Nach stichproben-methodischen Grundsätzen reicht diese Zahl aus, um für die

Weinmosternte insgesamt und die wichtigsten Rebsorten zuverlässige Ergebnisse zu erzielen. Von den Probefeldern entfallen 200 auf Müller-Thurgau, 180 auf den Weißen Riesling, 160 auf den Grünen Silvaner, 120 auf Morio-Muskat, 120 auf Kerner, 120 auf Scheurebe und 100 auf den Blauen Portugieser.

Als Auswahlgrundlage diente das Weinbaukataster bzw. die Rebflächenerhebung. Der Stichprobenplan sah ein dreistufiges Auswahlverfahren vor, und zwar Gemeinden, Betriebe und Probefelder. Bei der Auswahl wurden die Rebflächen der einzelnen Einheiten in den jeweiligen Stufen entsprechend ihrer Größe berücksichtigt, so daß jede Rebparzelle und damit jeder Rebstock im Land die gleiche Chance hatte, in die Stichprobe zu fallen.

Der grundsätzliche Unterschied zur Ernteberichterstattung besteht darin, daß die möglichen persönlichen und subjektiven Einflüsse beim Ernteberichterstatter durch ein objektives Verfahren weitgehend ausgeschlossen werden. Die Inhaber der ausgewählten Betriebe stellen nicht durch Beurteilung des Behangs die Erntemengen der Probefelder fest sondern durch tatsächliche Messungen. Für die Einrichtung der Stichprobe, Kontaktpflege und Überprüfung der Ergebnisse stehen von Ende September bis Mitte November zwei Beauftragte des Bundesamtes für Ernährung und Forstwirtschaft in Frankfurt zur Verfügung. Es handelt sich um erfahrene und fachkundige Personen, die seit vielen Jahren auch im Rahmen der Besonderen Ernteermittlung tätig sind. Sie besuchen im Herbst nahezu jeden ausgewählten Betrieb, so daß eine höchstmögliche Genauigkeit der Angaben gewährleistet werden kann.

Die aus den Stichprobenmessungen abgeleiteten Durchschnittsergebnisse bilden für die einbezogenen Rebsorten auf Landesebene jeweils die endgültigen Hektarerträge. Abweichungen zu den Ergebnissen der Berichterstattung (Korrekturfaktoren) werden danach auf die Daten für Anbaugebiete und Bereiche übertragen. Bei den übrigen weißen Rebsorten erfolgt eine Korrektur nach der durchschnittlichen Abweichung der einbezogenen Sorten, während bei den übrigen roten Rebsorten eine Berichtigung nach dem Blauen Portugieser vorgenommen wird. Die Korrekturfaktoren liegen in der Regel zwischen 103 und 110.

### Zuverlässigkeit der Ergebnisse

Statistik hat nicht das Ziel buchhalterischer Genauigkeit. Auf die Aussagekraft kommt es an. Bei der Statistik der Weinmosternten sind ein Zufallsfehler und ein systematischer Fehler nicht auszuschließen. Der Zufallsfehler kann dadurch entstehen, daß sich die Ermittlungen nicht auf alle, sondern auf ausgewählte Felder beziehen. Er wird jährlich als relativer Standardfehler berechnet und beträgt in der Regel 2 bis 5%. Der systematische Fehler entsteht bei der Ermittlung der Ergebnisse in den Betrieben sowie bei der Berichtigung der nicht einbezogenen Sorten und der Daten regionaler Untergliederungen. Dieser Fehler ist minimal und kann bei der angewandten Sorgfalt auf Landesebene vernachlässigt werden. Er hält sich auch bei den nicht erfaßten Sorten und den Regionaldaten in engen Grenzen.

Die gesamte Abweichung gegenüber der tatsächlichen Ernte wird somit für die Landesergebnisse der einbezogenen Rebsorten 3%, für die übrigen Sorten und die regional tiefer untergliederten Daten 5 bis 6% in der Regel nicht übersteigen. Gestützt wird dies

durch langjährige Beobachtungen sowie durch die Ermittlungen anderer Stellen und die Ergebnisse der jährlichen totalen Erhebung der Weinerzeugung.

Dr. J. Töniges

## Neues demographisches Modell zur Prognose der Wanderungsbewegungen

Regionale Bevölkerungsprognosen für Rheinland-Pfalz werden vom Statistischen Landesamt seit 1975 durchgeführt<sup>1)</sup>). Seit einem Jahr wird dieses Modell grundlegend überarbeitet, wobei Erfahrungen, die in den vergangenen acht Jahren gesammelt wurden, einfließen. Der gesamte Rechengang, einschließlich der dahinterstehenden Überlegungen, wird in einer Dokumentation festgehalten, die Interessenten zur Verfügung gestellt werden kann. Mit ihrer Fertigstellung ist im Laufe des kommenden Jahres zu rechnen. Die Realisierung des gesamten Modells wird mehr als ein Jahr in Anspruch nehmen, die Programmierarbeiten für den Teil zur natürlichen Bevölkerungsbewegung sowie für das im folgenden beschriebene demographische Wanderungsmodell werden voraussichtlich im Jahre 1983 abgeschlossen sein.

Die Prognose der Wanderungsbewegungen erfolgte bisher auf der Grundlage eines ökonomischen Wanderungsmodells, in dem Wanderungen im wesentlichen durch einen Vergleich des voraussichtlichen Erwerbspotentials und des voraussichtlichen Bedarfs an Arbeitskräften abgeleitet werden. Dieses Modell ist relativ komplex und erfordert die Bereitstellung zahlreicher Ausgangsdaten. So sind Angaben über den Arbeitskräftebedarf für Klein-, Mittel- und Großbetriebe, getrennt nach Wirtschaftszweigen, erforderlich. Erwerbstätige in der Land- und Forstwirtschaft sind nach Betriebsgrößenklassen zu prognostizieren. Das Arbeitskräfteangebot wird auf Basis zu prognostizierender altersspezifischer Erwerbsquoten vorausgeschätzt. Schließlich müssen Annahmen über mitwandernde Familienangehörige getroffen werden. Die Bearbeitung dieser Fülle von Eingangsdaten erfordert einen hohen Zeitaufwand, so daß Prognoseergebnisse unter Berücksichtigung von Wanderungsbewegungen erst relativ spät verfügbar sind.

Das neu konzipierte demographische Wanderungsmodell geht von vergleichsweise einfachen Annahmen aus, Ergebnisse stehen hier schon nach kurzer Zeit zur Verfügung. Jedoch soll - nach Vornahme einiger Modifikationen - auch das ökonomische Wanderungsmodell beibehalten werden, zumal hier im Verlaufe des Rechengangs zahlreiche weitere, über das eigentliche Ziel einer Bevölkerungsprognose hinausgehende Prognosewerte (Beschäftigungszahlen nach Wirtschaftszweigen, Arbeitskräfteangebot nach dem Alter) mit anfallen. Damit können Wanderungsbewegungen kün-

tig mit zwei alternativen Modellen vorausgeschätzt werden.

### Problematik einer Wanderungsprognose

Wanderungsbewegungen bilden den größten Unsicherheitsfaktor bei Bevölkerungsvorausschätzungen. Während Veränderungen in der Entwicklung von Geburten- und Sterbehäufigkeiten primär auf langfristig wirkende Faktoren zurückzuführen sind, können sich politische und wirtschaftliche Ereignisse schon in relativ kurzer Zeit auf das Ausmaß der Wanderungen auswirken.

Die Prognose der Wanderungen ist umso schwieriger, je kleiner die betrachteten Gebietseinheiten sind, denn umso zahlreicher sind die zu berücksichtigenden potentiellen Wanderungsmöglichkeiten. In dem vorliegenden Prognosemodell werden daher Wanderungsprognosen auf Kreisebene, nicht jedoch - wie bei der Prognose der natürlichen Bevölkerungsbewegung vorgesehen - auf Verbandsgemeindeebene durchgeführt.

Für eine Prognose von Wanderungsbewegungen wäre die Kenntnis der Motive, die im Einzelfall Wanderungen auslösen, von Vorteil. Hierzu gibt es zwar einige Untersuchungen, deren Ergebnisse jedoch für ein Prognosemodell kaum verwertbar sind. Die dort aufgeführten Wanderungsmotive sind nur schwer quantifizierbar und infolgedessen kaum operabel. Interessant ist jedoch ein vielen Analysen gemeinsames Ergebnis, wonach Wanderungen zu einem großen Teil nicht mehr ökonomische Zwangswanderungen sind, wie etwa noch vor hundert Jahren Teile der Land-Stadt-Wanderungen. Vielmehr kann der Wunsch nach einer schöneren Wohnung, besserer Luft, weniger Lärm, besseren Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten, sowie Beziehungen zu Freunden und Verwandten maßgeblichen Einfluß auf eine Wanderungsentscheidung haben.

### Prognose nach vier Altersgruppen

Eine Berücksichtigung von Wanderungsmotiven erfolgt im demographischen Wanderungsmodell durch die Bildung von Altersgruppen, die sich hinsichtlich der Wanderungsmotive unterscheiden. Der Terminus „demographisch“ bedeutet dabei, daß Wanderungsbewegungen allein auf der Grundlage der Alters- und Geschlechtsstruktur der Bevölkerung prognostiziert werden und nicht etwa durch weitere Größen, wie das Angebot an Arbeitsplätzen oder das Erwerbspotential im ökonomischen Wanderungsmodell.

Das demographische Wanderungsmodell unterscheidet vier Altersklassen:

<sup>1)</sup> K. Nold, H. Libowitzky, H. Mayer: Regionale Bevölkerungsprognose - Revidiertes Programm. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 33, Heft 2, Februar 1980.

Wohnbevölkerung und Bevölkerungsbewegung nach Altersjahren und Geschlecht  
in den Verwaltungsbezirken 1982 – 1996a) Männlich  
b) Weiblich

Prognosejahr 1982

...

Prognosejahr 1996

Kreisfreie Stadt/Landkreis: ...

Altersjahr	Wohnbevölkerung am Ende des Vorjahres		Wohnbevölkerung am Ende des Prognosejahres (natürliche Bevölkerungsbewegung)	Bevölkerungsbewegung				Wohnbevölkerung am Ende des Prognosejahres		
	Ausgangsbestand	Überlebende		Gestorben	Fortgezogene	Zugezogene				
						über die Landesgrenze	Binnenwanderung			

- (1) Unter 18 Jahre: Hier handelt es sich primär um mitwandernde Familienangehörige, also um Kinder, die mit an den neuen Wohnort ihrer Eltern ziehen. Es liegen also im Prinzip keine eigenen Wanderungsmotive vor, vielmehr sind Entscheidungen von Personen anderer Altersgruppen maßgebend für das Wanderungsverhalten.
- (2) 18 bis 30 Jahre: Personen dieser Altersgruppe wandern an den Ort ihrer Ausbildungsstätte oder führen nach Abschluß ihrer Ausbildungszeit eine Wohnortverlagerung an den Ort ihrer Arbeitsstätte durch bzw. sind auf der Suche nach weiteren Arbeitsstätten, ehe sie sich endgültig etablieren. Zusammenfassend könnte man hier von Bildungswanderungen sprechen.
- (3) 30 bis 60 Jahre: Die größte Zahl der Personen dieser Altersgruppe wechselt den Arbeitsplatz nicht mehr. Wohnortverlagerungen sind hier also keine ökonomischen Zwangswanderungen mehr, sondern es werden primär unter dem Motto „Ein Häuschen im Grünen“ Stadt-Umland-Wanderungen stattfinden.
- (4) 60 Jahre und älter: Wanderungen dieser Altersgruppe sind Ruhestandswanderungen, im Hinblick auf den Wohnort, an dem man seinen Lebensabend verbringen möchte. Ausschlaggebend dürfte hier in erster Linie der Wohnort von nahen Familienangehörigen sein.

Gegen die so durchgeführte Abgrenzung der Altersgruppen lassen sich natürlich zahlreiche Kritikpunkte vorbringen. Grundsätzlich ist die alleinige Abhängigkeit der Wanderungsentscheidung vom Alter, wie sie hier unterstellt wird, realitätsfern. So wird sich auch die Art der Ausbildung (Lehre, Studium) entscheidend auf eine Wohnortverlagerung auswirken. Um ein möglichst einfach handhabbares Modell vorliegen zu haben, erfolgt hier jedoch bewußt eine Beschränkung auf die Einflußgröße Alter.

Weiterhin stellt sich die Frage, ob die Aufteilung in die erwähnten vier Altersgruppen sinnvoll ist. Wünschenswert wäre vielleicht eine differenziertere Vorgehensweise, das heißt die Bildung von mehr als vier

Altersgruppen. So könnte man die Gruppe der 18- bis 30jährigen aufspalten in eine solche Personengruppe, die eine Wohnortverlagerung anlässlich der Aufnahme einer Ausbildung an den Ort ihrer Ausbildungsstätte vornimmt (18 bis 25 Jahre), und solche Personen, die wandern, um an ihre erste oder zweite Arbeitsstätte zu gelangen. Dabei stellt sich wieder die Frage, ob diese Abgrenzung richtig ist, ob sie nicht primär auf Hochschulabsolventen zutrifft. Ferner ist das Bilden zu kleiner Altersgruppen kritisch, da damit die Datenbasis zu schmal werden könnte. Dies würde zunehmende Fehlermöglichkeiten implizieren, so daß im Endeffekt wahrscheinlich ungenauere Ergebnisse erwartet werden müssen als ohne eine weitere Untergliederung. Ähnliche Überlegungen wären beim Aufspalten anderer Altersgruppen anzustellen. Nach ersten Testphasen des Modells soll untersucht werden, ob eine weitere Differenzierung sinnvoll erscheint.

Zur Altersgruppe der über 60jährigen sind noch einige Anmerkungen zu machen. Diese Abgrenzung wäre von den Wanderungsmotiven her wünschenswert, ist aber gegenwärtig noch nicht realisierbar, da die im Rahmen des Verbundprogramms der Statistischen Landesämter möglichen Altersuntergliederungen eine solche Altersgruppe nicht vorsehen. Änderungen im Verbundprogramm sind nicht ohne weiteres möglich. Als Alternativen für die Abgrenzung bieten sich die Altersjahre 50 oder 65 an. Entscheidet man sich für die 50jährigen als Untergrenze, so dürfte man eine hinsichtlich der Wanderungsmotive relativ inhomogene Gruppe erhalten. Zwar werden hier auch schon zum großen Teil Ruhestandswanderungen, jedoch auch noch Wanderungen aus Anlaß der Verlegung der Arbeitsstätte durchgeführt. Eine Abgrenzung der Altersgruppe mit den 65jährigen ist eigentlich zu hoch ange setzt, da eine zunehmende Herabsetzung des Ruhestandsalters stattfindet. Die Nachteile scheinen hier jedoch geringer zu sein, als im ersten Fall, so daß mit dieser Untergrenze gearbeitet werden soll, solange aus technischen Gründen die eigentlich erwünschte Altersabgrenzung nicht realisierbar ist.

Wanderungen werden danach unterschieden, ob bei der Verlegung des Wohnsitzes die Grenzen des Landes

Wanderungssaldo der Verwaltungsbezirke 1977 – 1981

Verwaltungsbezirk	Insgesamt					Auf 1 000 Einwohner				
	1977	1978	1979	1980	1981	1977	1978	1979	1980	1981
Kreisfreie Stadt Koblenz	- 865	- 820	- 559	146	- 154	- 7,4	- 7,1	- 4,9	1,3	- 1,4
Landkreise										
Ahrweiler	365	566	924	770	280	3,3	5,2	8,4	7,0	2,5
Altenkirchen (Ww.)	- 39	551	521	836	- 331	- 0,3	4,5	4,3	6,8	- 2,7
Bad Kreuznach	- 63	- 242	782	719	151	- 0,4	- 1,7	5,4	4,9	1,0
Birkenfeld	- 313	- 487	- 236	- 4	- 108	- 3,5	- 5,5	- 2,7	- 0,1	- 1,2
Cochem-Zell	- 511	- 375	- 444	- 308	- 202	- 8,1	- 6,0	- 7,1	- 5,0	- 3,3
Mayen-Koblenz	51	101	451	126	- 466	0,3	0,5	2,4	0,7	- 2,5
Neuwied	817	622	1 191	1 533	646	5,3	4,1	7,8	9,9	4,2
Rhein-Hunsrück-Kreis	622	453	453	575	261	7,0	5,1	5,0	6,4	2,9
Rhein-Lahn-Kreis	- 40	86	365	511	820	- 0,3	0,7	3,1	4,3	6,9
Westerwaldkreis	796	805	1 444	1 323	966	4,8	4,9	8,7	7,9	5,7
RB Koblenz	820	1 260	4 892	6 227	1 863	0,6	0,9	3,6	4,6	1,4
Kreisfreie Stadt Trier	- 992	- 708	- 768	54	- 186	- 10,1	- 7,3	- 8,0	0,6	- 2,0
Landkreise										
Bernkastel-Wittlich	- 151	- 132	29	168	53	- 1,4	- 1,2	0,3	1,8	0,5
Bitburg-Prüm	- 271	- 284	- 376	99	63	- 3,0	- 3,2	- 4,2	1,1	0,7
Daun	- 107	- 35	91	215	260	- 1,9	- 0,6	1,6	3,9	4,7
Trier-Saarburg	620	206	661	289	266	5,1	1,7	5,4	2,3	2,1
RB Trier	- 901	- 953	- 363	825	456	- 1,9	- 2,0	- 0,8	1,8	1,0
Kreisfreie Städte										
Frankenthal (Pfalz)	79	- 363	38	243	- 1	1,8	- 8,3	0,9	5,6	- 0,0
Kaiserslautern	- 32	- 295	118	- 132	147	- 0,3	- 3,0	1,2	- 1,3	1,5
Landau i.d.Pfalz	- 162	94	- 55	163	62	- 4,4	2,6	- 1,5	4,5	1,7
Ludwigshafen a.Rhein	- 2 008	- 1 285	- 881	- 692	- 218	- 12,2	- 7,9	- 5,5	- 4,3	- 1,4
Mainz	158	850	2 043	1 387	294	0,9	4,6	11,0	7,4	1,6
Neustadt a.d.Weinstr.	135	71	209	115	118	2,7	1,4	4,2	2,9	2,3
Pirmasens	- 579	- 435	- 331	- 306	- 621	- 11,1	- 8,5	- 6,5	- 6,1	- 12,6
Speyer	- 208	- 28	- 52	287	113	- 4,7	- 0,6	- 1,2	6,6	2,6
Worms	- 629	- 354	76	328	200	- 8,4	- 4,8	1,0	4,5	2,7
Zweibrücken	- 64	- 187	- 61	- 43	- 337	- 1,8	- 5,3	- 1,7	- 1,2	- 9,7
Landkreise										
Alzey-Worms	142	371	716	1 060	17	1,5	3,9	7,5	11,0	0,2
Bad Dürkheim	607	893	388	1 002	332	5,3	7,8	3,4	8,6	2,9
Donnersbergkreis	- 172	291	529	569	174	- 2,6	4,4	8,0	8,5	2,6
Germersheim	674	404	293	514	527	6,8	4,1	2,9	5,1	5,2
Kaiserslautern	7	- 244	- 174	357	301	0,1	- 2,5	- 1,8	3,7	3,1
Kusel	- 248	- 102	- 48	- 90	- 52	- 3,2	- 1,3	- 0,6	- 1,2	- 0,7
Südliche Weinstraße	- 823	- 110	- 27	249	399	- 8,5	- 1,1	- 0,3	2,6	4,2
Ludwigshafen	491	471	1 406	1 956	761	4,0	3,9	11,4	15,7	6,0
Mainz-Bingen	919	1 153	1 426	1 487	974	6,0	7,4	9,1	9,4	6,1
Pirmasens	- 569	- 213	- 95	104	91	- 5,7	- 2,1	- 1,0	1,1	0,9
RB Rheinhessen-Pfalz	- 2 282	982	5 518	8 558	3 281	- 1,3	0,5	3,1	4,7	1,8
Rheinland-Pfalz	- 2 363	1 289	10 047	15 610	5 600	- 0,6	0,4	2,8	4,3	1,5
Kreisfreie Städte	- 5 167	- 3 460	- 223	1 550	- 583	- 5,2	- 3,5	- 0,2	1,6	- 0,6
Landkreise	2 804	4 749	10 270	14 060	6 183	1,1	1,8	3,9	5,3	2,3

## Wanderungen 1961 – 1981

Jahr	Wanderungen über die Landesgrenze					
	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo
	Anzahl		auf 1 000 Einwohner			
1961	114 041	100 879	13 162	33,4	29,5	3,9
1962	109 205	100 109	9 096	31,6	29,0	2,6
1963	111 492	103 148	8 344	31,9	29,5	2,4
1964	116 235	109 092	7 143	32,9	30,9	2,0
1965	121 000	108 883	12 117	33,9	30,5	3,4
1966	123 165	116 185	6 980	34,2	32,3	1,9
1967	103 730	111 019	- 7 289	28,7	30,7	- 2,0
1968	109 108	104 828	4 280	30,0	28,8	1,2
1969	123 325	106 138	17 187	33,7	29,0	4,7
1970	129 860	109 011	20 849	35,6	29,9	5,7
1971	126 962	109 423	17 539	34,6	29,8	4,8
1972	124 518	109 786	14 732	33,8	29,8	4,0
1973	125 566	107 965	17 601	34,0	29,2	4,8
1974	102 239	107 358	- 5 119	27,7	29,0	- 1,4
1975	86 262	97 985	- 11 723	23,5	26,6	- 3,2
1976	88 709	95 323	- 6 614	24,3	26,1	- 1,8
1977	89 759	92 122	- 2 363	24,6	25,3	- 0,6
1978	89 893	88 604	1 289	24,7	24,4	0,4
1979	95 362	85 315	10 047	26,3	23,5	2,8
1980	102 613	87 003	15 610	28,2	23,9	4,3
1981	94 285	88 685	5 600	25,9	24,3	1,5

überschritten werden oder nicht. Im ersten Fall, also bei Wanderungsverflechtungen mit anderen Bundesländern und dem Ausland, spricht man von Außenwanderungen, im zweiten Fall, bei Wanderungsverflechtungen innerhalb des Landes, von Binnenwanderungen. Der Kreis ist die kleinste regionale Einheit des demographischen Wanderungsmodells. Wanderungen innerhalb der Kreise finden keine Berücksichtigung.

### Binnenwanderungsprognose mittels Fortzugsziffern

Grundlage für die Prognose der Binnenwanderungen sind nach Altersgruppen und Geschlecht differenzierte Fortzugsziffern für die 36 Verwaltungsbezirke, die die Anzahl der Fortziehenden eines Jahres auf die Wohnbevölkerung nach Berücksichtigung von Geburten und Sterbefällen, jedoch vor Verrechnung der Wanderungen beziehen. Die Fortzugsziffern werden als Durchschnitt aus den fünf aktuellsten Beobachtungsjahren ermittelt und für den gesamten Prognosezeitraum konstant gehalten. Die Berücksichtigung von fünf Jahren gewährleistet eine Glättung von zeitlichen Schwankungen in der Datenbasis und dürfte in etwa einen Konjunkturzyklus umfassen.

Die Berechnung der Fortzugsziffern erfolgt für grundsätzlich fünf Jahre umfassende Altersgruppen, wobei eine Anpassung an die vier Hauptaltersgruppen vorgenommen wird. Die Prognose der Anzahl der Fortgezogenen je Kreis bzw. kreisfreie Stadt wird für einzelne Altersjahre durch Multiplikation der ermittelten Fortzugsziffern mit der Wohnbevölkerung aufgrund der natürlichen Bevölkerungsbewegung am Ende des jeweiligen Prognosejahres durchgeführt.

Eine Verteilung der Fortgezogenen auf einzelne Zielgebiete erfolgt, getrennt nach den vier Hauptaltersklassen, nach einem Verteilungsschema, das auf Basis der fünf jüngsten Beobachtungsjahre ermittelt wurde und für jedes Prognosejahr herangezogen wird. Über

die Summe aller Fortzüge erhält man die Zuzüge in die Verwaltungsbezirke.

### Trendprognose der Außenwanderungen

Die Prognose der Außenwanderungen erfolgt über eine Trendberechnung von Zuzügen auf Landesebene auf der Grundlage entsprechender Beobachtungswerte von 1961 bis zum jeweiligen Basisjahr. Die Ermittlung der Trends erfolgt differenziert nach vier Altersgruppen, dem Geschlecht, sowie danach, ob die Zuzüge aus anderen Bundesländern oder dem Ausland kommen. Damit sind insgesamt 16 Trends zu bestimmen. Eine Regionalisierung der Trendwerte wird wieder für den gesamten Prognosezeitraum auf Basis eines für die fünf jüngsten Beobachtungsjahre ermittelten durchschnittlichen Verteilungsschemas durchgeführt.

Die Anzahl der Zugezogenen nach einzelnen Altersjahren wird aus den nach Altersgruppen ermittelten Trendwerten aufgrund der in fünf Beobachtungsjahren festgestellten Altersstruktur abgeleitet.

### Eingliederung in das Gesamtmodell

Die Zusammenführung mit den Ergebnissen der natürlichen Bevölkerungsbewegung erfolgt im wesentlichen in einer zentralen Ergebnistabelle. Eine Berechnung der Geborenenzahlen findet gesondert in zwei weiteren Tabellen statt.

Ausgehend von Bevölkerungsbeständen am Anfang des jeweils betrachteten Prognosejahres bzw. am Ende des Vorjahres werden mit Hilfe von altersspezifischen Überlebenswahrscheinlichkeiten die Überlebenden des Prognosejahres berechnet und um ein Altersjahr erhöht. Eine Berechnung der am Ende des Prognosejahres unter Einjährigen ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht möglich. Die Anzahl der Gestorbenen erhält man als Differenz aus dem Ausgangsbestand und den Überlebenden. Die Berechnung der Fortgezogenenzahlen erfolgt auf Basis der Bevölkerung am Ende des Jahres, also nach Reduzierung der Ausgangsbevölkerung um die Anzahl der Gestorbenen. Die Wohnbevölkerung am Ende eines Prognosejahres ergibt sich als Summe der Ergebnisse der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungsbewegungen.

Damit fehlen noch Ergebnisse über die prognostizierte Anzahl der unter Einjährigen. Die Berechnung der Lebendgeborenen erfolgt für 15- bis 45jährige Frauen mittels altersspezifischer Fruchtbarkeitsziffern. Die Anzahl der das Kalenderjahr ihrer Geburt überlebenden Säuglinge ist mit entsprechenden Überlebenswahrscheinlichkeiten zu berechnen. Zu berücksichtigen ist weiter, daß von den im Verlaufe eines Kalenderjahres geborenen Kindern ein Teil wieder abwandert bzw. in anderen Kreisen zuwandert. Das bedeutet, daß für die am Jahresende unter Einjährigen zur Berücksichtigung der Wanderungsverflechtungen ein zweiter Durchlauf des Wanderungsmodells durchzuführen ist. Die Zuzüge über die Landesgrenze sind hiervon jedoch nicht berührt, da es sich hierbei ja um autonome Größen handelt. Die Verrechnung der Binnenwanderungen erfolgt mit entsprechenden Fortzugsziffern und Aufteilung auf die Zielgebiete.

Damit werden zur Bevölkerungsprognose unter Berücksichtigung von Wanderungsbewegungen im Rahmen des demographischen Wanderungsmodells folgende Berechnungsschritte durchgeführt:

- (1) Berechnung der Sterbefälle im Verlaufe eines Prognosejahres für die am Anfang des Jahres vorliegende, nach Alter und Geschlecht untergliederte Wohnbevölkerung.
- (2) Übernahme der Überlebenden in die jeweils nächsthöhere Altersstufe.
- (3) Berechnung der Anzahl der Zu- und Fortzüge im Verlaufe eines Prognosejahres für die nach dem Alter untergliederte Bevölkerung am Ende des Prognosejahres
  - über die Landesgrenze
  - aus/in andere(n) Verwaltungsbezirke(n) des Landes.
- (4) Berechnung der Anzahl der Lebendgeborenen im Verlaufe eines Prognosejahres aufgrund des nach dem Alter untergliederten weiblichen Bevölkerungssteils am Ende des Prognosejahres. Aufteilung der Geburten nach Knaben und Mädchen.
- (5) Berechnung der das Geburtskalenderjahr überlebenden Neugeborenen, die am Ende des Jahres die Gruppe der unter Einjährigen darstellen.
- (6) Berechnung der Wanderungsbewegungen der unter Einjährigen.

#### Ergebnisdarstellung

Prognoseergebnisse werden für Kreise und Regionen ausgewiesen. Ein Nachweis für Verbandsgemeinden und Mittelbereiche - wie bei der Prognose der natürlichen Bevölkerungsbewegung - ist nicht vorgesehen. Es können jeweils neun verschiedene Ergebnistabellen ausgegeben werden. In der ersten Tabelle werden ohne Altersuntergliederung, jedoch nach dem Geschlecht differenziert, die Wohnbevölkerung, die Anzahl der Geborenen, Gestorbenen, Zugezogenen, Fortgezogenen sowie der Geborenenüberschuß und der Wanderungssaldo angegeben. Die zweite Tabelle gibt Ergebnisse für die Wohnbevölkerung nach einzelnen Altersjahren, die dritte nach Altersgruppen, wobei beliebige Gruppierungen vorgegeben werden können. Es können absolute Zahlen, Anteilswerte, Maßzahlen und Veränderungen gegenüber dem Vorjahr abgerufen werden. Die weiteren Tabellen beziehen sich auf die Lebendgeborenen, Gestorbenen, Zugezogenen, Fortgezogenen und die Wanderungssalden (absolute Zahlen und bezogen auf 10 000 Einwohner). Alle Tabellen geben Werte für das Basisjahr und für 15 Prognosejahre an.

Ergebnisse können darüber hinaus auch in Form von Bevölkerungspyramiden ausgegeben werden, die die Wohnbevölkerung nach einzelnen Altersjahren und nach dem Geschlecht untergliedert darstellen.

#### Uneinheitliche Entwicklung der Wanderungsbewegungen

Um eine Vorstellung über die in das Modell eingehenden Daten zu vermitteln, soll im folgenden die Entwicklung der Wanderungsbewegungen in Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren aufgezeigt werden. Erste Prognoseergebnisse sind im Jahre 1983 zu erwarten.

In die Trendprognose der Außenwanderungen gehen Beobachtungswerte ab 1961 ein. Sowohl die Zuzüge als auch die Fortzüge über die Landesgrenzen zeigen keine eindeutige Entwicklungstendenz. Vielmehr scheinen in den meisten Beobachtungsjahren Abnahmen oder Zunahmen gegenüber dem jeweiligen Vorjahr einander mehr oder weniger zufällig abzulösen. Auffällig sind jedoch die grundsätzlich niedrigeren Werte ab etwa 1975. In den meisten Jahren zeigt sich ein positiver Wanderungssaldo, lediglich für 1967 und 1974 bis 1977 war die Anzahl der Fortzüge größer als die der Zuzüge.

Die für die Binnenwanderungsprognose benötigte Berechnung von Fortzugsziffern erfolgt auf Kreisebene. Bei einer Prognose auf Basis des Jahres 1981 wäre der Durchschnitt der Jahre 1977 bis 1981 heranzuziehen. Anschaulicher läßt sich die Vergangenheit anhand des Wanderungssaldos, bezogen auf jeweils 1 000 Einwohner, beurteilen, auch wenn dieser nicht direkt in das Prognosemodell eingeht. Die recht uneinheitliche Entwicklung drückt sich allein schon darin aus, daß in den fünf betrachteten Jahren nicht einmal die Hälfte der Verwaltungsbezirke durchgängig positive oder durchgängig negative Vorzeichen aufweist. Hier wird die Problematik einer Wanderungsprognose deutlich. Im Vergleich zu komplexeren Modellen müssen derartige Probleme in dem vorliegenden demographischen Wanderungsmodell jedoch als weniger schwerwiegend eingestuft werden.

Bemerkenswert ist noch, daß die Summe der Landkreise in allen Beobachtungsjahren Zuwanderungsüberschüsse aufweist, während für die Summe der kreisfreien Städte bis auf 1980 ein negativer Wanderungssaldo zu verzeichnen war. Insgesamt sind damit in Rheinland-Pfalz seit 1978 mehr Zuwanderungen als Abwanderungen zu beobachten.

Diplom-Ökonom G. Ickler

## Wohngeld - Berechnung und Zahlungen 1975 bis 1981

#### Wohngeldverfahren, gesetzliche Grundlage

Der seit Mitte der 60er Jahre zunehmende Einsatz der Automatischen Datenverarbeitung (ADV) in der öffentlichen Verwaltung, insbesondere in der Leistungsverwaltung, führte dazu, daß sich seit 1967 im-

mer mehr Wohngeldstellen in Rheinland-Pfalz dem maschinellen Verfahren des Statistischen Landesamtes zur Durchführung des Ersten Wohngeldgesetzes anschlossen. Das Zweite Wohngeldgesetz vom 14. Dezember 1970 (BGBI. I S. 1637) wurde zwischenzeitlich mehrfach novelliert, um der Einkommens- und Wohn-

Jahr	Insgesamt			Mietzuschuß			Lastenzuschuß		
	Empfänger 1)	gezahlter Betrag	durch- schnittlicher monatlicher Wohngeld- anspruch 1)	Empfänger 1)	gezahlter Betrag	durch- schnittlicher monatlicher Wohngeld- anspruch 1)	Empfänger 1)	gezahlter Betrag	durch- schnittlicher monatlicher Wohngeld- anspruch 1)
	Anzahl	1 000 DM	DM	Anzahl	1 000 DM	DM	Anzahl	1 000 DM	DM
1975	68 292	66 052	70	63 231	58 645	69	5 061	7 407	93
1976	64 687	64 198	70	60 446	57 878	68	4 241	6 320	89
1977	60 499	57 143	68	56 973	52 208	67	3 526	4 935	83
1978	67 315	72 567	81	61 759	64 590	79	5 556	7 977	101
1979	62 782	73 086	81	57 820	65 417	80	4 962	7 669	95
1980	64 339	75 752	83	59 479	68 878	82	4 860	6 874	88
1981	70 849	105 095	107	63 104	89 698	102	7 745	15 397	150

1) Im letzten Monat des Berichtsjahres.

kostenentwicklung, der Rechtsprechung sowie der praktischen Handhabung der Wohngeldstellen Rechnung zu tragen. Dieses Gesetz sieht in § 35 eine Wohngeldstatistik vor. Vierteljährlich werden hierfür einige Eckdaten erhoben und ausführliche Angaben zum Stichtag 31. Dezember aufbereitet, auf den sich die jeweiligen Jahresangaben beziehen. Nach Erstellung eines entsprechenden Programmes beteiligen sich heute alle 44 Wohngeldstellen der Landkreise, der kreisfreien und großen kreisangehörigen Städte des Landes an dem zentralen Verfahren.

#### Antragsentgegnahme, Überprüfung und Bearbeitung

Wohngeld wird auf Antrag gewährt. Wohngeldanträge sind von Antragsberechtigten bei der öffentlich zuständigen Wohngeldstelle einzureichen. Nach der Landesverordnung über die Zuständigkeit nach dem Wohngeldgesetz vom 11. September 1978 (GVBl. S. 643), ist für den Vollzug des Wohngeldgesetzes die Kreisverwaltung als untere Behörde der allgemeinen Landesverwaltung, in kreisfreien und großen kreisangehörigen Städten die Stadtverwaltung zuständig. Sie nehmen die Aufgaben als Auftragsangelegenheit wahr. Soweit die Kreisverwaltung zuständig ist, nehmen die Gemeindeverwaltung der verbandsfreien Gemeinden und die Verbandsgemeindeverwaltung die Anträge entgegen, überprüfen die Vollständigkeit der Anträge, der Antragsunterlagen, die Richtigkeit der Wohnungsanschrift, der Anschrift der Antragsberechtigten sowie die Angaben über die Familienmitglieder und leiten die Anträge an die zuständige Kreisverwaltung weiter. Örtlich zuständig ist diejenige Stelle, in deren Bezirk sich die Wohnung befindet, für die Wohngeld beantragt wird.

Im Rahmen der Antragsbearbeitung erfolgt nach der Antragsannahme in einem ersten Schritt die Erfassung des Wohngeldfalles durch den Wohngeldsachbearbeiter. Anschließend werden die im Wohngeldantrag und dessen Anlagen spezifizierten Anspruchsgrundlagen in materiell-rechtlicher Hinsicht geprüft. Bestehende Unklarheiten werden durch Rückfragen beim Antragsteller bzw. bei schwierigen Fragestellungen im Rahmen von Sonderermittlungen geklärt. Im Anschluß an diese Ermittlungen werden die für die Entscheidung über den Antrag bzw. die Statistik be-

nötigten Informationen in einen Ablochbeleg übertragen.

Die Ablochbelege sind in Form einer Karteikarte gehalten und untergliedern sich in sieben Kartenarten. Diese Form bietet den Wohngeldsachbearbeitern die Möglichkeit, die zeitliche Entwicklung eines Wohngeldfalles auf einen Blick zu erkennen. Dem Statistischen Landesamt muß für jede einzelne Kartenart vom Wohngeldsachbearbeiter ein Ablochauftrag erteilt werden. Die signierten Ablochbelege werden gesammelt und sind bis spätestens zum ersten Werktag eines jeden Monats, für den die maschinelle Verarbeitung erfolgen soll (Verarbeitungsmonat), dem Statistischen Landesamt vorzulegen.

#### Maschinelle Berechnung, Bescheidschreibung und Zahlbarmachung

Das maschinelle Wohngeldverfahren regelt sich nach dem Rundschreiben des Ministeriums der Finanzen vom 2. Oktober 1980 (Az.: 493-03/3-4512), das im Ministerialblatt der Landesregierung Nr. 23, Seite 691 veröffentlicht ist. Darüber hinaus sind von den Wohngeldstellen die vom Statistischen Landesamt herausgegebene Arbeitsanweisung zur Erstellung des Ablochbeleges Wohngeld und die Beschreibung der Wohngeldplausibilität zu beachten.

Das maschinelle Wohngeldverfahren umfaßt folgende Arbeiten:

##### (1) Datenerfassung

Die per Ablochbeleg an das Statistische Landesamt gelieferten Daten werden auf Magnetband erfaßt.

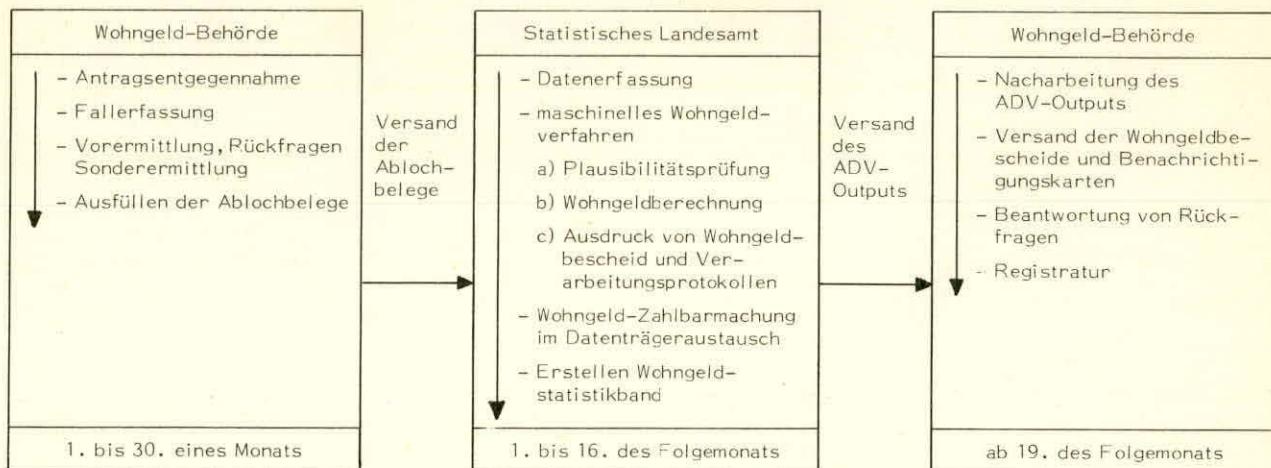
##### (2) Prüfung der Daten

Die erfaßten Daten werden einer Prüfung ihrer Plausibilität unterzogen und in einer Plausibilitäts- und Fehlerliste zur Kontrolle der Eingabe und Brichtigung der fehlerhaften Daten ausgedruckt.

##### (3) Berechnung

Nach der maschinellen Ermittlung des Familieneinkommens, der anrechenbaren Miete sowie der Zahl der zu berücksichtigenden Familienmitglieder erfolgt die Berechnung des Wohngeldes. Bei Anträgen auf eine Erhöhung des Wohngeldes während

Arbeitsteilung zwischen Wohngeldstellen und Statistischem Landesamt  
im Rahmen des Vollzuges des Wohngeldgesetzes



der laufenden Bewilligungszeit werden maschinell die Anspruchsvoraussetzungen geprüft und das Wohngeld gegebenenfalls neu berechnet.

#### (4) Bescheidschreibung

Das Ergebnis der Berechnung wird in einem Bescheid ausgedruckt, und zwar als Bewilligungsbescheid, sofern Wohngeld gewährt wird, oder als Ablehnungsbescheid, soweit sich der Ablehnungsgrund aus der Berechnung ergibt. Dies gilt auch für Erhöhungsanträge.

#### (5) Zahlbarmachung

Die Auszahlung des Wohngeldes im Giroverkehr erfolgt im beleglosen Datenträgeraustausch über die Landesbank Rheinland-Pfalz, und zwar durch die Übersendung eines Magnetbandes, das die auszahlungsrelevanten Daten jedes Wohngeldfallen sowie Lastschriftbuchungen je Wohngeldstelle enthält. Für die Wohngeldempfänger, die nicht am bargeldlosen Zahlungsverkehr teilnehmen, druckt das Statistische Landesamt sogenannte Postbarschecks aus und stellt diese den Wohngeldstellen mit den sonstigen Arbeitsergebnissen zur Verfügung. Gleichzeitig können bei der Zahlbarmachung der monatlichen Wohngeldleistungen Nachzahlungen und Einbehaltungen vorgenommen werden.

#### (6) Erstellen von Benachrichtigungskarten

Drei Monate vor dem Ablauf der Bewilligungszeit werden für alle betroffenen Wohngeldfälle Benachrichtigungskarten gedruckt, mit denen die Wohngeldbezieher an die bevorstehende Beendigung der Wohngeldzahlungen erinnert und - sofern die Voraussetzungen weiterhin gegeben sind - zur erneuten Antragstellung aufgefordert werden.

#### (7) Ausdruck von Verarbeitungsprotokollen für die Wohngeldstellen

#### (8) Datenbereitstellung für die Wohngeldstatistik

Sämtliche für die Wohngeldstatistik relevanten Angaben werden anhand der vom Ablochbeleg erfassten bzw. der im anschließenden Verarbeitungsgang gewonnenen Daten auf einem Magnetband bereitgestellt. Eine Weitergabe personenbezogener Angaben zum Antragsteller und Wohngeldempfänger erfolgt nicht. Durch diesen - nach dem Zahlungs-

geschäft zweiten - Datenträgeraustausch beim maschinellen Wohngeldverfahren erübrigen sich die Erhebung bei den Wohngeldstellen, die anschließende Datenerfassung und die Plausibilitätskontrolle. Die für statistische Zwecke benötigten Daten stehen für alle maschinell bearbeiteten Fälle unmittelbar zur Verfügung.

Nach der Erfassung und Verarbeitung der Daten werden die Ablochbelege und die Arbeitsergebnisse den Wohngeldstellen in sogenannten Collicos über sandt. Die Zustellung der Bewilligungs- und Ablehnungsbescheide erfolgt nach vorheriger Überprüfung durch die Wohngeldstellen.

Die Daten der bewilligten Wohngeldfälle werden vom Statistischen Landesamt nach Ablauf des Bewilligungszeitraumes noch zwölf Monate gespeichert. Dafür können im Einzelfall Wohngeldberechnungen auch nach einer Unterbrechung oder nach Ablauf der Bewilligung durch Eintragung der zusätzlichen oder geänderten Merkmale innerhalb des genannten Zeitraumes zur maschinellen Bearbeitung aufgegeben werden.

#### Nahezu 71 000 Haushalte als Wohngeldempfänger

Ende 1981 bezogen in Rheinland-Pfalz 70 849 Haushalte Wohngeld. Das sind rund 5% aller Haushalte. Seit 1980 erhöhte sich die Zahl der Wohngeldempfänger um 10%. Diese Steigerung ist auf die ab 1. Januar 1981 in Kraft getretenen Verbesserungen im Wohngeldrecht zurückzuführen. Noch stärker war die Zunahme im Jahre 1978 (+ 11%), als die Vierte Wohngeldnovelle durch Anhebung der Einkommensgrenzen und Erhöhung der Wohngeldleistungen den Kreis der Anspruchsberchtigten erweiterte und die in den Jahren 1976 und 1977 zu beobachtende rückläufige Entwicklung der Zahl der Empfänger wie auch der ausgezahlten Beträge beendet hatte.

Die Verbesserungen im Wohngeldrecht belegen die in den letzten Jahren ausbezahlteten Beträge. Waren 1980 insgesamt 76 Mill. DM ausgezahlt, so waren es ein Jahr später bereits 105 Mill. DM (+ 39%). Für ein angemessenes und familiengerechtes Wohnen wurden

Jahr	Ins-gesamt	Mit einem Wohngeld von ... DM									
		unter 20	20 – 40	40 – 60	60 – 80	80 – 100	100 – 140	140 – 180	180 – 220	220 und mehr	
		Anzahl	%								
1975	68 292	8,3	19,1	22,8	17,7	12,1	11,7	4,7	1,9	1,7	
1976	64 687	8,4	20,0	22,9	17,0	11,6	11,5	4,9	2,1	1,6	
1977	60 499	9,8	21,3	22,7	16,6	10,2	11,4	4,5	2,0	1,5	
1978	66 319	9,3	18,4	16,8	15,4	10,9	15,1	7,1	3,8	3,2	
1979	62 782	9,2	18,1	16,7	15,2	11,0	15,2	7,5	3,6	3,5	
1980	64 339	9,9	17,7	16,2	14,6	10,8	15,1	7,9	3,9	3,9	

in Rheinland-Pfalz seit 1975 Zuschüsse von insgesamt 514 Mill. DM gezahlt.

Bezogen auf die Zahl der Empfänger ist der Mietzuschuß wesentlich wichtiger als der Lastenzuschuß. Ende 1981 erhielten 63 104 Haushalte Unterstützung zu ihren Mietzahlungen (89%) und 7 745 Lastenzuschüsse für das eigene Heim (11%). Die ausbezahlten Beträge erreichten eine Relation von 85 zu 15. Bezogen auf den Zeitraum 1975 bis 1981 lag das Verhältnis von Miet- und Lastenzuschußempfängern bei 92 zu 8, die gezahlten Beträge brachten es auf eine Quote von 89 zu 11.

#### Monatlich 107 DM Wohngeld

Bezogen auf den Dezember des jeweiligen Jahres erhöhte sich von 1975 bis 1981 der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch von 70 DM auf 107 DM. Den größten Sprung gab es von 1980 auf 1981 mit 24 DM. Unter diesem Mittelwert liegen die Mietzuschüsse mit 102 DM, während die Lastenzuschüsse auf 150 DM stiegen. Seit 1975 errechnen sich Steigerungsraten von 48 bzw. 61%. Diese Steigerungen sind auf die ständigen Verbesserungen des Wohngeldgesetzes zurückzuführen. Hierbei fanden auch die gestiegenen Belastungen der Haushalte Berücksichtigung. So erhöhte sich zum Beispiel für Mieter in Wohnungen mit Sammelheizung und Bad oder Dusche von 1975 bis 1981 der Quadratmeterpreis im Durchschnitt von 4,06 auf 5,05 DM (+ 24%). Die Aufwendungen für Lasten-

zuschußempfänger nahmen gleichzeitig von 4,06 auf 4,90 DM zu (+ 21%).

Da die Höhe des Wohngeldes vor allem von dem Familieneinkommen und der Haushaltsgröße abhängt, erhalten Kleinsthaushalte in der Regel weniger als Familien mit mehreren Personen. Im Jahre 1981 bekamen sieben von zehn Einpersonenhaushalten - ihr Anteil bei den Empfängern insgesamt liegt bei 57% - weniger als 100 DM, von den Haushalten mit zwei Personen waren es jeder zweite. Umgekehrt war das Verhältnis bei den größeren Familien. So wurden an 26% der Fünfpersonenhaushalte (Anteil 4,9%) bis zu 100 DM monatlich bezahlt, bei denen mit sechs und mehr Personen (Anteil 3,9%) lag dieser Wert bei 13%.

#### Sechs von zehn Wohngeldempfängern haben bis zu 750 DM Familieneinkommen

Bei der Bewilligung des Wohngeldes wird das Familieneinkommen zugrunde gelegt. Dieses ist nicht mit dem Bruttoeinkommen oder dem steuerpflichtigen Einkommen identisch. Es wird nach Abzug einiger nicht zu berücksichtigender Beträge ermittelt. So hatten Ende 1981 drei von zehn Empfängerhaushalten ein solches Einkommen bis zu 500 DM monatlich, sechs von zehn bis zu 750 DM und nahezu acht von zehn bis zu 1 000 DM. Mit einem Anteil von knapp einem Drittel sind die Einkommensbezieher mit 500 bis 750 DM monatlich an der Gesamtzahl vertreten; sie erhielten durchschnittlich 93 DM Wohngeld monatlich.

Wohngeldempfänger nach monatlichem Familieneinkommen Ende Dezember 1981

Monatliches Familieneinkommen	Ins-gesamt	Mit monatlichem Wohngeld von ... DM										Durch-schnittlicher monatlicher Wohngeld- anspruch DM
		unter 25	25 – 50	50 – 75	75 – 100	100 – 150	150 – 200	200 – 250	250 – 300	300 – 400	400 und mehr	
		Anzahl	%									
unter 250 DM	2 843	0,6	4,6	9,1	13,4	28,0	18,7	13,1	6,8	4,5	1,2	155
250 – 500 "	17 690	2,2	10,2	14,5	17,6	27,1	15,2	7,0	3,2	2,5	0,5	123
500 – 750 "	22 008	6,2	19,7	22,4	16,3	21,3	7,5	3,2	1,7	1,3	0,4	93
750 – 1 000 "	12 820	29,4	19,0	13,9	10,0	12,6	7,6	3,7	2,0	1,3	0,5	78
1 000 – 1 500 "	7 236	9,9	16,1	13,8	12,7	18,8	12,1	7,9	4,4	3,2	1,1	117
1 500 – 2 000 "	6 139	1,2	11,2	13,0	14,1	25,2	17,2	9,8	4,2	3,0	1,1	135
2 000 – 3 000 "	2 086	–	19,4	19,7	16,9	20,8	11,8	5,5	3,4	1,7	0,8	111
3 000 – 4 000 "	24	–	12,5	12,5	16,7	20,9	8,3	–	8,3	8,3	12,5	179
4 000 und mehr "	3	–	–	–	–	–	33,3	–	–	–	66,7	640
<b>Insgesamt</b>	<b>70 849</b>	<b>8,9</b>	<b>15,5</b>	<b>16,6</b>	<b>14,8</b>	<b>21,5</b>	<b>11,3</b>	<b>5,8</b>	<b>2,9</b>	<b>2,1</b>	<b>0,6</b>	<b>107</b>
Mietzuschuß	63 104	9,7	16,1	17,1	15,2	21,6	10,7	5,1	2,4	1,7	0,4	102
Lastenzuschuß	7 745	2,6	10,1	12,4	12,0	20,9	16,3	11,4	6,6	5,3	2,4	150

Wohngeldempfänger nach sozialer Stellung des Haushaltvorstandes Ende Dezember 1975 – 1981

Jahr	Ins- gesamt	Erwerbstätige				Nichterwerbstätige				
		Selb- ständige	Beamte	An- gestellte	Arbeiter	Rentner, Pensionäre	Empfänger von Sozial- hilfe/ Kriegs- opfer- fürsorge	Studenten	arbeits- lose Antrag- steller	Sonstige
		Anzahl						%		
Insgesamt										
1975	68 292	0,8	1,2	3,2	11,1	68,7	4,7	.	.	10,3
1976	64 687	0,6	1,0	2,6	9,9	69,2	5,0	.	.	11,7
1977	60 499	0,5	0,6	2,3	8,8	69,3	5,4	.	.	13,1
1978	66 319	0,5	1,7	3,8	12,1	65,0	10,7	0,2	1,2	4,8
1979	62 782	0,5	1,4	3,3	10,2	67,3	10,4	0,4	3,2	3,3
1980	64 339	0,6	1,1	3,0	8,9	67,2	11,5	0,4	3,6	3,7
1981	70 849	0,5	2,6	4,4	12,5	61,0	5,4	0,3	4,6	8,7
Empfänger von Mietzuschuß										
1975	63 231	0,5	0,9	2,7	8,5	71,6	5,1	.	.	10,7
1976	60 446	0,5	0,7	2,3	7,7	71,5	5,3	.	.	12,0
1977	56 973	0,4	0,4	2,1	7,0	71,0	5,7	.	.	13,4
1978	60 825	0,4	1,1	3,3	9,6	67,8	11,4	0,3	1,3	4,8
1979	57 820	0,4	0,9	2,9	8,0	69,8	11,1	0,3	3,2	3,4
1980	59 479	0,4	0,6	2,7	7,2	69,0	12,2	0,5	3,7	3,7
1981	63 104	0,3	1,3	3,6	9,7	64,4	6,0	0,4	4,9	9,4
Empfänger von Lastenzuschuß										
1975	5 061	3,9	5,6	8,7	44,0	31,5	0,5	.	.	5,8
1976	4 241	3,2	5,3	7,2	41,3	36,4	0,6	.	.	6,0
1977	3 526	2,5	4,2	5,6	37,3	42,2	1,0	.	.	7,2
1978	5 494	2,1	8,3	9,0	40,3	33,4	2,2	0,1	0,9	3,7
1979	4 962	2,3	8,1	8,3	35,4	38,7	2,2	0,1	2,4	2,5
1980	4 860	2,5	7,5	7,3	30,5	44,1	2,0	0,1	3,0	3,0
1981	7 745	1,7	12,6	11,0	35,0	33,2	0,5	0,1	2,8	3,1

Noch niedriger lag dieser Wert mit 78 DM bei der Einkommensgruppe 750 bis 1 000 DM, auf die 18% der Haushalte entfielen. In dieser Gruppe wurde 29% der Empfänger ein monatliches Wohngeld von weniger als 25 DM ausbezahlt.

#### Veränderungen in der sozialen Struktur der Wohngeldempfänger

Rentner und Pensionäre bildeten in den vergangenen Jahren die stärkste Gruppe der Wohngeldbezieher. Ihr Anteil lag im Jahre 1980 bei 67% und ging 1981 auf 61% zurück. Dabei blieb jedoch die Gesamtzahl der Wohngeldempfänger mit rund 40 000 nahezu konstant. Ebenfalls um 6 Prozentpunkte rückläufig war der Anteil der Empfänger von Sozialhilfe/Kriegsopferfürsorge auf 5,4%. Von den Erwerbstägigen erreichten Beamte (2,6%), Angestellte (4,4%) und Arbeiter (12,5%) höhere Quoten als 1975. Bedingt durch die ungünstige Lage auf dem Arbeitsmarkt erhöhte sich der Anteil der arbeitslosen Antragsteller von 3,6% (1980) auf 4,6% (1981). Damit erhielten 3 283 Arbeitslose Wohngeld.

In Rheinland-Pfalz lag der Anteil der Nichterwerbstätigten an der Gesamtzahl aller Haushaltvorstände im April 1981 bei 38%, bei den Wohngeldempfängern

waren es 80%. Von den Haushaltvorständen waren 50% Arbeiter, 9,9% Beamte und 32% Angestellte. Dagegen gab es unter den Beziehern von Wohngeld nur 12,5% Arbeiter, 2,6% Beamte und 4,4% Angestellte.

#### Rheinland-Pfälzischer Anteil bei 4,4%

Seit 1975 erhielten im Bundesgebiet jährlich 1 556 000 Haushalte Wohngeld. Im Jahre 1981 waren es 1 609 000 Haushalte. Hiervon entfielen 70 849 Haushalte oder 4,4% auf Rheinland-Pfalz. Diese Quote hat sich seit 1975 (4,1%) nur geringfügig verändert. Sie liegt unter dem Anteil der rheinland-pfälzischen Haushalte an der Gesamtzahl aller Haushalte im Bundesgebiet (5,5%).

Der Landesanteil beim Mietzuschuß betrug Ende 1981 rund 4,2%. Er hatte im Jahre 1975 4% betragen. Bedingt durch die Siedlungsstruktur im Land - etwa zwei Drittel aller Wohnungen befinden sich in Ein- und Zweifamilienhäusern - überrascht nicht die Tatsache, daß der Lastenzuschuß-Anteil mit zuletzt 6,4% höher liegt als die Quote des Mietzuschusses. Hier zeigt sich seit 1975 (5,1%) eine kontinuierliche Steigerung am Bundesanteil.

Diplom-Volkswirte O. Form/I. Hawliczek

# Wirtschaftskraft und Einkommen aus unselbständiger Arbeit in Rheinland-Pfalz und den EG-Ländern 1970 bis 1980

## 25 Jahre Europäische Gemeinschaften

Vor 25 Jahren, am 25. März 1957, sind in Rom die Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom bzw. EAG) unterzeichnet worden. Um auf wirtschaftlichem Wege eine politische Einigung des nach dem Zweiten Weltkrieg zerrissenen Europas herbeizuführen, war bereits im Jahre 1952 zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, den Benelux-Staaten und Italien die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion bzw. EGKS) als Vorbereiter für die EWG gegründet worden. Hauptziel der Gemeinschaft ist es, durch Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Partnerstaaten einen gemeinsamen Markt zu schaffen. Durch Aufhebung von Zöllen und Handelsbeschränkungen soll der freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital ermöglicht werden, Arbeitnehmern und Selbstständigen wird Freizügigkeit sowie ein uneingeschränktes Niederlassungsrecht eingeräumt.

Seit 1967 haben die genannten drei Europäischen Gemeinschaften (EG) als gemeinsame organisatorische Spitze den gemeinsamen Ministerrat, die Kommission der Europäischen Gemeinschaften und das Europäische Parlament. Die Zahl der Mitgliedstaaten wurde im Jahre 1973 durch den Beitritt von Großbritannien, Dänemark und Irland auf neun und im Jahre 1981 durch den Beitritt Griechenlands auf zehn erhöht. Verhandlungen über die beantragte Mitgliedschaft von Spanien und Portugal sind zur Zeit im Gange.

In diesem Beitrag wird die wirtschaftliche Situation von Rheinland-Pfalz im Vergleich zu den EG-Ländern anhand gesamtwirtschaftlicher Daten dargestellt. Alle Angaben beziehen sich, wenn nicht anders vermerkt, auf die EG der Zehn, schließen also Griechenland mit ein. Die Ergebnisse wurden den Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften

<sup>1)</sup> Statistische Grundzahlen der Gemeinschaft. Ausgabe 1981, 19. Auflage, Herausgeber Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg.  
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, ESVG, Aggregate 1960—1980. Ausgabe 1982, Herausgeber Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg.

schaften (Eurostat) entnommen<sup>1)</sup>. Die rheinland-pfälzischen Ergebnisse beruhen auf Berechnungen des Statistischen Landesamtes und des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder.

## Bewertung des Bruttoinlandsprodukts in Kaufkraftstandards (KKS)

Für eine Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung in den EG-Ländern ist es erforderlich, die in unterschiedlichen Währungseinheiten ausgedrückten Angaben vergleichbar zu machen. Für den Vergleich von Veränderungsraten oder Anteilen eines bestimmten Aggregats am Bruttoinlandsprodukt können die in Landeswährung ausgedrückten Daten verwendet werden. Für Niveauvergleiche zwischen den Ländern ist eine Umrechnung auf eine gemeinsame Einheit erforderlich. Vom Statistischen Amt der EG werden Umrechnungen in zwei verschiedene Einheiten für alle EG-Länder vorgenommen. Am häufigsten wird die Europäische Währungseinheit (Ecu) verwendet. Sie ist eine sogenannte Währungskorb-Einheit auf der Grundlage von Wechselkursen. Die Gewichtung berücksichtigt die Entwicklung des Bruttosozialprodukts und des innergemeinschaftlichen Handels der einzelnen Mitgliedstaaten im Fünfjahresdurchschnitt 1969 bis 1973.

Der Vergleich von in Ecu ausgedrückten Angaben bietet jedoch keinen Maßstab für die realen Niveauunterschiede. Um einen Volumenvergleich zu ermöglichen und Preisniveauunterschiede auszuschalten, werden verschiedene Aggregate, darunter das Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu Marktpreisen, in Kaufkraftstandards (KKS) umgerechnet. Berechnungsgrundlage sind Preisrelationen für 1 300 Güter.

Aus diesen Preisrelationen werden für verschiedene Waren und Dienstleistungen, insbesondere für das Bruttoinlandsprodukt, durch entsprechende Gewichtung Preisverhältniszahlen (Kaufkraftparitäten) berechnet. Für die Jahre, in denen keine Preiserhebungen durchgeführt wurden, erhält man Schätzungen anhand der für jedes Land ermittelten relativen Entwicklung des Preisindex des Bruttoinlandsprodukts. Mit Hilfe

Rheinland-pfälzische Ausfuhr in die Länder der EG 1970 – 1980

Jahr	EG		Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien/Luxemburg	Großbritannien	Irland	Dänemark	Griechenland
	Mill.DM	1970=100	Anteil in %							
1970	3 119	100	31,9	18,3	18,5	15,0	8,7	0,5	4,8	2,3
1971	3 651	117	33,5	18,0	17,5	14,3	9,7	0,5	4,3	2,2
1972	4 292	138	34,3	18,3	15,6	14,4	10,7	0,5	4,1	2,1
1973	4 974	159	32,1	17,8	16,7	14,7	11,2	0,6	4,6	2,3
1974	6 436	206	30,7	18,0	17,6	14,3	12,7	0,6	3,9	2,2
1975	5 509	177	31,5	15,9	17,8	16,2	11,2	0,6	4,3	2,5
1976	7 137	229	32,4	16,1	15,8	16,2	11,8	0,6	4,4	2,7
1977	7 671	246	30,8	15,2	17,6	15,8	12,6	0,6	4,5	2,9
1978	7 496	240	30,1	15,6	16,3	16,7	13,5	0,8	4,6	2,4
1979	9 134	293	28,2	16,5	16,3	16,9	14,5	1,0	4,1	2,5
1980	10 047	322	29,9	18,4	15,1	16,2	13,8	0,9	3,5	2,2

Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen 1970 – 1980

Jahr	EG	BR Deutschland	Rheinland-Pfalz 1)	Frankreich	Italien	Niederlande 1)	Belgien	Luxemburg	Großbritannien	Irland	Dänemark	Griechenland
In jeweiligen Preisen und Kaufkraftparitäten												
Mrd.KKS												
1970	611,4	160,5	8,5	125,4	110,8	32,1	23,0	1,1	130,3	4,3	13,7	10,4
1971	680,0	178,4	9,6	142,1	121,0	36,0	25,8	1,2	143,9	4,8	15,0	12,1
1972	755,2	197,6	10,7	160,8	133,5	39,8	29,0	1,3	157,1	5,4	17,0	14,0
1973	866,5	224,4	12,0	183,3	154,5	45,5	33,2	1,7	182,7	6,1	19,0	16,2
1974	991,5	254,2	13,8	212,8	181,0	53,0	39,1	2,0	203,5	7,2	21,3	17,6
1975	1 126,3	287,7	15,5	245,1	200,6	60,3	44,0	2,0	232,6	8,4	24,2	21,4
1976	1 305,6	333,9	18,0	284,2	234,6	70,1	51,3	2,2	266,2	9,5	28,6	25,2
1977	1 471,1	377,5	20,2	321,7	262,4	82,9	56,9	2,3	295,9	11,2	32,0	28,6
1978	1 644,8	422,2	22,5	360,5	291,9	92,2	63,5	2,7	331,0	12,9	35,1	33,0
1979	1 856,2	481,4	25,7	405,8	334,4	102,5	71,0	3,1	366,7	14,4	39,5	37,4
1980	2 084,9	544,0	29,1	455,1	385,1	114,2	80,6	3,4	400,5	16,3	43,7	42,1
1970 = 100												
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	111	111	112	113	109	112	112	109	110	112	109	116
1972	124	123	126	128	120	124	126	118	121	126	124	135
1973	142	140	141	146	139	142	144	155	140	142	139	156
1974	162	158	162	170	163	165	170	182	156	167	155	169
1975	184	179	182	195	181	188	191	182	179	195	177	206
1976	214	208	212	227	212	218	223	200	204	221	209	242
1977	241	235	238	257	237	258	247	209	227	260	234	275
1978	269	263	265	287	263	287	276	245	254	300	256	317
1979	304	300	302	324	302	319	309	282	281	335	288	360
1980	341	339	342	363	348	356	350	309	307	379	319	405
In Preisen und Kaufkraftparitäten von 1975												
Mrd.KKS												
1970	982,7	258,0	13,6	201,5	178,0	51,6	37,0	1,6	209,4	6,9	22,0	16,8
1971	1 016,5	266,6	14,2	212,4	181,0	53,9	38,5	1,7	215,0	7,1	22,5	18,0
1972	1 056,7	276,5	15,0	225,0	186,8	55,7	40,5	1,8	219,8	7,6	23,7	19,5
1973	1 120,7	290,2	15,7	237,0	199,9	58,9	43,0	2,0	236,3	8,0	24,7	21,0
1974	1 139,8	292,3	15,9	244,7	208,2	61,0	45,0	2,0	234,0	8,3	24,5	20,2
1975	1 126,2	287,7	15,5	245,1	200,6	60,3	44,0	2,0	232,6	8,4	24,2	21,4
1976	1 181,9	302,2	16,4	257,2	212,4	63,5	46,4	2,0	241,0	8,6	25,9	22,8
1977	1 213,1	311,3	16,8	265,2	216,4	68,4	46,9	2,0	244,0	9,2	26,4	23,6
1978	1 252,4	321,5	17,4	274,5	222,2	70,2	48,4	2,1	252,0	9,8	26,7	25,1
1979	1 293,5	335,5	18,2	282,8	233,0	71,5	49,5	2,1	255,6	10,0	27,5	26,1
1980	1 311,7	342,3	18,4	286,3	242,3	71,9	50,7	2,2	252,0	10,3	27,5	26,5
1970 = 100												
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	103	103	104	105	102	104	104	106	103	103	102	107
1972	108	107	110	112	105	108	109	113	105	110	108	116
1973	114	112	115	118	112	114	116	125	113	116	112	125
1974	116	113	117	121	117	118	122	125	112	120	111	120
1975	115	112	114	122	113	117	119	125	111	122	110	127
1976	120	117	121	128	119	123	125	125	115	125	118	136
1977	123	121	124	132	122	133	127	125	117	133	120	140
1978	127	125	128	136	125	136	131	131	120	142	121	149
1979	132	130	134	140	131	139	134	131	122	145	125	155
1980	133	133	135	142	136	139	137	138	120	149	125	158

1) Ab 1977 korrigierte Werte.

dieser Paritäten (BIP-Paritäten) wäre es grundsätzlich möglich, das Bruttoinlandsprodukt aller Länder in der Währung eines bestimmten Landes auszudrücken. Von Eurostat wird jedoch ein anderer Maßstab, der Kaufkraftstandard, verwendet. Bezugsland ist die Gemeinschaft und der Wert eines Kaufkraftstandards ist in der Weise festgelegt, daß das Bruttoinlandsprodukt der EG im Jahre 1975 in KKS mit dem in Ecu übereinstimmt. Die Parität zwischen dem Kaufkraftstandard und der Währung eines Landes entspricht der Anzahl an Währungseinheiten, die erforderlich ist, um in dem betreffenden Land dieselbe Menge an Waren und

Dienstleistungen zu kaufen, die man in der Gemeinschaft für einen KKS (im Jahre 1975 für einen Ecu), erhält. Für Rheinland-Pfalz erfolgte die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts in Kaufkraftstandards mit Hilfe der BIP-Paritäten für die Bundesrepublik Deutschland.

#### Frankreich wichtigster Handelspartner

Die Bedeutung der Europäischen Gemeinschaften für die deutsche bzw. die rheinland-pfälzische Wirtschaft kommt vor allem in den intensiven Handelsbeziehungen zum Ausdruck. Die Bundesrepublik Deutsch-

Anteile der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen 1978

Land	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Industrie (einschl. Baugewerbe)	Dienstleistungen und Staat
	%		
BR Deutschland	2,5	45,2	52,2
Rheinland-Pfalz	3,1	48,9	48,0
Frankreich	4,9	39,2	55,9
Italien	7,0	42,2	50,8
Niederlande	4,4	36,7	58,8
Belgien	2,5	37,0	60,5
Luxemburg	2,6	35,0	62,4
Großbritannien	2,2	39,2	58,6
Irland 1)	15,9	34,9	49,2
Dänemark 1) 2)	5,5	31,0	63,5
Griechenland 1)	17,1	31,0	51,9
EG	3,9	41,1	55,0

1) Zu Faktorkosten. - 2) 1976.

land ist mit einem Anteil von rund 10% am Welthandel neben den USA der größte Exporteur der Welt. Knapp die Hälfte der deutschen Ausfuhr geht in die EG. Davon werden wiederum über 27% allein nach Frankreich exportiert. Für Rheinland-Pfalz sind die Handelsbeziehungen zu Frankreich mit einem Anteil - gemessen an der EG-Ausfuhr - von etwa 30% noch wichtiger. Der Gesamtwert der von Rheinland-Pfalz in die Länder der Gemeinschaft exportierten Waren, zu denen insbesondere Erzeugnisse der chemischen Industrie, Maschinen und Kraftfahrzeuge gehören, hat im Jahre 1980 den Betrag von 10 Mrd. DM überschritten und sich damit seit 1970 mehr als verdreifacht.

### Starkes Wirtschaftswachstum in Rheinland-Pfalz

Die Wirtschaftskraft und die wirtschaftliche Entwicklung in den Ländern der EG weisen im Zeitraum zwischen 1970 und 1980 teilweise große Unterschiede auf. Das Bruttoinlandsprodukt in Preisen und Kaufkraftstandards von 1975, das ein umfassender Maßstab für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft ist, stieg in dem genannten Zeitraum in der EG durchschnittlich jährlich um 2,9% auf den Betrag von 1 312 Mrd. KKS an. Mit einem Anteil von rund 26% im Jahre 1980 steuerte die Bundesrepublik Deutschland von allen Ländern den größten Betrag zur Gesamtleistung bei.

In Rheinland-Pfalz verlief die wirtschaftliche Entwicklung mit einer durchschnittlichen Veränderung von 3,1% etwas günstiger als im Durchschnitt des Bundesgebietes und der EG. Höhere Zuwachsrate verzeichneten Griechenland (+ 4,7%), Irland (+ 4,1%) und Frankreich (+ 3,6%), ein deutlich langsameres Wachstum Großbritannien (+ 1,9%) und Dänemark (+ 2,3%).

Als Indikator für die Wirtschaftskraft eines Landes kann das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner herangezogen werden. In Preisen und Kaufkraftstandards von 1975 betrug der Pro-Kopf-Wert im Jahre 1980 im EG-Durchschnitt 4 842 KKS. Weit über diesem Durchschnitt liegt, wie schon in früheren Jahren, der Pro-Kopf-Wert in Luxemburg (5 900 KKS), in der Bundesrepublik Deutschland (5 560 KKS) und in Dänemark

(5 358 KKS). In Griechenland und Irland ist die Wirtschaftskraft mit einem Betrag von weniger als 3 000 KKS die niedrigste von allen EG-Ländern. Somit haben die beiden Staaten mit dem stärksten Wachstum seit 1970 immer noch die geringste Leistungsfähigkeit. Für Rheinland-Pfalz ergibt sich ein im EG-Vergleich um 5% über dem Durchschnitt liegender Wert.

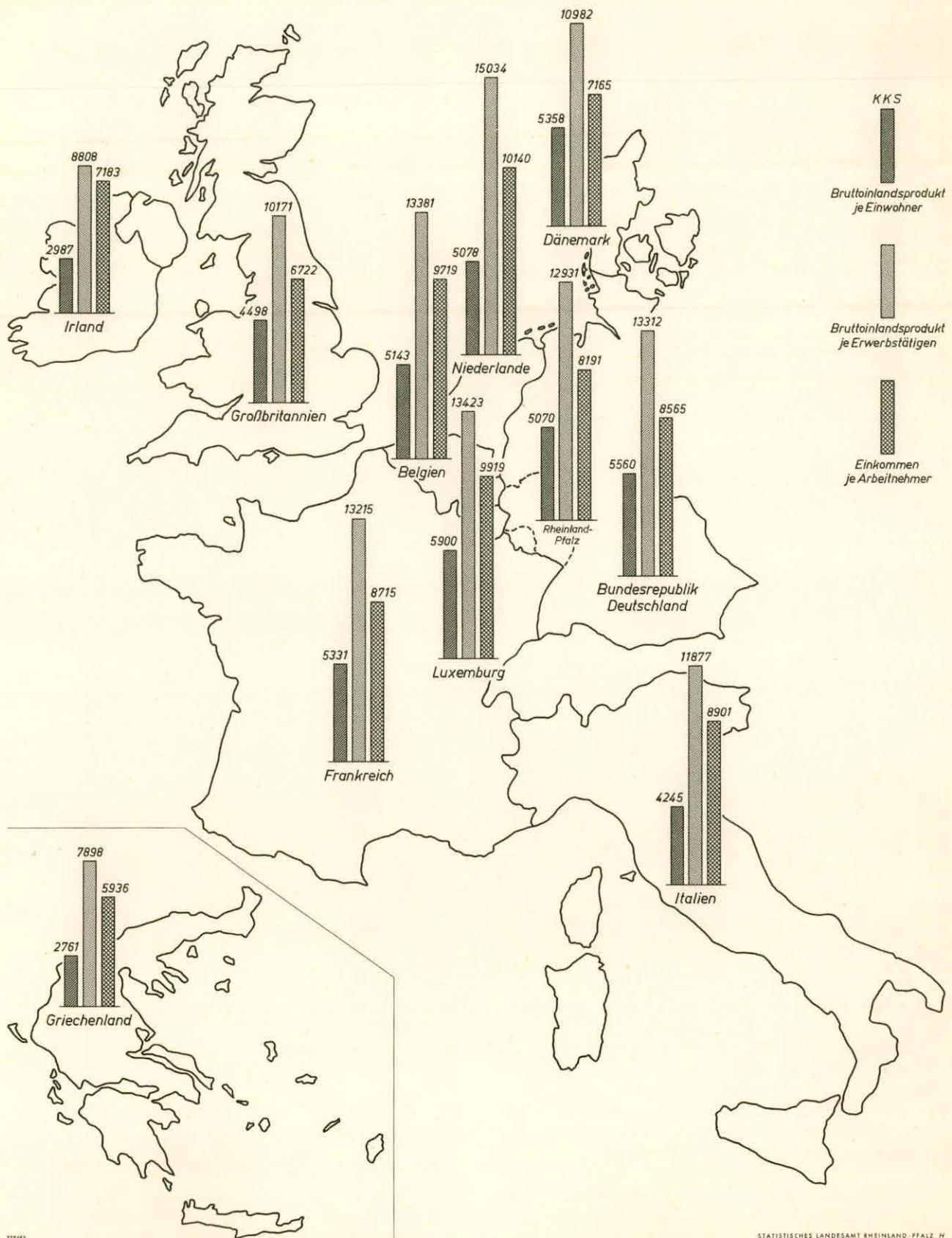
### Süditalienische Regionen und Nordirland mit geringster Leistungsfähigkeit

Weit größere Unterschiede ergeben sich bei Be trachtung der Wirtschaftskraft in tieferer regionaler Gliederung. Vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaft wird die Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen für die Ebene I - das entspricht etwa der Größenordnung der Bundesländer - ermittelt. Da diese Angaben nur in Ecu zur Verfügung stehen, können durch Preisniveaunterschiede Verzerrungen eintreten, deren Einfluß auf die Rangfolge aber vermutlich gering ist. Für Griechenland und die Republik Irland ist eine Regionalisierung der Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen nicht erfolgt.

Von allen Regionen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft besaß im Jahre 1978 der Stadtstaat Hamburg - gemessen an der Bruttowertschöpfung je Einwohner - die höchste Wirtschaftskraft. Es folgen die Regionen Brüssel, Bremen, Ile de France, Groß-Kopenhagen und Berlin (West). Rheinland-Pfalz nimmt unter den 52 Gebietseinheiten (einschließlich Stadtre gionen) die 16te Position ein. Am Ende der Skala rangieren die Regionen Süd, Sizilien, Kampanien und Sardinien (Italien) sowie Nordirland (Großbritannien). Die Aussagefähigkeit dieses Pro-Kopf-Wertes ist jedoch insofern eingeschränkt als damit die Regionen, die im Prinzip nur eine Großstadt umfassen (beispielsweise Hamburg, Brüssel, Groß-Kopenhagen), bedingt durch ihren hohen Pendlereinstrom überbewertet und die im Einzugsbereich liegenden Regionen unterbewertet werden.

Einen besseren Maßstab für die Leistungsfähigkeit stellt die auf die Erwerbstätigen bezogene Bruttowertschöpfung dar, da hier das Produktionsergebnis zu den am Produktionsprozeß Beteiligten in Relation gesetzt wird. Diese Angaben stehen in regionaler Gliederung nicht zur Verfügung, aber auch auf Länderebene sind Unterschiede bei den Pro-Kopf-Werten festzustellen. So ist das Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen je Erwerbstätigen, das als gesamtwirtschaftliche Produktivität bezeichnet wird, im Jahre 1980 in den Niederlanden, Luxemburg und Belgien am höchsten gewesen. Die niedrigsten Pro-Kopf-Werte verzeichneten Griechenland, Irland und Großbritannien. Anders als bei den Regionen sind hier die Abweichungen zwischen den Werten je Einwohner und je Erwerbstätigen überwiegend auf die unterschiedliche Erwerbsbeteiligung in den Ländern zurückzuführen. Beispielsweise liegt Dänemark beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner um 11% über dem EG-Mittel, während sich das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen um 9% unter dem Durchschnitt befindet. Die Erwerbsbeteiligung ist hier mit 51% die höchste von allen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft.

*Produktivität und Durchschnittseinkommen in den Ländern der EG 1980*  
*In Preisen und Kaufkraftparitäten von 1975*



Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit 1970 – 1980

Jahr	EG	BR Deutschland	Rheinland-Pfalz 1)	Frankreich	Italien	Niederlande 1)	Belgien	Luxemburg	Großbritannien	Irland	Dänemark	Griechenland
In jeweiligen Preisen und Kaufkraftparitäten												
Mrd.KKS												
1970	321,3	85,2	4,2	61,3	53,5	18,3	11,5	0,5	78,3	2,2	7,4	3,3
1971	361,7	96,2	4,7	70,4	61,4	20,7	13,4	0,6	84,5	2,5	8,3	3,8
1972	404,4	107,1	5,3	79,3	68,9	22,7	15,4	0,7	94,2	2,8	9,0	4,5
1973	470,2	124,2	6,2	91,8	81,1	26,1	18,0	0,9	110,1	3,2	10,2	4,9
1974	554,9	144,1	7,2	110,9	95,9	31,2	21,8	1,0	128,6	4,1	12,0	5,5
1975	648,9	162,0	8,1	132,3	114,0	36,5	25,5	1,2	152,0	4,9	13,8	7,0
1976	739,0	186,0	9,3	154,0	130,2	41,1	30,0	1,4	166,6	5,4	16,0	8,5
1977	829,1	210,2	10,7	176,9	147,0	47,7	33,6	1,6	177,9	6,1	18,0	10,3
1978	925,0	234,2	11,9	197,7	163,2	53,2	37,7	1,8	198,8	7,1	19,3	12,3
1979	1 039,1	265,3	13,5	220,5	184,3	60,0	42,2	2,0	220,9	8,4	21,7	14,0
1980	1 175,2	302,9	15,3	251,7	208,8	67,0	48,9	2,1	244,5	10,0	24,0	15,8
1970 = 100												
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	113	113	112	115	115	113	117	120	108	114	112	115
1972	126	126	126	129	129	124	134	140	120	127	122	136
1973	146	146	148	150	152	143	157	180	141	145	138	148
1974	173	169	171	181	179	170	190	200	164	186	162	167
1975	202	190	193	216	213	199	222	240	194	223	186	212
1976	230	218	221	251	243	225	261	280	213	245	216	258
1977	258	247	255	289	275	261	292	320	227	277	243	312
1978	288	275	283	323	305	291	328	360	254	323	261	373
1979	323	311	321	360	344	328	367	400	282	382	293	424
1980	366	356	364	411	390	366	425	420	312	455	324	479
In Preisen und Kaufkraftparitäten von 1975												
Mrd.KKS												
1970	516,4	136,9	6,7	98,4	85,9	29,3	18,5	0,8	125,9	3,6	11,8	5,3
1971	540,6	143,8	7,0	105,2	91,7	31,0	20,0	0,9	126,3	3,8	12,4	5,6
1972	565,8	149,9	7,4	110,9	96,3	31,7	21,6	0,9	131,8	3,9	12,6	6,2
1973	608,2	160,7	8,1	118,7	104,9	33,8	23,2	1,0	142,4	4,1	13,1	6,3
1974	637,8	165,7	8,3	127,4	110,2	35,9	25,0	1,0	147,8	4,7	13,8	6,3
1975	648,9	162,0	8,1	132,3	113,9	36,4	25,5	1,2	152,0	4,9	13,7	6,9
1976	669,0	168,3	8,5	139,5	117,9	37,2	27,2	1,2	150,8	4,8	14,5	7,6
1977	683,8	173,3	8,9	145,9	121,2	39,3	27,7	1,3	146,7	5,0	14,8	8,5
1978	704,3	178,3	9,2	150,5	124,3	40,5	28,7	1,3	151,3	5,4	14,7	9,4
1979	724,1	184,9	9,5	153,6	128,4	41,8	29,4	1,3	153,9	5,8	15,1	9,7
1980	739,4	190,5	9,7	158,3	131,3	42,2	30,7	1,4	153,8	6,2	15,0	9,9
1970 = 100												
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	105	105	104	107	107	106	108	113	100	106	105	106
1972	110	109	110	113	112	108	117	113	105	108	107	117
1973	118	117	121	121	122	115	125	125	113	114	111	119
1974	124	121	124	129	128	123	135	125	117	131	117	119
1975	126	118	121	134	133	124	138	150	121	136	116	130
1976	130	123	127	142	137	127	147	150	120	133	123	143
1977	132	127	133	148	141	134	150	163	117	139	125	160
1978	136	130	137	153	145	138	155	163	120	150	125	177
1979	140	135	142	156	149	143	159	163	122	161	128	183
1980	143	139	145	161	153	144	166	175	122	172	127	187

1) Ab 1977 korrigierte Werte.

Um die regionalen Strukturprobleme zu mildern, wurde im Jahre 1975 der Europäische Regionalfonds eingerichtet. Er fördert mit nicht rückzahlbaren Zu- schüssen bestimmte Investitionsvorhaben im Rahmen der Entwicklungsprogramme der nationalen Regierungen. Daneben stehen Mittel des Europäischen Sozialfonds, Hilfen des Agrarfonds und Darlehen der Europäischen Investitionsbank zur Verfügung.

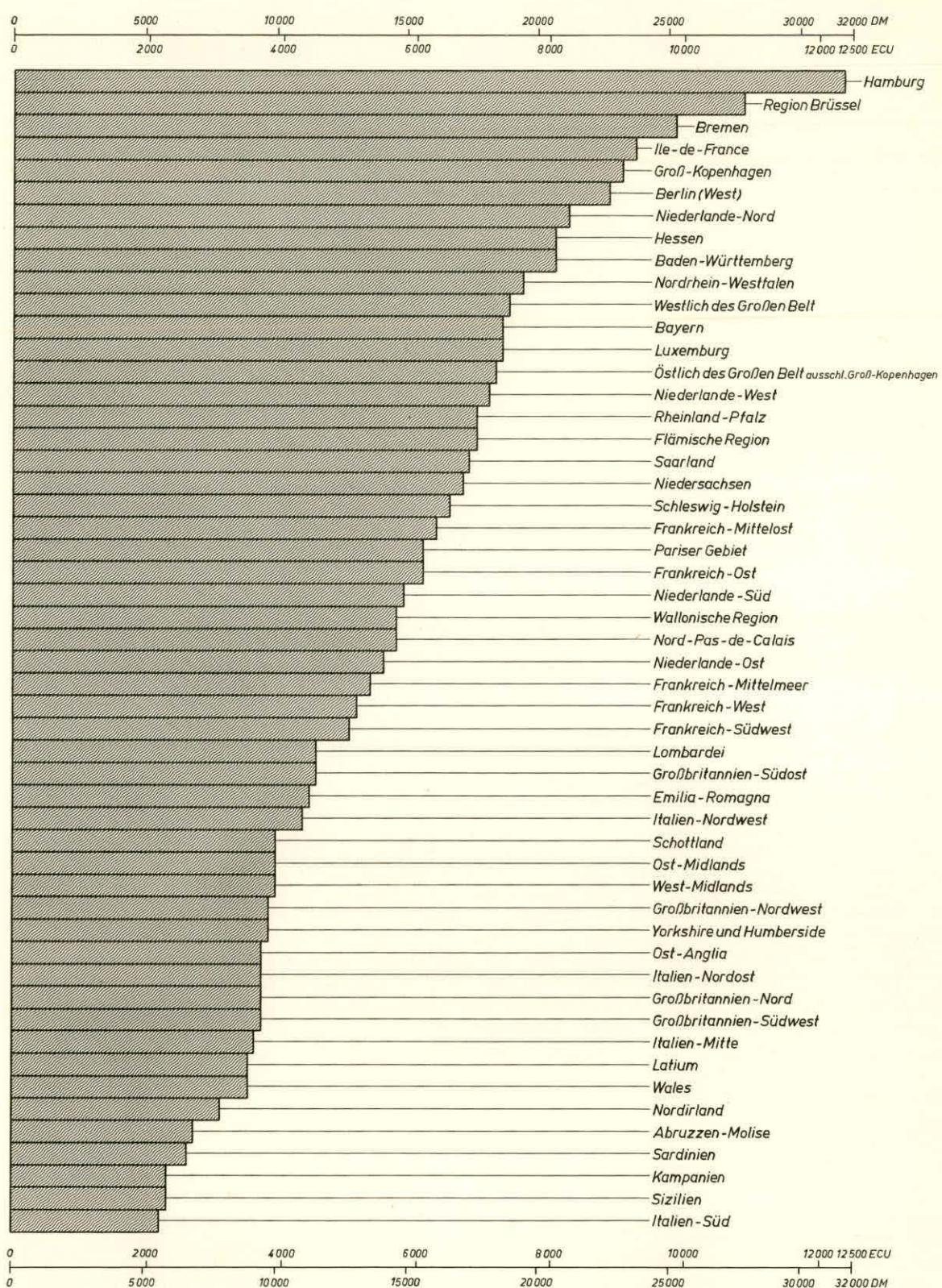
Die Regionalpolitik dürfte nach dem Beitritt der industriearmen Länder Spanien und Portugal weiter an Bedeutung gewinnen.

#### Regionale Bereichsschwerpunkte bei der Bruttowertschöpfung

In allen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft hat der Dienstleistungsbereich im Jahre 1978 den größten Beitrag zur Bruttowertschöpfung geleistet. Überaus große Bedeutung kommt diesem Bereich in Dänemark, Luxemburg und Belgien zu, wo über 60% der Bruttowertschöpfung im tertiären Sektor entstehen.

In Rheinland-Pfalz stellt das produzierende Gewerbe, gemessen am Beitrag zur Bruttowertschöpfung,

## Bruttowertschöpfung je Einwohner in den Regionen der EG 1978



116/82 QUELLE: EUROSTAT

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ H

Ausgewählte Wirtschaftsdaten 1980

EG	BR Deutsch- land	Rhein- land- Pfalz	Frank- reich	Italien	Nieder- lande	Belgien	Luxem- burg	Groß- britannien	Irland	Däne- mark	Griechen- land
Durchschnittliche jährliche Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts 1980 zu 1970 in %											
2,9	2,9	3,1	3,6	3,1	3,4	3,2	3,2	1,9	4,1	2,3	4,7
Durchschnittliche jährliche Veränderung der realen Bruttoeinkommen 1980 zu 1970 in %											
3,7	3,4	3,8	4,9	4,3	3,7	5,2	5,8	2,0	5,6	2,4	6,4
Anteil der Einkommen am Bruttoinlandsprodukt in %											
56,4	55,7	52,7	55,3	54,2	58,7	60,6	63,6	61,0	60,2	54,5	37,4
Erwerbsbeteiligung: Anteil der zivilen Erwerbspersonen an der Bevölkerung in %											
42,0	42,5	40,2	42,2	39,0	36,8	41,2	43,8	46,6	35,6	51,2	36,0
Arbeitslosenquote: Anteil der Arbeitslosen an den zivilen Erwerbspersonen in %											
6,0	3,4	3,4	6,4	8,0	4,8	9,4	0,7	6,9	8,3	6,2	1,1
Erwerbstätige Inländer in 1 000											
107 257 <sup>1)</sup>	25 265	1 412	21 189	20 572	4 954	3 751	159	24 397	1 148	.	3 356
darunter: Arbeitnehmer in %											
82,9	86,2	85,3	82,9	71,5	89,6	83,4	86,2	92,3	74,3	.	49,7
Selbständige in %											
17,1	13,8	14,7	17,1	28,5	10,4	16,6	13,8	7,7	.	.	50,3

1) Schätzung des Eurostat.

den stärksten Wirtschaftsbereich dar. Große Bedeutung haben Industrie und Baugewerbe mit Anteilen von 39% und mehr im Bundesgebiet, in Italien, Frankreich und in Großbritannien.

Die Land- und Forstwirtschaft hat in Rheinland-Pfalz und in den meisten EG-Ländern kaum noch Einfluß auf die Höhe der Bruttowertschöpfung. Lediglich in Griechenland und Irland ist der Anteil des primären Sektors von größerer Bedeutung.

#### Lohnkosten in Luxemburg am höchsten, in Griechenland am niedrigsten

Zur Darstellung der Einkommenssituation in den Ländern der EG wird das im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermittelte Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit herangezogen. Es ist das Maß für die Lohnkosten innerhalb des volkswirtschaftlichen Produktionsprozesses. Definiti onsgemäß besteht das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit aus den von den inländischen Sektoren gezahlten Bruttolöhnen und -gehältern einschließlich der Sozialbeiträge der Arbeitgeber. Die Angaben in Preisen von 1975 errechneten sich durch Deflationierung mit dem Preisindex des Bruttoinlandsprodukts. Die Umrechnung auf KKS erfolgte mit Hilfe der BIP-Paritäten. Die rheinland-pfälzischen Werte

wurden in Anlehnung an diese Eurostat-Methode schätzungsweise ermittelt.

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt ist im Jahre 1980 der Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit von mehr als 60% in den Ländern Luxemburg, Großbritannien, Belgien und Irland am höchsten gewesen. Für die Bundesrepublik errechnet sich ein Prozentsatz von rund 56%. Dies entspricht etwa dem EG-Durchschnitt. In Rheinland-Pfalz ist der Lohnkostenanteil mit knapp 53% etwas niedriger. Weit hinter dem Durchschnitt rangiert Griechenland mit weniger als 40%. Diese Diskrepanz ist im wesentlichen auf die unterschiedliche Beschäftigtenstruktur zurückzuführen, denn nahezu jeder dritte Erwerbstätige in Griechenland arbeitet in der Landwirtschaft.

Obwohl die Durchschnittseinkommen zwischen 1970 und 1980 hier am stärksten gestiegen sind, befindet sich das schwach industrialisierte Griechenland bei den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Arbeitnehmer immer noch um 28% unter dem EG-Niveau. Ähnlich ist die Situation in Irland, wo ebenso trotz einer günstigen Entwicklung der EG-Schnitt nicht erreicht werden konnte. Eine enge Beziehung besteht auch zwischen der Einkommenssituation und der Preisentwicklung. Die Länder mit den geringsten Durchschnittseinkommen verzeichnen den stärksten Preisanstieg.

Diplom-Mathematikerin B. Lux

# Jahresverdienste in Industrie und Handel 1981

Die Bruttojahresverdiensterhebung erfaßt neben den laufenden auch die einmaligen Zahlungen (hauptsächlich Weihnachtsgratifikationen, Jahresprämien und zusätzliches Urlaubsgeld) von Löhnen und Gehältern. Sie erfolgt nach der gleichen Stichprobenmethode und mit den gleichen Berichtsfirmen wie die vierteljährliche Lohnstatistik. Die Jahresverdienste werden repräsentativ in Form einer geschichteten Stichprobe bei 1 780 rheinland-pfälzischen Betrieben erhoben. Damit ist etwa jeder siebte Betrieb in die Erhebung einbezogen.

## Bruttojahresverdienste der Industriearbeiter stiegen um 4,5%

Der durchschnittliche Bruttojahresverdienst der rheinland-pfälzischen Industriearbeiter (einschließlich Energiewirtschaft, Wasserversorgung sowie Hoch- und Tiefbau) ist 1981 um 4,5% auf 32 800 DM gestiegen. Gemessen an der Erhöhung des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte um 5,9% bedeutet dies erstmals seit Kriegsende ein leichtes Sinken der Realeinkommen.

Am meisten verdienten 1981 erneut die in der Energiewirtschaft und Wasserversorgung beschäftigten Arbeiter mit rund 42 000 DM. Die ungewöhnlich hohe Zunahme von 9,8% dürfte teilweise durch strukturelle Veränderungen bedingt sein. Damit vergrößerte sich der Abstand zu den am Ende der Lohnskala stehenden Verbrauchsgüterindustrien, wo die Löhne einschließlich Sonderzahlungen nur um 4,4% auf 27 900 DM angehoben wurden. Die von der Rezession besonders stark betroffene Bauindustrie verzeichnete unter den Wirtschaftsbereichen mit + 2,2% den geringsten Zuwachs der Jahresverdienste.

Unter den einzelnen Wirtschaftszweigen wurden 1981 die höchsten Verdienste in der Elektrizitätserzeugung und -verteilung gezahlt (44 900 DM für Arbeiter und 31 700 DM für Arbeiterinnen), gefolgt von der chemischen Industrie (41 500 DM bzw. 29 100 DM). Am Ende der Lohnskala stehen die Schuhindustrie (26 600 DM bzw. 20 400 DM), die Bekleidungsindustrie (30 800 DM bzw. 19 500 DM) und die lederverarbeitende Industrie (25 300 DM bzw. 18 000 DM).

## Männliche Industriearbeiter verdienen knapp 35 000 DM

Der durchschnittliche Jahresverdienst der männlichen Industriearbeiter ist von knapp 19 000 DM im Jahre 1972 um 84% auf rund 35 000 DM im Jahre 1981 angestiegen. Der durchschnittliche Monatsverdienst unter Einbeziehung der einmaligen Zahlungen belief sich 1981 auf mehr als 2 900 DM. Die Industriearbeiterinnen kamen auf 23 400 DM. Das sind 5,6% mehr als im Vorjahr und 103% mehr als im Jahre 1972. Die Arbeiterinnen erhielten 1981 im Schnitt zwei Drittel des Jahresverdienstes ihrer männlichen Kollegen, dagegen im Jahre 1972 noch 61%.

Im Wirtschaftszweig Elektrizitätserzeugung und -verteilung verdienten die Frauen mit 31 700 DM am meisten, am wenigsten dagegen wie schon in frühe-

ren Jahren in der Bekleidungsindustrie (19 500 DM), der ledererzeugenden Industrie (18 700 DM), der lederverarbeitenden Industrie (18 000 DM) und in der obst- und gemüseverarbeitenden Industrie (17 400 DM). Bei einem Vergleich der Verdienste von Männern und Frauen ist die unterschiedliche strukturelle Zusammensetzung der männlichen und weiblichen Arbeiterschaft zu beachten, die in den einzelnen Wirtschaftszweigen für die Art der Tätigkeit sowie die Qualifikation besteht. Außerdem muß das unterschiedliche durchschnittliche Lebensalter sowie die Dauer der Betriebszugehörigkeit und der Berufsjahre berücksichtigt werden. Männliche Arbeiter haben zudem

Bruttojahresverdienste der Arbeiter in ausgewählten Wirtschaftszweigen 1981

Wirtschaftszweig	Ins-	Män-	Weib-
	gesamt	llich	llich
Energiewirtschaft und Wasser-versorgung	42 047	42 283	31 224
Grundstoff- und Produktions-güterindustrien	37 182	38 108	28 030
Industrie der Steine und Erden	34 423	34 597	25 752
Eisen- und Stahlindustrie <sup>1)</sup>	33 678	34 107	22 614
NE-Metallerzeugung (einschl. NE-Metallgießerei)	34 790	35 215	22 249
Chemische Industrie (ohne Chemiefaserindustrie)	39 887	41 450	29 070
Sägewerke und holzbe-arbeitende Industrie	30 611	31 051	21 488
Holzschliff-, zellstoff-, papier- und papperezeugende Industrie	34 366	35 246	24 615
Investitionsgüterindustrien	33 570	35 566	25 073
Stahl- und Leichtmetallbau	35 390	35 547	(23 779)
Maschinenbau <sup>2)</sup>	34 601	35 452	24 361
Straßenfahrzeugbau <sup>3)</sup>	37 363	38 397	27 967
Elektrotechnische Industrie	27 806	32 380	24 570
Feinmechanische und optische sowie Uhrenindustrie	31 100	33 786	25 737
EBM-Warenindustrie, Stahl-verformung	30 316	32 196	23 429
Verbrauchsgüterindustrien	27 902	32 477	21 248
Glasindustrie	35 049	36 552	24 798
Holzverarbeitende Industrie	31 509	33 291	24 323
Papier- und pappeverarbeitende Industrie	27 793	31 708	21 480
Druckerei- und Verviel-fältigungswirtschaft	34 607	37 382	25 529
Nahrungs- und Genußmittel-industrien	31 472	34 403	21 818
Brotindustrie	25 371	28 590	(17 859)
Obst- und gemüseverarbeitende Industrie	25 021	30 319	17 355
Brauerei und Mälzerei	35 362	35 433	(29 612)
Tabakverarbeitende Industrie	32 754	36 531	28 902
Milchverwertende Industrie	33 790	35 327	21 902
Bauindustrie <sup>4)</sup> (Hoch- und Tiefbau)	29 682	29 682	-

1) Eisen- und Stahlherzeugung (einschl. -halbzeugwerke); Eisen-, Stahl- und Tempergießerei; Ziehereien und Kaltwalzwerke. - 2) Ohne Herstellung von Büromaschinen sowie von Geräten und Einrichtungen für die automatische Datenverarbeitung. - 3) Ohne Herstellung von Geräten und Einrichtungen für die automatische Datenverarbeitung. - 4) Einschl. Handwerk.

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz 11/82

Bruttojahresverdienste der Arbeiter  
nach Wirtschaftsbereichen 1981

Wirtschaftsbereich	Ins-	Männ-	Weib-
	gesamt	lich	lich
	DM		
Energiewirtschaft und Wasser-versorgung	42 047	42 283	31 224
Grundstoff- und Produktions-güterindustrien	37 182	38 108	28 030
Investitionsgüterindustrien	33 570	35 566	25 073
Verbrauchsgüterindustrien	27 902	32 477	21 248
Nahrungs- und Genußmittel-industrien	31 472	34 403	21 818
Bauindustrie (nur Hoch- und Tiefbau)	29 682	29 682	-
Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau	32 827	34 978	23 422
ohne Hoch- und Tiefbau	33 309	36 012	23 422

infolge der höheren Anzahl von Mehrarbeitsstunden eine etwas längere Arbeitszeit.

**Jahresverdienste der männlichen Industrie-angestellten 51 900 DM**

Die Bruttojahresverdienste der Industrieangestellten erhöhten sich 1981 um 5,9% auf 47 500 DM. Sie stiegen somit um 1,4 Prozentpunkte stärker an als diejenigen der Industriearbeiter. Der Grund hierfür dürfte hauptsächlich in der leicht rückläufigen Wochenarbeitszeit der Lohnempfänger zu finden sein. In den letzten drei Jahren zeigten die Verdienststeigerungsraten der Angestellten jedoch ebenso wie die der Arbeiter eine sinkende Tendenz. Im Jahre 1979 betrug der Verdienstzuwachs der Industrieangestellten 8,6%, 1980 waren es 7,1%.

Auch im Berichtsjahr wurden in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien die höchsten Angestelltengehälter gezahlt. Der Jahresverdienst für männliche Angestellte bezifferte sich auf 56 200 DM und für weibliche auf 38 800 DM. In der Aufgliederung nach Wirt-

Entwicklung der Bruttojahresverdienste der Arbeiter  
nach Wirtschaftsbereichen 1981

Wirtschaftsbereich	Ins-	Männ-	Weib-
	gesamt	lich	lich
	Veränderung z. Vorjahr in %		
Energiewirtschaft und Wasser-versorgung	9,8	8,9	20,6
Grundstoff- und Produktions-güterindustrien	3,9	3,8	5,1
Investitionsgüterindustrien	5,3	4,9	6,9
Verbrauchsgüterindustrien	4,4	4,0	4,4
Nahrungs- und Genußmittel-industrien	6,1	5,6	6,0
Bauindustrie (nur Hoch- und Tiefbau)	2,2	2,2	-
Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau	4,5	4,3	5,6
ohne Hoch- und Tiefbau	4,8	4,4	5,6

schaftszweigen steht abermals die chemische Industrie an der Spitze der Gehaltsskala; dort verdienten Männer 58 300 DM und Frauen 40 700 DM. Danach folgt der Straßenfahrzeugbau mit 54 900 DM bzw. 36 500 DM. Die niedrigsten Jahresgehälter wurden in der Bekleidungsindustrie (38 800 DM bzw. 27 900 DM) und in der lederverarbeitenden Industrie (34 200 DM bzw. 22 900 DM) gezahlt.

Im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe erhöhten sich die Jahresverdienste um 5,6% auf 32 500 DM. Männliche Angestellte konnten ihr Einkommen gegenüber 1980 um 5,5% auf 39 500 DM und weibliche Angestellte um 6,2% auf 26 200 DM steigern. Gegenüber ihren Kollegen in der Industrie fielen die Jahresverdienste der männlichen Angestellten um 12 400 DM und die der weiblichen um 7 500 DM niedriger aus. Im einzelnen ergab sich für die Jahresverdienste im Dienstleistungsgewerbe eine erhebliche Spannweite. Im Versicherungsgewerbe beliefen sie sich auf 44 600 DM für Männer und 34 500 DM für Frauen, Kredit- und sonstige Finanzierungsinstitute zahlten 43 700 DM bzw. 32 600 DM. Deutlich niedri-

Bruttojahresverdienste der Angestellten  
nach Wirtschaftsbereichen 1981

Wirtschaftsbereich	Ins-	Männ-	Weib-
	gesamt	lich	lich
	DM		
Energiewirtschaft und Wasser-versorgung	47 592	50 795	36 760
Grundstoff- und Produktions-güterindustrien	52 199	56 184	38 793
Investitionsgüterindustrien	45 989	50 542	31 294
Verbrauchsgüterindustrie	40 531	45 645	29 113
Nahrungs- und Genußmittel-industrien	42 339	46 852	31 062
Bauindustrie (nur Hoch- und Tiefbau)	45 859	49 857	28 257
Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau ohne Hoch- und Tiefbau	47 460	51 898	33 737
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	47 545	52 016	33 955
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	32 500	39 506	26 214
Industrie, Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	41 291	48 116	29 207

gere Jahresverdienste wurden dagegen im Handel erzielt. Im Großhandel kamen männliche Angestellte auf 37 700 DM und weibliche auf 24 100 DM und im Einzelhandel waren es 36 000 DM bzw. 22 800 DM.

**Anteil der einmaligen Zahlungen am Bruttojahresverdienst kaum verändert**

Die Höhe der einmaligen Zahlungen, welche in der Verdiensterhebung nicht getrennt erfragt werden, lässt sich relativ genau durch einen Vergleich der Bruttojahresverdienste mit den hochgerechneten Ergebnissen aus der vierteljährlichen Verdiensterhebung nach einzelnen Wirtschaftszweigen ermitteln.

Der Anteil der einmaligen Zahlungen am Bruttojahresverdienst hat sich in den vergangenen drei Jah-

Bruttojahresverdienste und einmalige Zahlungen 1981

Wirtschaftsbereich	Arbeiter				Angestellte			
	Brutto-jahres-verdienste (einschl. einmalige Zahlungen)	Brutto-jahres-verdienste (ohne einmalige Zahlungen) 1)	einmalige Zahlungen		Brutto-jahres-verdienste (einschl. einmalige Zahlungen)	Brutto-jahres-verdienste (ohne einmalige Zahlungen) 1)	einmalige Zahlungen	
			ins-gesamt	Anteil am Brutto-jahres-verdienst			ins-gesamt	Anteil am Brutto-jahres-verdienst
			DM	%		DM		%
Industrie (ohne Bauindustrie)	33 309	29 692	3 617	10,9	47 545	41 448	6 097	12,8
Energiewirtschaft und Wasserversorgung	42 047	36 504	5 543	13,2	47 592	41 820	5 772	12,1
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	37 182	32 968	4 214	11,3	52 199	45 252	6 947	13,3
Investitionsgüterindustrien	33 570	29 796	3 774	11,2	45 989	39 888	6 101	13,3
Verbrauchsgüterindustrien	27 902	25 376	2 526	9,1	40 531	36 564	3 967	9,8
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	31 472	28 548	2 924	9,3	42 339	37 248	5 091	12,0
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	.	.	.	.	32 500	28 476	4 024	12,4

1) Hochgerechnete Jahresergebnisse der vierteljährlichen Verdiensterhebung.

ren kaum verändert. Arbeiter erhielten 1981 einmalige Zahlungen von insgesamt 3 617 DM (10,9% des Bruttojahresverdienstes) und Industriearbeiter von 6 097 DM (12,8%). In den einzelnen Wirtschaftsbereichen liegt die Quote bei den Arbeitern zwischen 13,2%

Entwicklung der Bruttojahresverdienste der Angestellten nach Wirtschaftsbereichen 1981

Wirtschaftsbereich	Ins-gesamt	Männlich	Weiblich
	Veränderung z. Vorjahr in %		
Energiewirtschaft und Wasserversorgung	7,1	7,2	6,5
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	5,6	5,4	5,4
Investitionsgüterindustrien	6,2	6,3	6,1
Verbrauchsgüterindustrien	5,1	4,8	5,9
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	6,1	6,6	5,1
Bauindustrie (nur Hoch- und Tiefbau)	7,1	7,0	7,4
Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau)	5,9 5,8	5,9 5,8	5,6 5,6
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	5,6	5,5	6,2
Industrie, Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	5,9	5,9	5,9

in Energiewirtschaft und Wasserversorgung und 9,1% in den Verbrauchsgüterindustrien. Die höchsten Sonderzahlungen erzielten Industriearbeiter mit 6 947 DM (13,3%) in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien, am niedrigsten waren sie mit 3 967 DM (9,8%) in den Verbrauchsgüterindustrien. Hierbei ist zu beachten, daß die Höhe der Zahlungen nicht zuletzt von der Dauer der Betriebszugehörigkeit abhängt. Die Angestellten im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe erhielten durchschnittlich einmalige Zahlungen in Höhe von 4 024 DM, das sind 12,4% des Bruttojahresverdienstes.

#### Jahresverdienste 1982 dürften real etwas niedriger ausfallen

Im Jahre 1982 haben sich die Verhandlungen für die wichtigen, die Lohnrunde bestimmenden Tarifabschlüsse nicht so lang hingezogen wie im Jahr zuvor. Mehr als im Vorjahr sind Sondervereinbarungen (Verlängerung des Urlaubs oder Erhöhung des Urlaubsgeldes, Verbesserung der Schichtregelung oder Pauschalbeträge für einen oder zwei Monate) getroffen worden. Insgesamt ergaben die meisten Tarifabschlüsse Steigerungen zwischen 3,5 und 4%. Unter Berücksichtigung des Anstiegs des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte von Januar bis September 1982 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 5,4% dürfte der reale Rückgang der Jahresverdienste 1982 noch größer sein als im Jahr zuvor.

Diplom-Volkswirt A. Wachweger

## Infrastrukturdaten im Landesinformationssystem

### Das Landesinformationssystem

Das Landesinformationssystem, kurz LIS genannt, ist ein modernes Datenerfassungs- und -abrufsystem. In ihm werden fortlaufend die für Planungs-, Entschei-

dungs- und Kontrollzwecke und insbesondere für regionale Strukturanalysen wesentlichen Zahlen gespeichert. Es vermittelt schnell die gesammelten Daten in größtmöglicher Anpassung an den Informationsbedarf

der Benutzer und stellt damit ein Instrumentarium für eine flexible Auswertung der Ergebnisse dar, da es sich der automatischen Datenverarbeitung bedient. Im LIS sind unter systematischen und regionalen Kriterien über 30 000 Daten für jede einzelne Gemeinde - soweit zutreffend - gespeichert, so daß eine Vielzahl von Einzelinformationen aus allen Feldern staatlicher Aktivität in den unterschiedlichsten Kombinationen abgerufen werden kann. Die Daten können selektiert, kombiniert, rechnerisch umgeformt und sofort ausgeschrieben werden. Zeitreihen können gebildet, Verhältniszahlen ermittelt werden.

Das LIS dient nicht nur der Speicherung von Daten und der Auskunftserteilung. Es ist auch ein unverzichtbares Instrument für Rechenoperationen und dient vor allem auch zur Erleichterung bei den Veröffentlichungen und für Untersuchungen. Das LIS ersetzt viele Veröffentlichungen, die andernfalls nur für ganz spezielle Zwecke erscheinen müßten. Zudem hat das Landesinformationssystem gegenüber der konventionellen Art der Veröffentlichung in Quellenbänden und statistischen Berichten einen ganz entscheidenden Vorteil: Jedes Jahr wird der Datenbestand komplett auf den neuesten Gebietsstand mit Stichtag 31. Dezember gebracht. Das bedeutet eine vollständige regionale Vergleichbarkeit aller Ergebnisse auch für die zurückliegenden Jahre.

Ein Bestandteil des LIS ist die Infrastrukturdatei. Sie deckt den maßgeblichen Bedarf an Daten für regionale Strukturuntersuchungen und für die Infrastrukturplanung.

## Infrastruktur

Infrastruktur ist ein Begriff für die notwendigen, aber außerordentlich heterogenen Voraussetzungen der wirtschaftlichen Aktivitäten und der Lebensbedingungen der Bevölkerung des Landes. Die Bestandteile der materiellen Infrastruktur sind

- das Bildungswesen,
- das Gesundheitswesen,
- soziale Einrichtungen (Alten-, Kinder-, Jugendhilfe),
- Einrichtungen für Erholung, Freizeit und Sport einschließlich der kulturellen Einrichtungen,
- Verkehrseinrichtungen,
- Wasser- und Energieversorgung,
- Entsorgung.

Hinzu kommt die sogenannte personelle Infrastruktur, die sich in der Bevölkerungszahl und in den geistigen, unternehmerischen und handwerklichen Fähigkeiten ausdrückt.

Schließlich gibt es Teilbereiche, deren Zugehörigkeit zur Infrastruktur umstritten ist oder sogar verneint wird, die aber die standortgebundene Nutzung ihrer Leistungen und den Anreizeffekt mit der Infrastruktur gemein haben und die Mobilität der Haushalte und Unternehmungen beeinflussen. Dazu gehören die räumliche Struktur mit den Aspekten der Flächennutzung (auch im Hinblick auf den Freizeit- und Erholungswert) und des Raumangebotes in Form von unbebauten Wohnbau-, Gewerbe- und Industrieflächen sowie der Wohnungsbestand in seiner Gesamtheit, der mit seinen quantitativen und qualitativen Merkmalen die Attraktivität eines Gebietes aus der Sicht der Haushalte maßgeblich mitbestimmt. Letzteres gilt auch für markt-

wirtschaftliche Verteilungseinrichtungen für Güter und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs, also Handel und Gastgewerbe, und Betriebe des Dienstleistungsbereiches.

## Infrastrukturerhebungen

Die amtliche Statistik bietet eine Fülle an regionalisierten Daten über die Infrastruktur. In ihrem Programm fehlen jedoch kleinräumliche Informationen insbesondere über folgende Bereiche:

- Einrichtungen für Kinder (teilweise), alte Menschen und Einrichtungen für Behinderte,
- Einrichtungen für Sport, Erholung und Freizeit sowie kulturelle Einrichtungen,
- im Verkehrsbereich der Aspekt der Raumüberwindung,
- das Angebot an ungenutzten Flächen nach Nutzungsmöglichkeiten.

In Rheinland-Pfalz wurde deshalb der Versuch unternommen, Informationslücken der amtlichen Statistik durch die Erfassung solcher infrastrukturrelevanten Informationen zu schließen, die sich aus Unterlagen der Verwaltung gewinnen lassen. Damit wurden die Informationen der Statistik um spezielle Datenbestände und Materialien ergänzt.

Hierzu werden im Auftrag der Staatskanzlei in regelmäßigen Abständen Infrastrukturerhebungen durchgeführt, die je nach Art des Datenbedarfs bei den Ministerien, Bezirksregierungen oder Gemeinden erfolgen.

Bei rund der Hälfte aller mit der Infrastrukturerhebung gewonnenen Tatbestände muß eine Befragung vor Ort erfolgen. Auskunftsstellen sind die kreisfreien Städte, die verbandsfreien Gemeinden und die Verbandsgemeinden, die über die (Wahl-)Mitgliedschaft in der Regionalvertretung der Planungsgemeinschaften an der Raumplanung beteiligt sind. § 22 des rheinland-pfälzischen Landesplanungsgesetzes (GVBl. 1977, S. 13) begründet eine Auskunftspflicht der Behörden des Landes und der unter Aufsicht des Landes stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, die der obersten Landesplanungsbehörde - dem Auftraggeber der Infrastrukturerhebung - auf Verlangen Auskunft über raumbedeutsame Maßnahmen zu erteilen haben.

Zum 31. Dezember 1975 erhielten die kreisfreien Städte, die verbandsfreien Gemeinden und die Verbandsgemeinden Erhebungsunterlagen für eine Erfassung von etwa 200 Tatbeständen. Die Erhebungsbogen waren von den Verbandsgemeinden je Ortsgemeinde auszufüllen, so daß insgesamt eine Aufbereitung der Ergebnisse für alle 2 303 Gemeinden des Landes Rheinland-Pfalz möglich war.

In den Jahren 1977, 1978 und danach in zweijährlichen Abständen, die dem Rhythmus des Landesraumordnungsberichtes angepaßt sind, wurden und werden Wiederholungsbefragungen durchgeführt. Dabei hat sich das Verfahren nach 1975 insofern vereinfacht, als anstelle von Erhebungsbogen sogenannte Kontrollisten versandt werden, die die Ergebnisse der jeweils letzten Erhebung enthalten. Die Berichtsstellen können sich darauf beschränken, diejenigen Angaben zu berichtigen, die nicht mehr dem neuesten Stand entsprechen. Kosten- und Arbeitsersparnis sind erheblich,

*Infrastrukturrelevante Tatbestände aus Landesstatistiken und Infrastrukturerhebungen*

Themenbereich	Quelle, Berichtsstelle, Tatbestände	Anzahl der Tatbestände
Einrichtungen des Gesundheitswesen	<p><i>Krankenhausstatistik</i> (Zusatzfrage)            Krankenhäuser (jährlich)            Unfallstationen und Unfallambulanzen in Krankenhäusern            – Stationen, Ambulanzen; Ärztliches Personal, examiniertes und sonstiges Pflegepersonal</p>	5
	<p><i>Infrastrukturerhebung</i>            Aufsichtsbehörde (zweijährlich)            Rettungswesen            – Rettungsleitstellen; Rettungswachen; mobile Ausstattung der Rettungswachen</p> <p>Bezirksärztekammern (zweijährlich)            Freipraktizierende Ärzte            – Ärzte nach Fachrichtungen und Zusatzbezeichnungen</p>	10 33
Soziale Einrichtungen	<p><i>Statistik der öffentlichen Jugendhilfe</i> (Zusatzfrage)            (zweijährlich)            Jugendfreizeitstätten, Heime der offenen Tür, Häuser der Jugend u. ä.            Jugendverbandsheime, Jugendgruppenheime            – Räume</p>	2
	<p><i>Kindergartenjahresbericht</i>            Aufsichtsbehörde (Auftragsstatistik, jährlich)            Kindergärten            – Einrichtungen nach dem Träger, nach Öffnungszeiten; genehmigte Plätze, Gruppen, Gruppenräume; Personal nach Altersgruppen, Beschäftigungsumfang; Leiter(innen), Gruppenleiter(innen) und Mitarbeiter(innen) nach der Ausbildung</p> <p><i>Infrastrukturerhebung</i>            Aufsichtsbehörde (zweijährlich)            Sozialstationen            – Einrichtungen, Personal</p> <p>Einrichtungen für Behinderte            – Kindergärten für behinderte Kinder, Plätze nach der Art der Behinderung; Werkstätten und Plätze in Werkstätten für Behinderte, dar. Blindenwerkstätten; Wohn- und Pflegeheime für Behinderte, Plätze in Wohn- und Pflegeheimen nach der Art der Behinderung, nach der Art der Rehabilitation</p> <p>Heime der Altenhilfe            – Einrichtungen und Plätze nach der Art der Einrichtung</p> <p>Stadt- und Verbandsgemeindeverwaltungen (zweijährlich)            Einrichtungen der offenen Altenhilfe            – Einrichtungen und Besucher/Teilnehmer nach der Art der Einrichtung</p>	45 31
Einrichtungen für Erholung und Freizeit	<p><i>Infrastrukturerhebung</i>            Stadt- und Verbandsgemeindeverwaltungen (zweijährlich)            Wochenend- und Ferienhausgebiete            – Wochenendhausgebiete, Anzahl, Fläche, Wochenendhäuser; Ferienhausgebiete, Anzahl, Fläche, Ferienhäuser, Wohneinheiten, Gemeinschaftseinrichtungen in Ferienhausgebieten nach der Art</p> <p>Tierparke, Wildfreigehege, Zoologische Gärten, Botanische Gärten            – Fläche, Besucher/Jahr</p> <p>Turn- und Sporthallen            – Einrichtungen nach der Größe und dem Träger</p> <p>Sportstadien und Sportplatzanlagen            – Anlagen, Zuschauerplätze nach dem Typ der Anlage</p> <p>Sondersportanlagen            – Anlagen nach ausgewählten Sportarten</p> <p>Öffentliche Spielplätze            – Spielplätze für Kleinkinder bzw. Kinder aller Altersstufen, Nachbarschaftsspielplätze, Freizeitzentren</p> <p>Bäder            – öffentliche Hallenbäder nach der Größe des Hauptbeckens und der Ausstattung; Schul-Hallenbäder (Lehrschwimmbecken); öffentliche Freibäder, darunter beheizt, nach der Wasserfläche; öffentliche Strandbäder; Kurbäder (soweit öffentlich zugänglich); Hotelbäder (soweit öffentlich zugänglich)</p>	160

*Infrastrukturrelevante Tatbestände aus Landesstatistiken und Infrastrukturerhebungen*

Themenbereich	Quelle, Berichtsstelle, Tatbestände	Anzahl der Tatbestände
noch: Einrichtungen für Erholung und Freizeit	<p><i>noch: Infrastrukturerhebung</i></p> <p>Bibliotheken</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– öffentliche Bibliotheken, Bände nach der Ausstattung mit Lesesaal; wissenschaftliche Fachbibliotheken, Bände</li> </ul> <p>Museen und Kunstsammlungen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Einrichtungen und Besucher/Jahr nach der Art der Einrichtung</li> </ul> <p>Theater</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Bühnen mit ganzjährigem Programm, Sitzplätze nach der Art der Theater; Sitzplätze und Spieltage in sonstigen Theatern; Filmtheater, Sitzplätze</li> </ul>	
Verkehrseinrichtungen	<p><i>Infrastrukturerhebung</i></p> <p>Auswertung von Verzeichnissen der Bundesbahn und Straßenkarten durch das Statistische Landesamt (1977)</p> <p>Schienenverkehr</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Gemeinden mit Bahnhof; Entfernung (Entfernungsklassen, Straßenkilometer) zum jeweils nächsten Bahnhof nach der Bedienung im Personenverkehr mit Eil-, D- und Intercityzügen bzw. nach der Bedienung im Express-, Stückgut- und Containerverkehr</li> </ul> <p>Auswertung von Verzeichnissen des Bundesverkehrsministeriums und Straßenkarten durch das Statistische Landesamt (1977)</p> <p>Straßen- und Flugverkehr</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Anschlußstellen der Bundesautobahn (Anzahl); Entfernung (Entfernungsklassen, Straßenkilometer) zur nächsten Anschlußstelle der Bundesautobahn, zum nächsten Verkehrsflughafen</li> </ul> <p>Stadt- und Verbandsgemeindeverwaltungen (zweijährlich)</p> <p>Verkehrsverbindungen im öffentlichen Personennahverkehr</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Anzahl der Eisenbahn- und Busabfahrten nach dem jeweiligen Mittel-/Oberzentrum</li> </ul>	37 9 2
Energieversorgung	<p><i>Infrastrukturerhebung</i></p> <p>Stadt- und Verbandsgemeindeverwaltungen (zweijährlich)</p> <p>Anschlußmöglichkeiten der Haushalte an die öffentliche Gasversorgung</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Anteil der Haushalte, die angeschlossen werden können</li> </ul>	3
Marktwirtschaftliche Verteilungseinrichtungen	<p><i>Infrastrukturerhebung</i></p> <p>Stadt- und Verbandsgemeindeverwaltungen (zweijährlich)</p> <p>Verbrauchermärkte, Einkaufszentren, Kauf- und Warenhäuser</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Einrichtungen, Verkaufsfläche nach der städtebaulichen Integration</li> </ul> <p>Landeszentralbank (zweijährlich)</p> <p>Banken</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Bankstellen nach Bankengruppen</li> </ul>	14 9
Räumliche Struktur	<p><i>Infrastrukturerhebung</i></p> <p>Stadt- und Verbandsgemeindeverwaltungen (zweijährlich)</p> <p>Unbebaute Wohnbau-, Gewerbe- und Industrieflächen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Wohnaugebiete, Flächen und Grundstücke nach dem Stadium der Bauleit- bzw. Flächennutzungsplanung; Gewerbe- und Industriegebiete, Fläche nach dem Stadium der Bauleit- und Flächennutzungsplanung, erschlossene Flächen nach dem Anschluß an Kläranlagen, Ferngasversorgung und Gleisanschluß</li> </ul>	31

zumal die Kontrollisten direkt auf Datenträger übernommen werden können.

Nach Rücklauf der Erhebungsunterlagen, der Plausibilitätskontrolle im Statistischen Landesamt und der Einspeicherung der Daten stehen die Ergebnisse der Landesplanung, aber auch den anderen Benutzern des Landesinformationssystems Rheinland-Pfalz zur Verfügung.

Die aus Bundes-, Landes- und Geschäftsstatistiken sowie den Infrastrukturerhebungen aufgestellte Infrastrukturdatei enthält damit instruktive regionalstatistische Informationen. Sie bildet zusammen mit den vielfältigen Regionaldaten des Landesinformationssystems ein wichtiges Planungs- und Entscheidungsinstrument.

Diplom-Volkswirt R.-E. Lehmann

## Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1980		1981			1982		
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>									
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 639	3 642	3 642	3 643	3 643	3 639	3 639	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>									
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 939	1 893	2 520	2 425	2 075	2 249 <sup>p</sup>	2 709 <sup>p</sup>	2 414 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,4	6,2	8,1	7,8	6,9	7,5 <sup>p</sup>	8,8 <sup>p</sup>	7,8 <sup>p</sup>
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	3 104	3 117	3 261	3 370	3 396	3 309 <sup>p</sup>	3 171 <sup>p</sup>	3 263 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,2	10,3	10,5	10,9	11,3	11,1 <sup>p</sup>	10,3 <sup>p</sup>	10,6 <sup>p</sup>
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 631	3 689	3 650	3 588	3 448	3 794 <sup>p</sup>	3 675 <sup>p</sup>	3 420 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,0	12,2	11,8	11,6	11,5	12,7 <sup>p</sup>	11,9 <sup>p</sup>	11,1 <sup>p</sup>
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl	40	35	36	29	41	35 <sup>p</sup>	28 <sup>p</sup>	35 <sup>p</sup>
* je 1 000 Lebendgeborene 4)	Anzahl	12,9	11,3	11,0	8,7	12,7	11,2 <sup>p</sup>	8,8 <sup>p</sup>	10,8 <sup>p</sup>
* Überschuß der Geborenen bzw.									
Gestorbenen (-)	Anzahl	- 527	- 572	- 389	- 218	- 52	- 485 <sup>p</sup>	- 504 <sup>p</sup>	- 157 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 1,7	- 1,9	- 1,3	- 0,7	- 0,2	- 1,6 <sup>p</sup>	- 1,6 <sup>p</sup>	- 0,5 <sup>p</sup>
* über die Landesgrenze									
* Zugezogene	Anzahl	8 551	7 857	9 370	9 102	8 737	6 896	7 909	...
Ausländer	Anzahl	2 603	1 935	2 183	2 394	2 361	1 432	1 704	...
Erwerbspersonen	Anzahl	4 621	4 257	4 921	4 778	4 726	3 767	4 212	...
* Fortgezogene	Anzahl	7 250	7 390	7 979	7 925	8 863	6 481	7 662	...
Ausländer	Anzahl	1 586	1 650	1 667	1 755	2 072	1 693	1 962	...
Erwerbspersonen	Anzahl	4 208	4 294	4 786	4 542	5 008	3 626	4 447	...
* Wanderungssaldo	Anzahl	1 301	467	1 391	1 177	- 126	415	247	...
Ausländer	Anzahl	1 017	285	516	639	289	- 261	- 258	...
Erwerbspersonen	Anzahl	414	- 37	135	236	- 282	141	- 235	...
* innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahl	11 176	11 190	12 802	13 073	12 435	16 743	11 352	...
<b>Arbeitsmarkt</b>									
* Arbeitslose	Anzahl	50 144	72 334	70 565	70 504	68 405	86 581	94 460	98 446
* Männer	Anzahl	24 008	37 118	33 695	33 335	32 176	46 517	50 203	52 757
Ausgewählte Berufsgruppen									
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	1 236	1 886	1 001	1 090	1 047	1 276	.	1 645
Bauberufe	Anzahl	2 421	4 550	3 397	3 362	3 464	6 254	.	6 195
Industrielle u. handwerkliche Berufe	Anzahl	17 979	27 184	25 755	25 766	25 146	34 044	.	37 596
Arbeitslosenquote	%	3,8	5,4	5,3	5,3	5,1	6,2	6,7	7,0
Offene Stellen	Anzahl	15 683	10 740	11 308	10 668	9 556	6 604	6 072	5 802
Männer	Anzahl	10 047	6 714	6 977	6 738	6 266	3 792	3 497	3 525
Ausgewählte Berufsgruppen									
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	485	455	483	404	487	290	.	390
Bauberufe	Anzahl	1 029	613	723	711	682	382	.	310
Industrielle u. handwerkliche Berufe	Anzahl	6 281	3 713	3 864	3 793	3 300	2 170	.	1 558
Kurzarbeiter	Anzahl	8 558	18 520	9 357	11 648	18 989	22 980	17 067	13 263
Männer	Anzahl	6 245	13 176	6 804	8 205	13 963	17 051	12 632	10 241
<b>Landwirtschaft</b>									
<b>Viehbestand</b>									
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	673	655	.	.	.	654	.	.
* Milchkühe	1 000	235	228	.	.	.	223	.	.
* Schweine	1 000	695	646	.	696	.	.	.	669
Mastschweine	1 000	243	223	.	220	.	.	.	211
* Zuchtsauen	1 000	78	75	.	79	.	.	.	77
Trächtige Zuchtsauen	1 000	49	48	.	50	.	.	.	49
<b>Schlachtungen von Inlandtieren</b>									
* Rinder	Anzahl	16 413	16 784	14 635	15 751	17 473	14 556	14 381	14 635
* Kälber	Anzahl	369	327	277	320	314	303	278	322
* Schafe	Anzahl	113 707	112 070	104 683	112 048	103 765	118 308	105 329	104 910
* Hausschlachtungen	Anzahl	12 411	11 622	5 615	5 489	7 453	6 406	5 156	4 956
<b>Schlachtmengen 6)</b>									
* Rinder	t	14 061	13 893	12 634	13 426	13 217	13 796	12 645	12 674
* Kälber	t	4 806	4 815	4 230	4 469	4 892	4 250	4 161	4 174
* Schweine	t	36	31	26	32	31	27	28	31
	t	9 134	8 954	8 291	8 829	8 197	9 441	8 384	8 393
<b>Geflügel</b>									
* Eingelegte Bruteier für Legehennenküken 7)	1 000	59	37	24	24	28	39	59	98
									72
<b>Milch</b>									
* Milcherzeugung	1 000 t	80	78	86	81	75	87	87	83
an Molkereien und Händler geliefert	%	95,0	94,8	95,7	95,5	95,3	95,9	96,0	95,9
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,1	11,0	11,8	11,1	10,6	12,7	12,3	11,7
									95,5
									11,1

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. -

## Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1980		1981			1982			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
<b>Produzierendes Gewerbe</b>										
<b>Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe<sup>1)</sup></b>										
Betriebe	Anzahl	2 899	2 898	2 892	2 890	2 891	2 841	2 839	2 841	
* Beschäftigte	1 000	397	391	391	394	393	378	378	379	
* Arbeiter 2)	1 000	282	276	276	278	277	264	265	265	
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	40 135	38 809	36 205	38 368	41 321	36 550	36 948	33 679	
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 082	1 125	1 131	1 068	1 068	1 208	1 128	1 121	
* Löhne	Mill. DM	664	682	708	658	656	713	683	687	
* Gehälter	Mill. DM	418	443	423	410	412	495	445	434	
* Kohleverbrauch	1000t SKE <sup>3)</sup>	82	88	79	72	85	60	71	64	
* Gasverbrauch	Mill. cbm	148	175	180	177	180	156	160	151	
* Heizölverbrauch	1 000 t	173	138	105	109	109	111	94	86	
* leichten Heizöl	1 000 t	23	20	12	13	14	12	12	10	
* schweres Heizöl	1 000 t	150	118	93	96	95	99	82	76	
* Stromverbrauch	Mill. kWh	992	987	981	974	991	943	963	895	
* Stromerzeugung	Mill. kWh	258	218	194	185	194	169	181	164	
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	5 996	6 155	5 989	5 969	6 533	6 281	6 328	5 610	
* Auslandsumsatz	Mill. DM	1 817	2 179	2 112	2 187	2 310	2 252	2 345	1 937	
<b>Produktionsindex</b>										
(von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	134	135	120	131	138	138	127	112 <sup>P</sup>	
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	138	139	123	131	140	140	128	115 <sup>P</sup>	
Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	135	136	121	129	138	138	127	112	
* Grundstoff- und Produktions-gütergewerbe	1970 = 100	129	131	122	127	135	138	127	121	
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1970 = 100	105	99	105	111	118	111	102	89	
Chemische Industrie	1970 = 100	123	126	110	114	126	130	118	115	
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	145	149	129	132	144	162	141	109	
Maschinenbau: Büromaschinen, ADV-Geräte und -einrichtungen	1970 = 100	144	154	118	132	147	174	136	95	
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	126	122	101	120	123	110	102	91	
Herstellung von Schuhen	1970 = 100	61	60	51	67	68	47	47	56	
* Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1970 = 100	155	155	135	146	166	144	139	127	
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	115	111	104	130	129	126	119	95	
<b>Handwerk<sup>4)</sup></b>										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	104	103	·	·	103	99	·	·	
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976 = 100	133	132	·	·	133	133	·	·	
<b>Öffentliche Energieversorgung</b>										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	310	309	202	241	245	145	121	129	
Strombezug <sup>5)</sup>	Mill. kWh	2 123	2 212	2 073	1 949	2 088	2 127	2 070	1 944	
Stromlieferungen <sup>5)</sup>	Mill. kWh	870	900	843	735	860	807	702	676	
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 545	1 603	1 417	1 439	1 456	1 465	1 489	1 398	
* Gaserzeugung	Mill. cbm	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	
Gasbezug	Mill. cbm	310	314	223	236	247	197	195	187	
Gasverbrauch	Mill. cbm	283	295	216	229	238	190	190	181	
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>										
<b>Bauhauptgewerbe</b>										
* Beschäftigte	Anzahl	75 413	74 226	74 916	75 470	75 302	71 205 <sup>P</sup>	70 417 <sup>P</sup>	70 832 <sup>P</sup>	
Facharbeiter	Anzahl	40 026	39 272	39 865	39 893	39 780	39 101 <sup>P</sup>	37 884 <sup>P</sup>	37 736 <sup>P</sup>	
Fachwerker und Werker	Anzahl	17 596	17 093	17 516	17 559	17 450	15 118 <sup>P</sup>	15 808 <sup>P</sup>	16 326 <sup>P</sup>	
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 412	8 749	9 057	10 328	10 746	9 328 <sup>P</sup>	9 700 <sup>P</sup>	7 756 <sup>P</sup>	
Privater Bau	1 000	5 969	5 603	5 604	6 413	6 600	5 757 <sup>P</sup>	6 045 <sup>P</sup>	4 747 <sup>P</sup>	
* Wohnungsbau	1 000	3 932	3 587	3 501	4 154	4 243	3 696 <sup>P</sup>	3 885 <sup>P</sup>	2 878 <sup>P</sup>	
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	71	70	61	90	99	93 <sup>P</sup>	107 <sup>P</sup>	100 <sup>P</sup>	
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 966	1 946	2 042	2 169	2 258	1 968 <sup>P</sup>	2 053 <sup>P</sup>	1 769 <sup>P</sup>	
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	3 443	3 146	3 453	3 915	4 146	3 571 <sup>P</sup>	3 655 <sup>P</sup>	3 009 <sup>P</sup>	
Hochbau	1 000	707	679	667	773	820	800 <sup>P</sup>	814 <sup>P</sup>	675 <sup>P</sup>	
Tiefbau	1 000	2 736	2 467	2 786	3 142	3 326	2 771 <sup>P</sup>	2 841 <sup>P</sup>	2 334 <sup>P</sup>	
Straßenbau	1 000	1 486	1 347	1 490	1 754	1 834	1 515 <sup>P</sup>	1 576 <sup>P</sup>	1 331 <sup>P</sup>	
Löhne und Gehälter	Mill. DM	178	178	198	194	202	195 <sup>P</sup>	196 <sup>P</sup>	187 <sup>P</sup>	
* Löhne	Mill. DM	154	152	173	169	176	167 <sup>P</sup>	169 <sup>P</sup>	160 <sup>P</sup>	
* Gehälter	Mill. DM	24	26	25	25	26	28 <sup>P</sup>	27 <sup>P</sup>	27 <sup>P</sup>	
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	552	519	502	564	619	575 <sup>P</sup>	614 <sup>P</sup>	477 <sup>P</sup>	

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. - 3) Eine Tonne Steinkohleinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 5) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).

## Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1980		1981			1982		
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
<b>Baugenehmigungen</b>									
• Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 304	1 044	1 249	1 183	1 009	898	975	841
• mit 1 Wohnung	Anzahl	945	686	862	756	658	557	638	538
• mit 2 Wohnungen	Anzahl	297	292	340	355	292	260	259	226
• mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	62	66	47	72	59	81	78	73
• Umbauter Raum	1 000 cbm	1 311	1 103	1 247	1 226	1 042	1 031	1 084	883
• Wohnfläche	1 000 qm	210	180	202	202	170	168	177	143
Wohnräume	Anzahl	9 857	8 431	9 426	9 447	7 991	7 905	8 147	6 701
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	340	313	352	355	299	308	331	263
Bauherren									
Öffentliche Bauherren	Anzahl	5	4	10	2	3	3	5	4
Unternehmen	Anzahl	200	148	204	149	136	66	91	67
Private Haushalte	Anzahl	1 100	892	1 035	1 032	870	829	879	770
• Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	226	176	166	215	207	169	199	168
• Umbauter Raum	1 000 cbm	879	764	853	883	818	588	693	758
• Nutzfläche	1 000 qm	157	129	134	139	147	104	123	99
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	166	143	127	148	131	112	120	149
Bauherren									
Öffentliche Bauherren	Anzahl	39	29	28	40	26	23	23	30
Unternehmen	Anzahl	157	143	135	169	180	141	173	134
Private Haushalte	Anzahl	31	4	3	6	1	5	3	4
• Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 224	1 968	2 066	2 262	1 847	2 110	2 174	1 731
									1 654
<b>Handel und Gastgewerbe</b>									
<b>Ausfuhr (Spezialhandel)</b>									
• Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 807	2 177	2 228	1 962	2 439	2 106	2 108	2 001
Nach Warengruppen									...
• Ernährungswirtschaft	Mill. DM	104	120	133	110	126	138	142	125
• Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 703	2 056	2 095	1 851	2 313	1 968	1 966	1 875
• Rohstoffe	Mill. DM	17	20	22	19	21	21	18	15
• Halbwaren	Mill. DM	98	134	141	128	115	141	158	132
• Fertigwaren	Mill. DM	1 588	1 902	1 933	1 704	2 177	1 807	1 790	1 728
• Vorerzeugnisse	Mill. DM	536	596	591	549	627	588	616	548
• Enderzeugnisse	Mill. DM	1 052	1 306	1 342	1 155	1 549	1 219	1 174	1 180
Nach ausgewählten Verbrauchsländern									
• EG-Länder	Mill. DM	837	904	857	779	928	952	964	739
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	136	153	143	140	141	152	175	143
Dänemark	Mill. DM	30	32	26	32	38	36	29	31
Frankreich	Mill. DM	250	264	256	215	289	293	285	195
Griechenland	Mill. DM	19	23	22	23	21	17	23	20
Großbritannien	Mill. DM	115	131	129	127	141	146	147	135
Irland	Mill. DM	7	7	8	7	9	7	7	6
Italien	Mill. DM	154	157	148	98	161	151	152	86
Niederlande	Mill. DM	126	137	125	136	128	151	146	124
Österreich	Mill. DM	86	90	86	91	104	83	82	78
Schweiz	Mill. DM	85	91	85	95	102	89	103	86
USA und Kanada	Mill. DM	80	103	97	97	106	85	117	108
Entwicklungsländer	Mill. DM	395	630	748	577	822	539	487	652
Staatshandelsländer	Mill. DM	101	91	101	90	73	91	93	105
<b>Einfuhr (Generalhandel)</b>									
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 412	1 510	1 494	1 485	1 604	1 572	1 468	1 375
Nach Warengruppen									...
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	168	188	175	163	190	192	170	141
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 244	1 322	1 319	1 322	1 414	1 380	1 298	1 234
Aus ausgewählten Ländern									
• EG-Länder	Mill. DM	712	757	741	701	799	783	798	670
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	179	181	194	165	175	245	213	193
Dänemark	Mill. DM	12	12	8	7	15	11	13	11
Frankreich	Mill. DM	199	198	184	158	202	190	188	116
Griechenland	Mill. DM	7	7	8	5	6	8	7	5
Großbritannien	Mill. DM	54	43	33	36	42	40	32	36
Irland	Mill. DM	6	4	5	2	3	2	3	2
Italien	Mill. DM	108	131	137	108	157	118	148	98
Niederlande	Mill. DM	147	181	171	219	199	169	194	209
Österreich	Mill. DM	48	45	50	45	52	50	39	37
Schweiz	Mill. DM	23	26	27	16	26	25	34	23
USA und Kanada	Mill. DM	100	111	114	90	113	113	107	92
Entwicklungsländer	Mill. DM	393	368	343	402	404	361	319	327
Staatshandelsländer	Mill. DM	44	88	85	108	106	132	42	98

## Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1980		1981			1982		
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
<b>Einzelhandel</b>									
Beschäftigte	1970 = 100	108	...	...	...	...	...	...	...
* Umsatz in jeweiligen Preisen	1970 = 100	220	...	...	...	...	...	...	...
Waren verschiedener Art	1970 = 100	241	...	...	...	...	...	...	...
Nahrungs- und Genussmittel	1970 = 100	220	...	...	...	...	...	...	...
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	195	...	...	...	...	...	...	...
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	224	...	...	...	...	...	...	...
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	204	...	...	...	...	...	...	...
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 = 100	198	...	...	...	...	...	...	...
Umsatz in Preisen von 1970	1970 = 100	139	...	...	...	...	...	...	...
Waren verschiedener Art	1970 = 100	.	...	...	...	...	...	...	...
Nahrungs- und Genussmittel	1970 = 100	148	...	...	...	...	...	...	...
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	115	...	...	...	...	...	...	...
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	138	...	...	...	...	...	...	...
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	139	...	...	...	...	...	...	...
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 = 100	127	...	...	...	...	...	...	...
<b>Gastgewerbe</b>									
Beschäftigte	1970 = 100	97	...	...	...	...	...	...	...
Teilbeschäftigte	1970 = 100	136	...	...	...	...	...	...	...
* Umsatz	1970 = 100	153	...	...	...	...	...	...	...
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	172	...	...	...	...	...	...	...
Gaststättengewerbe	1970 = 100	140	...	...	...	...	...	...	...
<b>Fremdenverkehr</b>									
in 288 Berichtsgemeinden									
* Fremdenmeldungen	1 000	420	417	552	588	654	511	559	556
* Ausländer	1 000	76	73	142	148	111	96	152	130
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 566	1 548	2 412	2 571	2 406	1 926	2 413	2 391
* Ausländer	1 000	242	222	508	522	327	273	540	419
<b>Verkehr</b>									
<b>Binnenschifffahrt</b>									
* Güterempfang	1 000 t	1 613	1 505	1 655	1 631	1 579	1 554	1 592	1 619
* Güterversand	1 000 t	1 502	1 376	1 454	1 451	1 559	1 508	1 432	1 360
<b>Straßenverkehr</b>									
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 420	13 417	13 425	9 902	11 750	14 101	12 577	9 045
Krafträder und Motorroller	Anzahl	740	1 342	1 684	1 324	1 053	1 980	1 744	1 410
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	11 516	11 125	10 806	7 837	9 773	11 254	10 018	6 976
* Lastkraftwagen	Anzahl	689	545	524	462	537	499	431	329
Zugmaschinen	Anzahl	367	307	303	219	306	288	291	235
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>	Anzahl	9 237	9 259	8 169	9 445	9 408	9 359	9 316	7 834
* Unfälle mit Personenschäden	Anzahl	1 931	1 819	1 912	2 293	2 165	2 094	2 287	1 852
Unfälle mit nur Sachschäden	Anzahl	7 306	7 440	6 257	7 152	7 243	7 265	7 029	5 982
Verunglückte Personen	Anzahl	2 676	2 478	2 600	3 078	2 909	2 828	3 131	2 585
* Getötete	Anzahl	70	62	61	66	62	52	81	76
Pkw-Insassen	Anzahl	34	32	22	29	34	27	42	40
Fußgänger	Anzahl	15	11	11	8	7	5	8	5
* Verletzte	Anzahl	2 606	2 416	2 539	3 012	2 847	2 776	3 050	2 509
Pkw-Insassen	Anzahl	1 477	1 357	1 252	1 462	1 462	1 335	1 429	1 223
Fußgänger	Anzahl	259	236	173	255	217	216	230	197
Schwerverletzte	Anzahl	835	761	845	997	868	894	973	826
Pkw-Insassen	Anzahl	417	385	357	434	390	390	413	393
Fußgänger	Anzahl	118	104	70	112	85	94	96	81

## Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1980		1981			1982			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
<b>Geld und Kredit</b>										
<b>Kredite und Einlagen 1)</b> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	58 422	63 997	61 487	61 627	62 439	65 554	65 801	65 980	
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	57 122	62 594	60 187	60 296	61 079	64 108	64 247	64 427	
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	46 964	51 189	49 302	49 412	50 010	52 536	52 694	52 858	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	10 157	11 405	10 866	10 884	11 069	11 572	11 553	11 693	
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	12 527	14 184	13 267	13 157	13 686	14 847	14 767	14 565	
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	12 163	13 334	12 729	12 707	13 032	13 931	13 780	13 602	
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	364	850	538	450	654	916	987	963	
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	6 955	8 123	7 551	7 612	7 767	8 357	8 500	8 630	
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	5 918	6 481	6 178	6 151	6 234	6 743	6 855	6 973	
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 037	1 642	1 373	1 461	1 533	1 614	1 645	1 686	
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	37 640	40 286	39 350	39 527	39 626	40 904	40 980	41 232	
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	28 883	31 374	30 395	30 554	30 744	31 862	32 059	32 283	
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	8 756	8 912	8 955	8 973	8 882	9 042	8 921	8 950	
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	48 947	52 450	49 451	49 877	49 493	53 450	53 533	53 973	
* Sichteinlagen	Mill. DM	7 299	7 200	6 743	7 064	6 761	7 292	7 261	7 315	
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	6 793	6 755	6 258	6 467	6 631	6 725	6 684	6 735	
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	506	445	485	597	430	567	578	580	
Termingelder	Mill. DM	15 091	18 840	17 920	18 158	18 170	19 372	19 587	19 933	
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	13 717	17 382	16 442	16 636	16 639	17 864	18 064	18 193	
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 374	1 458	1 478	1 521	1 531	1 508	1 524	1 741	
* Spareinlagen	Mill. DM	26 556	26 410	24 787	24 655	24 562	26 786	26 684	26 724	
* bei Sparkassen	Mill. DM	15 290	15 269	14 257	14 193	14 144	15 738	15 691	15 723	
* Gutschriften auf Sparkonten 2)	Mill. DM	1 286	1 450	1 514	1 186	1 224	1 366	1 692	1 318	
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 266	1 476	1 786	1 318	1 323	1 272	1 801	1 278	
<b>Zahlungsschwierigkeiten</b>										
* Konkurse 3)	Anzahl	37	51	51	63	73	53	63	62	
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	13 883	25 505	33 878	36 328	55 937	18 946	50 756	69 262	
* Vergleichsverfahren	Anzahl	.	.	-	-	-	1	1	-	
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	919	1 043	1 146	1 093	1 013	1 158	1 235	1 150	
* Wechselsumme	1 000 DM	6 823	8 170	8 484	9 564	7 825	7 862	8 428	10 936	
<b>Steuern</b>										
<b>Steueraufkommen nach Steuerarten</b>										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	1 119 293	1 104 967	906 076	1 132 348	1 203 965	1 274 946	907 509	1 197 923	
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	773 282	759 347	581 389	789 369	965 023	968 801	561 219	841 506	
* Lohnsteuer 4)	1 000 DM	515 079	524 985	457 355	727 976	400 764	400 217	482 763	761 777	
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	108 527	102 977	-	275 188	-	-	-	300 844	
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	154 712	135 811	15 779	- 17 135	385 340	377 999	- 26 346	- 18 811	
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	16 351	17 011	87 649	19 704	9 827	8 005	89 406	18 125	
* Körperschaftsteuer 4)	1 000 DM	87 141	81 540	20 604	58 824	169 092	182 580	15 396	80 415	
Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	13 731	12 011	-	30 757	-	-	-	61 776	
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	346 011	345 619	324 687	342 979	238 942	306 145	346 290	356 417	
* Umsatzsteuer	1 000 DM	228 992	213 926	211 568	213 803	130 217	159 544	209 546	226 912	
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	117 019	131 693	113 119	129 176	108 725	146 601	136 744	129 505	
* Bundessteuern	1 000 DM	154 241	161 613	136 602	125 933	137 536	187 193	131 033	136 135	
* Zölle	1 000 DM	9 232	10 338	7 760	10 769	8 138	10 310	10 623	8 899	
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	133 812	149 008	126 518	112 854	127 615	173 315	118 481	125 027	
* Landessteuern	1 000 DM	67 563	70 238	73 902	95 168	61 234	72 130	70 364	92 369	
* Vermögensteuer	1 000 DM	14 826	16 540	7 512	41 629	5 847	3 783	2 708	39 711	
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	34 028	33 972	47 923	35 712	37 314	47 695	45 914	35 148	
* Biersteuer	1 000 DM	6 387	6 537	7 622	7 313	7 325	7 057	8 092	7 700	
* Gemeindesteuern 5)	1 000 DM	491 895	456 688	.	.	500 492	477 648	.	.	
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 046	7 858	.	.	8 868	10 378	.	.	
* Grundsteuer B	1 000 DM	71 639	73 216	.	.	95 447	84 730	.	.	
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	367 982	336 120	.	.	358 885	338 528	.	.	
* Lohnsummensteuer 6)	1 000 DM	5 573	208	.	.	188	25	.	.	
Grunderwerbsteuer	1 000 DM	27 940	28 627	.	.	27 892	26 469	.	.	

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsprakssenämter; ohne durchlaufende Kredite. - 2) Einschl. Zinsgutschriften. - 3) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 4) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - 5) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 6) Ab 1980 nur noch Reste aus der bis 1979 erhobenen Lohnsummensteuer.

## Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1980			1981			1982		
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
<b>Steuerverteilung auf die Gebiets-körperschaften</b>										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	728 650	737 589	642 578	696 826	734 178	885 326	574 536	764 383	850 108
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	335 700	329 329	253 842	338 476	422 731	427 263	204 587	398 264	461 354
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	233 563	233 299	214 247	231 180	173 913	270 870	200 004	228 872	258 657
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	14 145	13 347	37 887	1 237	- 2	-	38 912	1 112	11
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	565 662	561 110	507 488	581 864	606 039	635 857	500 417	620 221	652 222
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	334 313	327 808	252 603	335 340	419 473	424 906	243 802	359 748	451 790
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	149 640	149 716	143 096	154 314	125 334	138 821	147 339	166 992	139 584
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	14 145	13 347	37 887	1 237	- 2	-	38 912	1 112	11
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	705 455	674 522	-	-	711 210	665 879	-	-	-
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 1)	1 000 DM	281 635	256 714	-	-	274 330	258 452	-	-	-
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	299 907	297 241	-	-	295 272	268 310	-	-	-
<b>Preise</b>										
* Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1976 = 100	117,0	123,9	124,4	124,8	125,4	131,1	131,4	131,2	131,6
* Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	112,7	118,2	118,5	117,9	118,3	128,6	128,0	126,5	126,2
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk 2)	1976 = 100	134,1	142,0	-	143,4	-	-	-	146,8	-
<b>Löhne und Gehälter</b>										
<b>Arbeiter</b>										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	545	575	584	-	-	-	605	-	-
* Männliche Arbeiter	DM	582	611	620	-	-	-	642	-	-
* Facharbeiter	DM	617	648	656	-	-	-	679	-	-
Angelernte Arbeiter	DM	555	579	587	-	-	-	605	-	-
Hilfsarbeiter	DM	475	497	507	-	-	-	520	-	-
* Weibliche Arbeiter	DM	388	412	420	-	-	-	435	-	-
Hilfsarbeiter	DM	373	397	402	-	-	-	419	-	-
Bruttostundenverdienste	DM	13,08	13,86	14,01	-	-	-	14,68	-	-
* Männliche Arbeiter	DM	13,80	14,59	14,74	-	-	-	15,43	-	-
* Facharbeiter	DM	14,54	15,39	15,54	-	-	-	16,26	-	-
Angelernte Arbeiter	DM	13,22	13,88	13,98	-	-	-	14,65	-	-
Hilfsarbeiter	DM	11,37	12,05	12,19	-	-	-	12,54	-	-
* Weibliche Arbeiter	DM	9,84	10,46	10,58	-	-	-	11,05	-	-
Hilfsarbeiter	DM	9,50	10,06	10,15	-	-	-	10,63	-	-
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	41,7	41,3	41,7	-	-	-	41,2	-	-
Männliche Arbeiter	Std.	42,2	41,8	42,1	-	-	-	41,6	-	-
Weibliche Arbeiter	Std.	39,5	39,4	39,7	-	-	-	39,3	-	-
<b>Angestellte</b>										
Bruttonatmonatsverdienste										
in Industrie und Handel zusammen	DM	2 819	2 983	3 002	-	-	-	3 180	-	-
Kaufmännische Angestellte	DM	2 521	2 657	2 665	-	-	-	2 833	-	-
männlich	DM	3 085	3 232	3 243	-	-	-	3 426	-	-
weiblich	DM	1 987	2 112	2 120	-	-	-	2 265	-	-
Technische Angestellte	DM	3 515	3 709	3 760	-	-	-	3 929	-	-
männlich	DM	3 598	3 795	3 847	-	-	-	4 020	-	-
weiblich	DM	2 409	2 579	2 613	-	-	-	2 743	-	-
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	3 268	3 454	3 492	-	-	-	3 657	-	-
Kaufmännische Angestellte	DM	2 951	3 119	3 140	-	-	-	3 309	-	-
männlich	DM	3 490	3 690	3 711	-	-	-	3 897	-	-
weiblich	DM	2 313	2 438	2 468	-	-	-	2 600	-	-
Technische Angestellte	DM	3 572	3 767	3 821	-	-	-	3 975	-	-
männlich	DM	3 646	3 846	3 900	-	-	-	4 061	-	-
weiblich	DM	2 510	2 670	2 707	-	-	-	2 818	-	-
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	2 264	2 373	2 372	-	-	-	2 533	-	-
Kaufmännische Angestellte	DM	2 249	2 357	2 357	-	-	-	2 512	-	-
männlich	DM	2 778	2 871	2 878	-	-	-	3 041	-	-
weiblich	DM	1 816	1 935	1 933	-	-	-	2 079	-	-

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - 2) Ohne Baunebenleistungen.

## Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1980		1981			1982		
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>									
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 566	61 682	61 666	61 684	61 703	61 650	61 638	...
Eheschließungen 1)	Anzahl	30 201	29 972	37 685	38 732	34 165	45 885 <sup>P</sup>	37 447 <sup>P</sup>	37 536 <sup>P</sup>
Lebendgeborene 2)	Anzahl	51 721	52 046	52 569	56 178	54 805	48 795 <sup>P</sup>	53 877 <sup>P</sup>	54 002 <sup>P</sup>
Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	59 510	60 183	57 644	58 717	57 811	57 607 <sup>P</sup>	61 040 <sup>P</sup>	58 677 <sup>P</sup>
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 7 788	- 8 136	- 5 075	- 2 539	- 3 006	- 8 812 <sup>P</sup>	- 7 163 <sup>P</sup>	- 4 675 <sup>P</sup>
Arbeitslose	1 000	889	1 272	1 126	1 246	1 289	1 646	1 650	1 757
Männer	1 000	426	652	546	605	627	898	894	945
Offene Stellen	1 000	308	208	236	219	206	120	118	106
Männer	1 000	198	127	142	134	127	69	68	98
Kurzarbeiter	1 000	137	347	317	221	167	455	429	337
Männer	1 000	98	239	207	145	115	328	317	252
<b>Landwirtschaft</b>									
Schweinebestand	1 000	22 553	23 310	.	.	23 339	.	.	23 080 <sup>P</sup>
Schlachtmenge 4)	1 000 t	373	366	382	351	347	349	369	...
<b>Produzierendes Gewerbe 5)</b>									
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalender- unregelmäßigkeiten bereinigt)									
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	123	121	128	109	105	127	123	103
ohne Baugewerbe	1970 = 100	125	124	129	109	105	129	125	104
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	122	121	127	107	103	127	123	102
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	1970 = 100	122	119	124	113	111	123	122	104
Investitionsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	124	123	133	104	97	134	129	101
Verbrauchsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	120	114	115	99	93	115	110	92
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1970 = 100	130	134	143	124	126	139	135	120
Baugewerbe	1970 = 100	107	98	120	100	98	108	105	91
<b>Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe</b>									
Beschäftigte	1 000	7 660	7 489	7 475	7 489	7 498	7 239	7 233	7 232
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	762	726	697	704	646	683	679	638
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	99 639	104 661	103 310	103 427	93 991	103 770	109 130	101 987
Auslandsumsatz	Mill. DM	24 198	27 262	27 227	26 816	24 003	28 526	30 727	27 057
<b>Öffentliche Energieversorgung</b>									
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	24 862	25 145	21 149	21 896	20 919	23 021	21 320	21 343
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 569	3 380	2 932	2 828	2 921	3 035	2 734	2 646
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>									
Bauhauptgewerbe									
Beschäftigte	1 000	1 263	1 226	1 252	1 248	1 255	1 143 <sup>P</sup>	1 154 <sup>P</sup>	1 154 <sup>P</sup>
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	145	134	154	151	137	136 <sup>P</sup>	142 <sup>P</sup>	131 <sup>P</sup>
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	9 374	9 244	9 935	10 243	9 326	8 115 <sup>P</sup>	9 170 <sup>P</sup>	9 244 <sup>P</sup>
Baugenehmigungen									
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	16 378	13 607	16 168	16 357	14 141	12 157	12 574	12 969
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	15 191	12 324	14 824	14 995	12 693	10 774	11 099	11 505
Wohnfläche	1 000 qm	2 926	2 588	2 951	3 032	2 741	2 414	2 500	2 542
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 239	2 844	3 090	3 353	3 154	2 693	2 928	3 107
Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	31 718	29 669	33 248	34 640	31 473	28 900	30 258	30 498
<b>Handel</b>									
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	29 200	33 083	32 359	36 252	28 136	35 582	36 194	34 515
EG-Länder	Mill. DM	14 019	15 507	15 359	16 396	12 510	16 996	17 900	16 372
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 290	2 410	2 560	2 197	1 994	2 528	2 552	2 288
Dänemark	Mill. DM	556	627	628	663	613	687	677	599
Frankreich	Mill. DM	3 885	4 327	4 205	4 606	3 296	5 068	5 698	4 431
Griechenland	Mill. DM	315	388	412	454	339	426	389	400
Großbritannien	Mill. DM	1 910	2 181	2 218	2 532	1 923	2 600	2 630	2 833
Irland	Mill. DM	111	140	130	154	123	149	133	131
Italien	Mill. DM	2 495	2 609	2 508	2 780	1 801	2 777	2 878	2 672
Niederlande	Mill. DM	2 773	2 824	2 698	3 009	2 421	2 761	2 943	3 019
Österreich	Mill. DM	1 605	1 668	1 572	1 840	1 505	1 707	1 675	1 742
Schweiz	Mill. DM	1 667	1 727	1 642	1 827	1 526	1 716	1 772	1 773
USA und Kanada	Mill. DM	1 971	2 393	2 430	2 703	1 972	2 717	2 498	2 566
Entwicklungsänder	Mill. DM	4 315	5 883	5 734	7 066	5 410	5 989	5 684	5 914
Staatshandeländer	Mill. DM	1 617	1 629	1 572	1 963	1 343	1 727	1 704	1 677

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Schweinehauptschlachtungen. - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³.

## Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1980		1981			1982			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
<b>Einfuhr (Spezialhandel)</b>	Mill. DM	28 438	30 760	30 623	32 585	28 195	30 585	31 426	30 784	27 997
EG - Länder	Mill. DM	13 117	14 545	14 476	15 299	12 660	14 972	14 862	15 180	13 102
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 039	2 056	2 127	2 050	1 762	2 073	2 218	1 985	1 855
Dänemark	Mill. DM	478	494	449	449	452	485	520	439	508
Frankreich	Mill. DM	3 049	3 344	3 362	3 599	2 595	3 446	3 372	3 490	2 700
Griechenland	Mill. DM	230	246	283	296	222	247	229	274	191
Großbritannien	Mill. DM	1 906	2 287	2 248	2 253	2 149	2 360	2 291	2 511	2 231
Irland	Mill. DM	127	144	147	160	107	142	155	169	127
Italien	Mill. DM	2 257	2 297	2 360	2 916	2 068	2 433	2 515	2 744	2 089
Niederlande	Mill. DM	3 261	3 678	3 500	3 576	3 305	3 785	3 561	3 569	3 402
Österreich	Mill. DM	819	859	803	970	733	956	965	984	823
Schweiz	Mill. DM	1 012	1 051	1 029	1 123	842	1 060	1 110	1 054	915
USA und Kanada	Mill. DM	2 443	2 640	2 765	2 721	2 455	2 583	2 836	2 661	2 379
Entwicklungsänder	Mill. DM	5 794	5 977	5 807	5 321	6 387	5 286	6 002	5 206	5 652
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 449	1 608	1 491	1 778	1 730	1 612	1 732	1 737	1 662
<b>Einzelhandel</b>										
Umsatz	1970 = 100	202,3	207,7 <sup>P</sup>	192,5 <sup>P</sup>	203,8 <sup>P</sup>	188,0 <sup>P</sup>	199,2 <sup>P</sup>	194,2 <sup>P</sup>	200,1 <sup>P</sup>	188,6 <sup>P</sup>
Gastgewerbe	1970 = 100	169,8	162,9 <sup>P</sup>	162,9 <sup>P</sup>	162,9 <sup>P</sup>	162,9 <sup>P</sup>	...	...	...	...
<b>Geld und Kredit</b>										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken <sup>1)</sup>	Mrd. DM	1 428	1 555	1 478	1 487	1 496	1 569	1 584	1 593	1 597 <sup>P</sup>
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 098	1 176	1 136	1 136	1 142	1 180	1 196	1 200	1 204 <sup>P</sup>
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	330	379	342	351	354	389	388	393	394 <sup>P</sup>
Einlagen von Nichtbanken <sup>2)</sup>	Mrd. DM	1 011	1 059	1 002	998	1 003	1 063	1 063	1 057	1 063 <sup>P</sup>
Spareinlagen	Mrd. DM	486	483	461	455	454	483	483	481	481 <sup>P</sup>
<b>Steuern</b>										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	22 814	23 193	29 320	21 236	19 295	17 658	30 073	20 956	19 797
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	14 488	14 523	21 557	12 046	10 927	8 892	22 618	12 012	11 817
Lohnsteuer	Mill. DM	9 297	9 713	9 359	11 064	10 185	8 831	10 033	11 125	10 652
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 066	2 744	7 372	- 39	- 147	- 446	7 407	- 122	- 79
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	7 787	8 149	7 758	7 929	8 029	8 384	7 437	7 785	7 565
Umsatzsteuer	Mill. DM	4 404	4 525	4 280	4 227	4 336	4 687	3 895	3 987	4 133
Bundessteuern	Mill. DM	3 838	4 006	3 973	3 999	3 985	4 104	4 830	3 930	3 957
Zölle	Mill. DM	384	412	388	414	396	409	376	393	372
Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 243	3 366	3 409	3 380	3 315	3 485	4 233	3 311	3 306
<b>Preise</b>										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel <sup>3)</sup>	1976 = 100	112,7	121,9	121,7	122,4	123,4	127,0	127,5	126,8 <sup>P</sup>	126,9 <sup>P</sup>
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte <sup>3)</sup>	1976 = 100	99,3	104,6	101,9	102,8	103,3	109,0	108,6	107,9 <sup>P</sup>	108,4 <sup>P</sup>
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte <sup>3)</sup>	1976 = 100	117,1	126,2	125,8	127,1	128,0	132,7	133,5	134,0	134,1
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1976 = 100	133,7	141,3	.	.	142,7	146,3	.	.	146,7
Bauleistungen am Bauwerk <sup>4)</sup>	1976 = 100	134,1	142,0	.	.	143,4	146,4	.	.	146,8
Preisindex für den Straßenbau	1976 = 100	136,2	139,8	.	.	141,0	137,2	.	.	136,3
Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1976 = 100	117,0	123,9	123,9	124,4	124,8	129,8	131,1	131,4	131,2
Nahrungs- und Genussmittel	1976 = 100	112,7	118,2	118,8	118,5	117,9	125,6	128,6	128,0	126,5
Kleidung und Schuhe	1976 = 100	120,8	126,8	126,5	126,7	127,0	132,1	132,3	132,5	132,8
Wohnungsmiete	1976 = 100	115,4	120,4	120,2	120,7	121,3	125,6	126,0	126,6	127,1
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1976 = 100	137,6	157,8	152,9	157,2	162,9	169,1	168,7	169,3	170,2
Übriges für die Haushaltsführung	1976 = 100	116,7	123,7	123,5	123,6	123,5	129,6	129,4	128,8	128,5
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1976 = 100	116,8	125,2	125,8	126,9	127,9	128,8	130,2	132,6	133,0
Körper- und Gesundheitspflege	1976 = 100	119,1	126,0	125,7	126,3	126,7	131,2	131,5	131,8	132,1
Bildung und Unterhaltung	1976 = 100	108,9	113,0	117,2	112,9	113,1	118,0	118,2	118,4	118,6
Personliche Ausstattung, Sonstiges	1976 = 100	123,2	131,3	132,4	132,9	132,9	136,2	138,6	138,6	138,7

1) Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 4) Ohne Baunebenleistungen.

---

## **kurz + aktuell**

---

### **Wärmekraftwerke verbrauchen 400 Mill. m<sup>3</sup> Wasser**

In Rheinland-Pfalz arbeiten sieben Wärmekraftwerke für die öffentliche Stromversorgung. Drei befinden sich in Mainz und je eines in Ludwigshafen, Kaiserslautern, Speyer und Pirmasens. 1981 verbrauchten diese fast 400 Mill. m<sup>3</sup> Wasser, das sie hauptsächlich aus dem Rhein und anderen Oberflächengewässern entnahmen. In die gleichen Gewässer wurde das nicht zusätzlich verschmutzte Kühlwasser abgeleitet. Im Vergleich zu 1979 stieg das Wasseraufkommen der Wärmekraftwerke um über 20%. sr

### **Stundenverdienst der Industriearbeiter 14,68 DM**

Im Juli 1982 verdienten die Industriearbeiter in Rheinland-Pfalz in der Stunde durchschnittlich 14,68 DM brutto. Das sind 4,8% mehr als 1981. Die Stundenlöhne der Männer betrugen 15,43 DM, die der Frauen 11,05 DM. Infolge der leicht rückläufigen Wochenarbeitszeit erhöhte sich der durchschnittliche Bruttowochenverdienst in geringerem Maße, und zwar bei den männlichen Arbeitern um 3,5% auf 642 DM und bei den weiblichen Arbeitern um 3,6% auf 435 DM.

Kaufmännische Industrieangestellte verdienten 3 309 DM im Monat, technische Angestellte 3 975 DM. Das entspricht einer Zunahme gegenüber 1981 um 5,4% bzw. 4%.

Im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe erzielten männliche kaufmännische Angestellte monatlich 3 041 DM (+ 5,7%), ihre Kolleginnen 2 079 DM (+ 7,6%), ze

### **Jahresverdienste 1981 der Industriearbeiter 32 800 DM, der Angestellten 47 500 DM**

Der durchschnittliche Bruttojahresverdienst der rheinland-pfälzischen Industriearbeiter (einschließlich Energiewirtschaft und Wasserversorgung sowie Hoch- und Tiefbau) erhöhte sich im Jahre 1981 auf 32 800 DM (+ 4,5% gegenüber dem Vorjahr). Die Verdienste der männlichen Industriearbeiter stiegen um 4,3% auf 35 000 DM, die der weiblichen um 5,6% auf 23 400 DM.

Die durchschnittlichen Bruttojahresverdienste der Industrieangestellten betragen 47 500 DM (5,9%). Angestellte im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe konnten ihr Einkommen 1980 um 5,6% auf 32 500 DM steigern.

Der Anteil der einmaligen Zahlungen am Bruttojahresverdienst hat sich 1981 in der Industrie (ohne Bauindustrie) kaum verändert. Arbeiter kamen auf einmalige Zahlungen von insgesamt 3 620 DM, das sind 10,9% der Bruttojahresverdienste, Industrieangestellte auf 6 100 DM (12,8%). Die Angestellten im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe erhalten durchschnittliche Sonderzahlungen in Höhe von 4 030 DM (12,4%). wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 283

---

## **kurz + aktuell**

---

### **Produktion im September**

Nach dem vor allem durch die Betriebsferien verursachten Produktionsrückgang im August ist die Erzeugung von Industrie und Handwerk in Rheinland-Pfalz im September gegenüber dem Ferienmonat wieder deutlich angestiegen (+ 13%). Im Vergleich zu September 1981 ist jedoch ein weiterer Rückgang der Produktionstätigkeit um 7,8% eingetreten.

In den ersten drei Quartalen 1982 ist die Produktion gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 3,4% zurückgegangen. Lediglich der Investitionsgüterbereich konnte das Niveau des Vorjahrs halten (+ 0,8%). Maßgebend trugen hierzu die Elektrotechnik (+ 11%), der Straßenfahrzeugbau (+ 1,4%) und der Maschinenbau einschließlich Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen (+ 1,2%) bei. Deutlich weniger wurde in der Holzverarbeitung (— 32%) und im Steine und Erden-Bereich (— 16%) produziert. fn

### **Die meisten Insolvenzen im Westerwaldkreis**

In den ersten neun Monaten dieses Jahres gaben in Rheinland-Pfalz 453 Unternehmen wegen Zahlungsschwierigkeiten oder Illiquidität ihre Wirtschaftstätigkeit auf. Damit wurden in den ersten drei Quartalen 1982 ebensoviel Unternehmen insolvent wie im gesamten Jahr 1981. Lediglich in vier Fällen konnte der drohende Konkurs durch ein Vergleichsverfahren abgewendet werden.

Die schlechte finanzielle Situation der insolventen Unternehmen zeigt sich deutlich an der hohen Zahl der mangels Masse abgelehnten Konkurse. In 363 Fällen reichte die Konkursmasse nicht aus, die Verfahrenskosten zu decken. Bei 86 Unternehmen wurde ein Konkursverfahren eröffnet.

Insgesamt waren von den Gläubigern bei der Stellung des Konkursantrages 306 Mill. DM Forderungen angemeldet worden. Die weitaus meisten Insolventen hatten zwischen 100 000 DM und 500 000 DM Schulden. Auch viele kleine Konkursfälle mit Forderungen bis zu 10 000 DM wurden registriert, die jedoch nahezu ausnahmslos mangels Masse abgelehnt wurden.

Die nachlassende Baunachfrage führte in der Baubranche in den ersten neun Monaten zu 120 Insolvenzen, das sind 31 mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die wirtschaftliche Stagnation traf den Handel besonders hart. Hier mußten 122 Unternehmen schließen (+ 55). Im Einzelhandel wurden 61 (+ 34) Insolvenzen registriert.

Sehr hoch war die Zahl der insolventen Erwerbsunternehmen im Westerwaldkreis (30 Insolvenzen) und in den Landkreisen Neuwied und Mayen-Koblenz (jeweils 23 Insolvenzen), während in den Landkreisen Bitburg-Prüm (eine Insolvenz), Rhein-Hunsrück und Germersheim (je fünf Insolvenzen) vergleichsweise wenig Unternehmenszusammenbrüche registriert wurden. la

### Kräftige Nachfragesteigerung in der Elektrotechnik

Große Branchenunterschiede zeigt die Auftragseingangsentwicklung von Industrie und Handwerk in Rheinland-Pfalz in den ersten neun Monaten 1982. Beachtliche Auftragszunahmen, meist auf Grund gestiegener Auslandsorder, hatten die Elektrotechnik (+ 15,2%), die Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren (+ 5,1%), der Maschinenbau einschließlich Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen (+ 4,7%), die eisenschaffende Industrie und NE-Metallerzeugung (+ 3,6%) und die chemische Industrie (+ 3,1%). Rückläufig war die Bestellaktivität im Textil- und Bekleidungsgewerbe (- 7%), in der Schuhindustrie (- 5,1%) und bei der Herstellung von Kunststoffwaren (- 2%).

Die gesamte Nachfrage lag in den ersten neun Monaten 1982 um 1,3% über dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraumes. Einer Steigerung der Auslandsbestellungen (+ 5,1%) steht ein Rückgang der Inlandsorder (- 1,2%) gegenüber. fn

### Rheinland-Pfalz liefert mehr Kraftfahrzeuge nach Afrika als in die EG-Länder

Von Januar bis August 1982 exportierte die rheinland-pfälzische Wirtschaft Waren im Wert von 18 Mrd. DM. Mehr als ein Viertel davon (4,9 Mrd. DM) waren Kraftfahrzeuge. Das waren 22% mehr als im Vorjahreszeitraum.

Für Afrika, das die Abnahme um 31% auf 1 Mrd. DM steigerte, war ein Fünftel dieser Fahrzeuge bestimmt, und zwar hauptsächlich für Libyen, die Südafrikanische Republik und Nigeria. Der afrikanische Raum hat damit erstmals mehr Kraftfahrzeuge in Rheinland-Pfalz gekauft als die EG-Länder. san

### Täglich werden in Rheinland-Pfalz 3 800 Kraftfahrzeuge vom TÜV überprüft

Im ersten Halbjahr 1982 wurden vom Technischen Überwachungsverein (TÜV) und den anderen Stellen der Verkehrsüberwachung in Rheinland-Pfalz 462 411 Kraftfahrzeuge auf Verkehrssicherheit und vorschriftsmäßigen Zustand überprüft. Das sind 5,3% mehr als in den ersten sechs Monaten 1981. An jedem Werktag kamen damit 3 800 Kraftfahrzeuge zu den Prüfstellen des TÜV.

Ohne Mängel waren 47% der überprüften Kraftfahrzeuge. Wegen leichter Mängel mußten 32%, wegen erheblicher Mängel 21% der Fahrzeuge beanstandet werden. Als verkehrsunsicher wurden 796 Kraftfahrzeuge aus dem Verkehr gezogen (0,2%). Vier von fünf überprüften Fahrzeugen waren Personenwagen.

Mehr als drei Viertel der bei den Prüfungen festgestellten Mängel betreffen die technischen Bereiche Fahrgestell und Antrieb (22%), lichttechnische Einrichtungen, Bremsanlagen (je 21%) und die Fahrzeugausstattung (12%). gz

### Weniger ausländische Personenkraftwagen neu zugelassen

Im ersten Halbjahr 1982 wurden in Rheinland-Pfalz 73 089 fabrikneue Personen- und Kombiwagen zum Verkehr zugelassen. Das sind fast 5% weniger als im ersten Halbjahr 1981. Diese Entwicklung ist maßgeblich auf den Rückgang ausländischer Wagen zurückzuführen (- 14%). Die Zahl der neu zugelassenen Wagen aus deutscher Produktion wurde nahezu gehalten.

Mit einem Anteil von 21% an allen Neuzulassungen lag Opel an der Spitze, gefolgt von VW mit 20%. Die beliebtesten Modelle unter den deutschen Wagen sind VW-Golf, Opel-Kadett und Audi 80. Bei den Ausländern führen Renault, Fiat und Mazda.

Die höchsten Kontingente an ausländischen Neuwagen kamen aus Frankreich und Japan mit jeweils knapp 11%. Italienische Wagen machten 5,4% aus. gz

### Erfolgsquoten beim Führerscheinwerb verbessert

Von Januar bis Juni 1982 wollten 76 960 Rheinland-Pfälzer ihren Führerschein machen. Das sind 2,8% mehr als im ersten Halbjahr 1981, aber 8% weniger als im ersten Halbjahr 1980, als die bisher höchste Zahl an Führerscheinbewerbern ermittelt worden war.

Jeder dritte Bewerber war eine Frau. Bei den Prüfungen fielen 27% der Männer und 37% der Frauen durch. Die Erfolgsquoten waren damit um jeweils einen Prozentpunkt besser als ein Jahr zuvor.

Um einen Führerschein der Klasse Drei (Personenkraftwagen) bewarben sich 56% der männlichen und 91% der weiblichen Anwärter. Bei diesen Prüfungen fielen 31% der Männer und 38% aller Frauen durch. gz

### Weniger Kinder und ältere Menschen im Straßenverkehr getötet Zunahmen nur im nördlichen Landesteil

Auf den rheinland-pfälzischen Straßen kamen in den ersten neun Monaten dieses Jahres bei 485 Verkehrsunfällen mit tödlichem Ausgang 541 Menschen ums Leben. Das sind 35 weniger als von Januar bis September 1981.

Deutlich verringerte sich die Zahl der tödlich verunglückten Insassen von Personenkraftwagen, und zwar von 306 auf 255. Bei Unfällen starben 30 Fahrer von Mofas oder Mopeds und 35 Radfahrer. Auf Motorrädern verunglückten 104 Personen tödlich, das sind 14 mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Außerdem kamen 17 Insassen von Lastkraftfahrzeugen und 91 Fußgänger ums Leben.

Der Rückgang an Verkehrstoten betraf in erster Linie Kinder unter 15 Jahren und ältere Menschen über 64 Jahre.

Während in den Regierungsbezirken Rheinhessen-Pfalz und Trier die Zahl der Verkehrstoten rückläufig war, hat sie im Bezirk Koblenz leicht zugenommen. gz

## **KURZ + AKTUELL**

### **Weniger Kinder im Straßenverkehr getötet**

In den ersten neun Monaten dieses Jahres verunglückten auf den rheinland-pfälzischen Straßen 29 Kinder unter 15 Jahren tödlich. Das sind acht Kinder weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahrs und 22 weniger als vor zwei Jahren. Es handelt sich um 17 Fußgänger, fünf Radfahrer und sieben Mitfahrer in Fahrzeugen.

In den letzten sieben Jahren ist die Zahl der im Straßenverkehr tödlich verletzten Kinder beträchtlich zurückgegangen, wohl maßgeblich bedingt durch die intensivierte Verkehrserziehung in Schulen und Kindergärten. Im Vergleich zu 1975 ging die Zahl der im Januar bis September 1982 als Fußgänger und Radfahrer getöteten Kinder von 59 auf 22 zurück. Dies ist die niedrigste Zahl seit mehr als zwei Jahrzehnten. gz

### **Bisher größte Weinmosternte**

Die Weinmosternte in Rheinland-Pfalz wird in diesem Jahr mit 10,6 Mill. hl alle Erwartungen übertreffen. Sie fällt doppelt so hoch aus wie 1981 und im Sechsjahresdurchschnitt 1976/81. Die Winzer unseres Landes ernten damit 3 Mill. hl oder 38% mehr als 1973, dem Jahr mit der bis dahin größten Weinmosternte.

Die flächenbezogenen Erträge belaufen sich auf 185 hl je ha bei Weißmost und 153 hl bei Rotmost. Bei nahezu gleichgebliebener Ertragsfläche (58 000 ha) liegen die Hektarerträge etwa doppelt so hoch wie im Vorjahr.

Bei diesen enormen Erträgen wird die gute letzte-jährige Qualität mit durchschnittlich 73 Grad Ochsle fast gehalten. Zur Herstellung von Prädikatsweinen eignen sich 29%, von Qualitätsweinen 63% und von Tafelweinen 8% des geernteten Weinmostes. su

### **Weizen und Sommergerste verdrängen Hafer und Roggen**

Im Jahre 1982 wurden in Rheinland-Pfalz 80% der 436 000 ha großen Ackerfläche mit Getreide bestellt. 1950 hatte sich der Getreideanteil erst auf 52% belaufen. Unter den einzelnen Getreidearten dominierten Weizen (33%), Sommergerste (26%), Hafer (15%) und Wintergerste (14%).

Vor 30 Jahren waren noch Hafer und Roggen mit jeweils knapp einem Drittel der Getreidefläche die meist angebauten Arten. Weizen (20%) und Sommergerste (16%) folgten damals erst an dritter und vierter Stelle. Wintergerste hatte 1950 mit 0,9% noch keine Bedeutung.

Grund hierfür ist ein Wandel in den Verbrauchsgewohnheiten, der sich auch recht deutlich in der Entwicklung des Kartoffelanbaus zeigt. Sein Anteil ging zwischen 1950 und 1982 von 15 auf 3% zurück. ix

### **Zuverlässige Ermittlung der Weinmosternten**

Die Ermittlung der Weinmosternte erfolgt mit Hilfe von Berichterstattern und durch ergänzende Erntemittlungen. In jeder Weinbaugemeinde ist wenigstens ein Berichterstatter für das Statistische Landesamt tätig. Es handelt sich um sachkundige und erfahrene Personen, die entweder als Winzer oder als Berater tätig sind. Sie berichten während der Vegetationsperiode über die Entwicklungsphasen des Rebstocks und im Herbst zunächst über die vorläufige und zuletzt über die endgültige Weinmosternte. Dabei gehen sie von tatsächlichen Leseergebnissen aus.

Da die Erntergebnisse erfahrungsgemäß etwas niedriger ausfallen als von den Berichterstattern geschätzt, wird die Ermittlung der Ernte seit gut zehn Jahren durch Erntemessungen ergänzt. Hierzu werden auf rund 1 000 Rebparzellen, die nach dem Zufallsprinzip ausgewählt wurden und die wichtigsten Rebsorten erfassen, die Weinmosterträge festgestellt. Sie unterliegen größtenteils einer Nachprüfung.

Die Abweichungen zu den Ergebnissen der Berichterstatter werden auf die nicht einbezogenen Sorten und die regional tiefer untergliederten Daten übertragen. Dadurch wird eine sehr hohe Zuverlässigkeit der Ergebnisse erreicht, die sich in einem relativen Standardfehler von nur rund 2 bis 5% dokumentiert. Die korrekte Ermittlung der Erntedaten wurde in der Vergangenheit zudem stets durch die jährliche totale Erhebung der Weinerzeugung bestätigt. tg

Mehr über dieses Thema auf Seite 265

### **Themen der letzten Hefte**

#### **Heft 9/September 1982**

Ausländische Schüler 1976 bis 1981  
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 1981  
Personal an Hochschulen 1981  
Vermögens- und Kapitalstruktur der gewerblichen Wirtschaft  
Außenhandel mit dem Nahen Osten

#### **Heft 10/Oktober 1982**

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983  
Entwicklung des Arbeitskräfteangebots  
Beheizung von Neubauten  
Arbeitsstätten des Einzelhandels 1979  
Regionalstruktur des Großhandels  
Berechnung der Eigenkapitalquote

### **Themen der folgenden Hefte**

Jahresbilanz der Wirtschaft 1982  
Abwasserbeseitigung  
Obstanbau  
Binnenfischerei  
Volkszählung 1983

#### Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden

0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die  
Hälfte der kleinsten in der betreffenden  
Tabelle gewählten Stelleneinheit

. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht  
möglich

... = Angabe fällt später an

( ) = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist

Ø = Durchschnitt

p = vorläufige Angabe

r = berichtigte Angabe

s = geschätzte Angabe

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ \* 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz \* Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 3,-, Jahresabonnement DM 30,- zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (0 26 03) 7 12 45, Telex 869 033 stle d oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplars gestattet. ISSN 0174-2914.